

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riesa,
Friedrichstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestellbar bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1590,
Einkauf:
Riesa Nr. 52.

Nr. 215.

Dienstag, 13. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Gewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gethelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Nach der Reichstags-Auflösung

Der Reichskanzler spricht im Rundfunk.

Streit über die Rechtsgültigkeit der Auflösung.

Neuwahlen „... wenn Ruhe und Ordnung gewahrt wird“.

Die politische Lage in Berlin

Ist nach dem großen Durcheinander des Nachmittags in den Abendstunden wesentlich ruhiger geworden. Dazu trug einmal die große Rede des Reichskanzlers im Rundfunk bei, dann aber auch die Tatsache, daß die Auflösung des Reichstages aller Wahrscheinlichkeit nach auch von den opponierenden Parteien in ihrer Rechtmäßigkeit kaum angezweifelt werden kann. Alle dahingehenden Versuche sind äußerst problematisch und mehr oder weniger zum Scheitern verurteilt. Auch der neueste Weg eines Volksentscheides, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch am Abend beschritten hat, wird von der Reichsregierung mit guten Gründen angefochten. Einem Volksentscheid hat ein Volksbegehren vorausgehen. Die Einleitung dieses Volksbegehrens ist aber erst möglich, wenn der Reichstag mit dem betreffenden Gesetzentwurf, der zur Volksabstimmung gebracht werden soll, befaßt wurde. Da kein Reichstag da ist, liegt es in der Hand des Reichsinnenministers, die Einbringung des Gesetzentwurfes solange zu verschieben, bis ein neuer Reichstag gewählt ist.

Ueber die Wahl des neuen Reichstages hat die Reichsregierung noch am Abend der Reichstagsauflösung sehr interessante Kommentare bekanntgegeben. Danach hat die Regierung durchaus die Absicht, alle verfassungsmäßigen Vorschriften, die für die Neuwahl des Reichstages bestehen, inne zu halten und also Wahlen bis Anfang November auszuschieben. Diese Absicht wird jedoch von Seiten der Reichsregierung von einer Voraussetzung abhängig gemacht, die gegenwärtig noch keinesfalls sicher ist. Man stellt sich in der Weimarer Verfassung an dem Standpunkt, daß Wahlen in Deutschland nur möglich sind, wenn innerhalb der deutschen Bevölkerung Ruhe und Ordnung herrschen. Die Reichsregierung behält sich also den Vorschlag darüber, ob die öffentlichen Zustände die Abhaltung von Neuwahlen erlauben, vor. Sie macht auch hier ihre letzte Entscheidung von dem Verhalten der Oppositionsparteien abhängig. Gilt die Opposition Ruhe, dann finden Neuwahlen statt. Wird diese Ruhe nicht gewahrt, dann werden die Neuwahlen hinausgeschoben, wobei es völlig in der Hand des Reichspräsidenten liegt, dann im Einvernehmen mit der Reichsregierung den genauen Zeitpunkt und den Modus der Abhaltung der Wahlen zu bestimmen. Diese Erklärung der Reichsregierung hat in den politischen Kreisen Berlins außerordentliches Aufsehen erregt. Man bringt sie mit den Sätzen der Reichspräsidentenrede in Verbindung, in denen eine zwölf-monatige Frist als Probezeit für die Durchführung des wirtschaftlichen Aufbaues und der Experimente gesetzt ist. Man folgert daraus, daß die Reichsregierung unter Umständen entschlossen ist, die Durchführung ihres Programmes gegenüber jeder mit scharfen Mitteln arbeitenden Opposition sicherzustellen. Das könnte aber, wenn man an die radikale und heftige Form unserer heutigen Wahlkämpfe denkt, durchaus dazu führen, daß bis auf weiteres Neuwahlen verschoben werden, selbst auf die Gefahr hin, daß ein solches Verhalten schwerste staatsrechtliche Anfechtungen erfahren sollte.

Die Rechtmäßigkeit der Reichstagsauflösung am Montag wird von der Reichsregierung vor allem unter dem Gesichtspunkt vertreten, daß der Reichspräsident Göring ohne jedes Recht dem Reichskanzler die Verlesung der Auflösungsorder unmöglich gemacht hat und daß deshalb bereits die einfache Verlesung der Auflösungsorder, wie sie vor aller Augen erfolgte, zur Auflösung des Reichstages hinreichend war. Die Regierung stützt sich dabei auf die Tatsache, daß Reichspräsident Göring in einer Pressebesprechung selbst zugab: „Das Wort Abstimmung war noch nicht gesprochen, als der Reichskanzler die Hand erhob“. Sie verweist ferner darauf, daß nach der ersten Wortmeldung des Reichskanzlers noch von kommunistischer Seite der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt und vom Reichspräsidenten angenommen wurde, obwohl in der Geschäftsordnung des Reichstages ausdrücklich die Abstimmung enthalten ist, daß ein derartiger Antrag „nur bis zum Beginn der Abstimmung eingebracht“ werden kann. Präsident Göring hat deshalb nach der Auffassung der Reichsregierung durch die Verächtlichmachung des kommunistischen Antrages selbst anerkannt, daß die Abstimmung noch nicht begonnen hatte. Als Beweis dafür, daß die Reichsregierung von sich aus nicht beabsichtigte, den Reichstag aufzulösen und dazu nur durch das Verhalten der Parteien gezwungen war, zieht die Reichsregierung eine Auftragsnachricht heran, die sie noch am Montag mittags dem „Vorwärts“ gegeben ließ. In dieser Auftragsnachricht verwahrt sich die Reichsregierung gegen die Behauptung des sozialdemokratischen Organes, „daß sie durch vorzeitige Reichstagsauflösung eine politische Ausdrucksform im Reichstag zu verhindern wünschte“. Der Umschwung ist demnach erst

Reichsinnenminister Gahl zur Auflösung des Reichstages.

Eine Darstellung der Reichsregierung.

von Berlin. Reichsinnenminister Freiherr v. Gahl empfing am Montag abend die Presse, um namens der Reichsregierung zu den Vorgängen im Reichstag Stellung zu nehmen. Der Minister betonte, daß der Reichskanzler mit der Absicht im Reichstage erschienen sei, eine umfangreiche Regierungserklärung abzugeben, und daß dann eine Aussprache stattfinden sollte, an deren Schluß der Empfang der Reichspräsidenten durch den Reichspräsidenten geplant war. Die Dinge seien aber anders gelaufen, als jemand voraussehen konnte. Der Minister schilderte dann nochmals die Vorgänge, wie sie sich im Reichstagsplenum angetragen haben. Als der Reichskanzler trotz wiederholter Wortmeldungen das Wort nicht bekommen habe, habe er die Auflösungsorder dem Reichspräsidenten persönlich hingesetzt und sie ihm damit vor dem ganzen Hause ausgestellt.

Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß sie jederzeit das Recht zum Sprechen habe, auch außerhalb der Tagesordnung und auch vor Beginn einer Abstimmung. Die Abstimmung sei noch nicht begonnen gewesen, sondern erst vom Präsidenten angefangen. Selbst wenn die Abstimmung in gewissen Grenzen bereits begonnen hätte, hätte die Reichsregierung immer noch vom Reichstag gehört werden müssen. Die Auflösung sei mit dem Augenblick der Zustellung der Auflösungsorder an den Reichspräsidenten rechtmäßig gewesen. Infolgedessen seien die Verhandlungen nach Verlesung der Urkunde rechtmäßig und verfassungswidrig. Der Reichskanzler und mit ihm das Kabinett bedauerten es, daß ihm nicht einmal Gelegenheit gegeben worden sei, die Maßnahmen der Reichsregierung vor dem Reichstage zu rechtfertigen und das Programm für die nächste Zukunft zu entwickeln. Man hätte mit Fug und Recht erwarten können, daß der Reichstag der

Regierung wenigstens dazu Gelegenheit geben würde. Die Reichsregierung habe es nicht darauf ankommen lassen können, daß das einmal in Kraft gesetzte Wirtschaftsprogramm durch einen Reichstagsbescheid außer Kraft gesetzt wurde.

Der Minister machte dann Mitteilung von einem Briefe des Reichskanzlers an den Reichspräsidenten, in dem der Reichskanzler feststellt, daß der Reichspräsident entgegen Artikel 33 der Verfassung sich geweigert habe, dem Reichskanzler das Wort zu erteilen. Er habe ihn dadurch gezwungen, ihm die Auflösungsorder des Herrn Reichspräsidenten zu überreichen, ohne sie verlesen zu können. Mit diesem Augenblick sei der Reichstag aufgelöst gewesen. Die von ihm nachher veranlaßte Fortsetzung der Sitzung und die von ihm geleitete Abstimmung seien verfassungswidrig. Auch jede weitere Versammlung und Verlesung des aufgelösten Reichstages würden gegen die Reichsverfassung verstoßen.

Der Minister teilte noch mit, daß bisher noch keine Möglichkeit bestanden habe, über den Termin der Neuwahlen zu beraten. Das müsse der Entwicklung der nächsten Tage vorbehalten bleiben. Die Reichsregierung werde dann dem Reichspräsidenten entsprechende Vorschläge machen. Er könne die Erklärung abgeben, daß die Reichsregierung durchaus die Absicht habe, die verfassungsmäßigen Vorschriften einzuhalten, und daß, wenn eine Wahl angeschlossen werde, sie selbstverständlich unter den Bedingungen erfolgen müsse, die heute gelten. Er müsse allerdings in aller Offenheit von vornherein eine Einschränkung machen, nämlich die, daß Wahlen selbstverständlich nur dann möglich seien, wenn Ruhe und Ordnung in Deutschland herrschen und die Abhaltung von Wahlen überhaupt möglich sei.

Reichspräsident Göring über den Verlauf der Montag-Sitzung.

von Berlin. Reichspräsident Göring empfing am Montag nachmittags die Presse, um ihr seine Auffassung über die Reichstagsauflösung darzulegen. Er meinte, die Reichsregierung habe lediglich ihre Erklärung vor dem Reichstag abgeben wollen. Schon die Art und Weise, wie die weitere Debatte verlaufen würde, habe die Reichsregierung in Stand setzen sollen, den Reichstag aufzulösen. Als keine der Fraktionen dem kommunistischen Antrag widersprochen hätte, sofort über die Rotverordnung und das Mißtrauensvotum zu entscheiden, habe er bei Beginn der zweiten Sitzung diese Anträge zur Abstimmung gebracht. Er habe das Wort „Abstimmung“ noch nicht ausgesprochen gehabt, als Herr von Papen zunächst nur die Hand erhob, während aus der gleichen Richtung das Wort „namentlich“ kam, so daß er habe annehmen müssen, auch Herr von Papen verlange die namentliche Abstimmung. Nach Auffassung des Reichstags-Präsidenten sei die Abstimmung bereits begonnen und eröffnet gewesen, als der Reichskanzler um das Wort bat. Präsident Göring verwies dann auf Artikel 33 der Reichsverfassung, wonach er verpflichtet sei, Mitglieder der Reichsregierung jederzeit auch außerhalb der Tagesordnung das Wort zu geben. In der Verfassung stehe aber nichts davon, daß gegenüber der Reichsregierung auch die Bestimmungen der Geschäftsordnung keine Gültigkeit hätten, wonach das Wort nicht erteilt werden kann, wenn ein anderer Redner spricht oder wenn eine Abstimmung im Gange ist. Der Präsident meinte, es sei auch technisch gar nicht möglich, jemandem das Wort zu erteilen, während eine Abstimmung läuft; hierbei erinnerte er an die Abstimmungsart des Hammelpfanzens. Dabei verließen die Abgeordneten ja den Sitzungssaal, um ihn einzeln wieder zu betreten. Daher könne doch niemand sprechen. Er habe dem Reichskanzler gesagt, er würde sofort nach der Abstimmung das Wort erhalten. Der Reichskanzler habe darauf

ein Stück Papier auf den Präsidentschisch gelegt, daß er, der Präsident, zunächst nicht ansetzen habe. Er habe vielmehr zunächst die Abstimmung durchgeführt. Im Augenblick, wo eine Abstimmung beginne, habe ein Ganzes begonnen, zudem auch das Abstimmungsresultat gehöre. Als er, der Reichspräsident, nach der Abstimmung gesehen habe, daß das Stück Papier, das der Reichskanzler ihm auf das Präsidium schob, die Auflösungsorder sei, habe er sofort den Standpunkt vertreten, daß eine Regierung, die soeben durch eine überwältigende, noch nie dagewesene Mehrheit der deutschen Volksvertretung gestützt sei, zur Gegenzeichnung eines solchen amtlichen Erlasses nicht mehr das Recht habe. Diese verfassungswidrige Streitfrage werde, wie er gehört habe, von einigen Länderregierungen vor dem Staatsgerichtshof sofort vorgebracht werden, da der Reichstag infolge einer Lücke der Verfassung nicht legitimiert sei, diesen Streit zu führen. Wie immer auch das Staatsgericht entscheiden möge, so sagte der Präsident, und wenn auch etwa noch eine andere Art der Verkündung der Auflösung vom Reichspräsidenten gewählt wird, so steht fest, daß die Abstimmung gegen das Kabinett v. Papen unter allen Umständen zu Recht bestehe.

Präsident Göring erklärte noch, er werde bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes Amtshandlungen des Reichstages unterlassen, soweit es sich nicht um die fortbestehenden Ausschüsse (zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung und Auswärtigen Ausschuss) handle. Es sei das erste Mal in der Geschichte, daß ein Reichstag präventiv aufgelöst wurde, nämlich lediglich aus dem Grunde, weil die Gefahr bestand, es könnte eine Verordnung aufgehoben werden. Die Verfassung gebe dem Reichspräsidenten solchen Grund nicht an die Hand. Scharfsten Widerstand „mit allen nur denkbaren Mitteln“ kündigte der Präsident für den Fall an, daß vorläufig keine Neuwahl erfolgen oder das Wahlrecht geändert werden sollte. Als Präsident der deutschen Volksvertretung sei er entschlossen, alle Mittel auszunutzen, um die Rechte des deutschen Volkes zu wahren. Er werde dem Reichspräsidenten brieflich mitteilen, daß die Reichsregierung gestürzt sei.

während der Reichstagsauflösung selbst erfolgt. Er ist z. T. darauf zurückzuführen, daß entgegen den ursprünglichen Vereinbarungen der deutschnationale Fraktionsführer Oberjochen keinen Einspruch gegen die sofortige Behandlung der kommunistischen Mißtrauensanträge an erster

Stelle der Tagesordnung erhob. Dieser unvorhergesehene, sämtliche Parteien des Hauses überraschende Zwischenfall hat auch nach der Auffassung der Reichsregierung mit dem Stein ins Rollen gebracht, der dann die sofortige Auflösung automatisch nach sich zog.

Die Mondfinsternis.

Daß die Wetter keinen bösen Streich spielt, werden die Freunde der Sternkunde am Abend des 14. September das Schauspiel einer Mondfinsternis bewundern können. Daß die Finsternis aus zu sehen ist, wäre uns so sehr erwünscht, als sie für über ein Jahr die letzte sichtbare Finsternis sein wird. Zunächst taucht der Mond um 19,05 Uhr in den Halbschatten der Erde. Von dieser Verfinsternis ist allerdings nicht viel zu sehen, da die Mondoberfläche immer noch von einer recht beträchtlichen Menge Sonnenlicht getroffen wird. Deshalb ist es nicht viel, daß die Beobachtung des Mondes in diesem Zeitpunkt schwierig sein wird, weil er erst wenig Grad über dem Horizont steht. Umso besser ist dagegen die erste Verfinsternis des Kernschattens der Erde mit dem Mondrand um 20,18 Uhr zu beobachten. Dann wandert die Schattengrenze immer weiter über den Mond hinweg. Wer ein Fernrohr besitzt, kann das Eintreten der Mondfinsternis in den Schatten gut beobachten. So wird um 20,59 Uhr das Ringgebirge „Tschu“ am Schattenrand liegen. Um 22,01 Uhr tritt die größte Phase der Finsternis ein. 98 Prozent des Monddurchmessers sind vom Kernschatten verfinstert. Für den Astronomen ist diese Finsternis also „partiell“, ihr Eindruck für den Laien kommt aber einer totalen Finsternis fast gleich. Dann wird der am stärksten verfinsterte Teil des Mondes (nahe dem Zentrum des Kernschattens) in rötllichem Glanz leuchten. Diese Erscheinung kommt daher, daß in der Erdatmosphäre gedrohtene und wie beim Abendrot rötlich gefärbte Sonnenstrahlen durch diese Brechung noch in den Kernschatten der Erde gelangen. Dann wandert der Kernschatten wieder von der Mondoberfläche weg und um 23,43 Uhr tritt der Mond völlig aus dem Kernschatten der Erde aus, während der Austritt aus dem Halbschatten erst am Morgen des 15. September um 0,56 Uhr erfolgt.

Vertikales und Sächsisches.

Nieße, den 13. September 1932.

- Wettervorhersage für 14. September 1932 (Mitgeteilt von der Sächsl. Landeswetterwarte zu Dresden.) Meist schwache Winde aus westlichen Richtungen, teils bis mäßig bewölkt, nach kühler Nacht Tagestemperaturen wärmer. Höchstens anfangs noch unerhebliche Niederschläge.
- Daten für den 14. September 1932. Sonnenaufgang 5,32 Uhr. Sonnenuntergang 18,18 Uhr. Mondaufgang 18,08 Uhr. Monduntergang 4,49 Uhr. Partielle Mondfinsternis von 19,05 Uhr bis 0,56 Uhr sichtbar in Mitteleuropa.
- 1760: Der Komponist Luigi Cherubini in Florenz geb. (gest. 1842).
- 1769: Der Naturforscher Alexander von Humboldt in Berlin geb. (gest. 1859).
- 1817: Der Dichter Theodor Storm in Dohum geb. (gest. 1888).
- 1852: Der englische Feldherr Lord Wellington, Fürst von Waterloo, auf Walmer Castle gest. (geb. 1769).

Polizeibericht. Die festgestellt wurde, ist vor mehreren Wochen in Nieße ein Betrüger aufgetreten, der Rechtsanwalt, Ärzte, Apotheker usw. aufgesucht, sich diesen gegenüber als ehemaliger Kapitänleutnant ausgeben und behauptet hat, Abonnementverträge der Deutschen Kolonialzeitung zu sein. Für den Bezug dieser Zeitung hat er im voraus einen Betrag von 4 RM kassiert. Laut einer Mitteilung ist der Betrüger bereits festgenommen worden. Es sollen von ihm auf diese Weise eine große Anzahl Personen geschädigt worden sein. Wer von ihm hier noch geschädigt worden ist und darüber noch keine Anzeige erstattet hat, wird gebeten, dies beim Kriminalposten baldmöglichst nachzuholen. — In der Nacht zum 7. u. 8. sind in den Schrebergärten an der Bismarck- und Schützenstraße Pflaumen, Birnen und eine außerordentlich hübsche angelegte Kirsche geerntet worden. — Weiter wurde am 10. u. 11. vorm. in der Zeit von 11,15 bis 11,30 Uhr, vor dem Geschäft von Wiederhold wieder 1 Damensahrad, hinten mit Federbügel-Gepäckträger, Marke und Nr. unbekannt, Schwarzl. Rahmen und Glocke mit der Aufschrift „Carl Weimann, Seebauhaus“, Wert etwa 30 RM, und in der Zeit vom 1. bis 15. 8. 32 in einem Geschäft auf der Hauptstraße 1 Photo-Apparat „Vupille“, 3x4 Zentimeter, Fabrikat Dr. Nagel, Nr. 0024 in Elmar 35, Wert 135 RM, gekohlen. — Mitteilungen sächsl. Landeshauptmannschaft werden nach dem Kriminalposten erstehen.

Reise von Lindern aus Erholungsstätten. Die von der Fürsorge des Vereins der Beamten der vorm. Reichs-Eisenbahnen (e. V.) Bezirksverband Dresden des Reichsverbandes der Eisenbahnvereine (e. V.) Sitz Rassel untergebrachten Kinder kehren wie folgt zurück: aus Gertrude (Dara) am 17. September 1932 und aus Bad Rosen am 18. September 1932.

Einem Koloß von Karbis, im sächsl. Gewichte von genau 800 Pf., züchtete Herr Thiele in seinem Döbber StraÙe 25 gelegenen Garten.

Operettenspieler in Nieße. „So ist die Liebe der Frauen“. Ein neuer, großer lustiger Operettenspieler aus der Militärzeit mit den bekannten Schlegelern „Leutnant warst du einst bei den Husaren“ und mit gleichem Schritt und Tritt, bei der Regimentsmusik usw. wird am Sonntag, den 18. September, abends 8 Uhr im Hotel Döbber mit guter Musik und mit guten Kräften hier zur ersten Aufführung gelangen. Vorverkaufsstellen und anderes siehe Anfertiger und Plakat. — Nachm. 4 Uhr findet Jugendvorstellung statt.

Der Verein Volkshöhle berichtet uns: Seit der Auflösung der Sächsl. Landesbühne ist im Theaterleben Nieße eine empfindliche Lücke entstanden. Ein vollwertiger Ersatz der Leistungen dieses hervorragenden Wandertheaters konnte bisher nur unter erheblichen finanziellen Opfern geboten werden. Nun besteht die Möglichkeit, die Angelegenheit einer glücklichen Lösung entgegenzubringen. Es ist der Volkshöhle Nieße gelungen, zur Eröffnung ihrer Spielzeit das Sächsl. Landestheater, Sitz Bunzlau, für ein Gastspiel zu gewinnen. Das weit über seinen Spielkreis hinaus bekannte, gemordene Theater erinnert an die Sächsl. Landesbühne und bringt — wie diese — alles mit vom kleinsten Requisite bis zum letzten Scheinwerfer. Es wird seit Jahren geleitet von Dr. A. Vempelfort und Richard Friedel und wird am Donnerstag, den 22. September, im Capitol zur Vorfeier des heiligen Geburtstages von Gerhart Hauptmann dessen Märchenrama „Die versunkene Glocke“ aufzuführen.

Frostwarnungsdienst. Die Sächsl. Landeswetterwarte teilt mit: Die Landeswetterwarte errichtet für die Zeit vom 15. September 1932 ab bis in die erste Hälfte des Juni 1933, wie in den Wintern der vergangenen Jahre, einen Frostwarnungsdienst. Der Dienst besteht, durch Frost gefährdete Unternehmen der Industrie, landwirtschaftliche und Gartenbaubetriebe, Lebensmittelverlag, Transport- und Baumunternehmer usw. möglichst frühzeitig über zu erwartenden Frost und dessen voraussichtliche Stärke, auf Antrag auch über besonders starke Schneefälle, zu benachrichtigen. Die Frostwarnungen werden durch Rundfunk für Jedermann zum Abhören täglich mehrmals mit den übrigen Wetternachrichten durchgesprochen und sind

so gebührenfrei. Auf Wunsch können diese Frostwarnungen aber auch unmittelbar durch die Landeswetterwarte zugestellt werden. — Landesregierung und Reichstagsauflösung. Die Reichstagsauflösung hat auch in der sächsl. Hauptstadt begründete große Aufsehen hervorgerufen hinsichtlich der aus der Haltung des Reichstags sich entwickelnden politischen Schwierigkeiten. Bezüglich der Auflösung des Reichstagspräsidenten Brüning, das verschiedene Landesregierungen die Absicht hätten, beim Staatsgerichtshof eine Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit der Auflösungsbeschlüsse herbeizuführen, rechnet man in politischen Kreisen nicht mit der Möglichkeit, daß sich die sächsl. Regierung einem solchen Vorgehen anschließen würde, da man der Ansicht zuneigt, daß ein solcher Schritt doch wohl in erster Linie von den nationalsozialistisch beeinflussten Landesregierungen ausgehen dürfte. — Altweiberommer. Langsam geht der Hochsommer in den „Altweiberommer“ über. Es blühen die letzten Blumen, die Lilien und Dahlien, in bunter Farbenpracht, draußen schimmern die Ähren der heißen Kamille, der Schwarzgarbe und des Begerichs. Im Garten leuchtet das gelb-goldene Rad der Sonnenblume. Nur noch vereinzelt blühen die vielbelangene „letzte Rose“ das Scheiden des Sommers. Ueber den vom Grillengestank erfüllten Wiesen flattert noch mancher Schmetterling, begrüßt von den Vogelzungen, die gegen Süden wandern. Altweiberommer! Zeit voll poetischer Reize, voll Stimmung und heiterer, gedämpfter Freude. Die weißen Fäden mahnen zur Einkehr, sie erinnern daran, daß der Herbst kommt. Sie sind Vorboden des Abschieds von der Zeit des Blühens und Gedeihens.

Auf zum evangelischen Bekenntnis am 18. September 1932 Völkerschlachtdenkmal - Leipzig

Großenhain. Ein Einbrecherpaar gefaßt. Seit einigen Wochen trieb in Großenhain und der näheren und weiteren Umgebung eine Einbrecherbande ihr Unwesen, die es hauptsächlich auf Geld, Wertgegenstände und Tabakwaren abgesehen hatten. Am 9. u. 10. 9. 1932 war wiederum in Klein-Heinrich bei einem Gutbesitzer, während dieser sich mit seinen Angehörigen auf dem Felde befand, ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt worden und es waren den Tätern zwei Uhren, bares Geld und Haaren in die Hände gefallen. Doch hier erhellte sie das Geschehen, denn sie waren von einer Dr. Seemanns-Geheimnisträgerin als der 17 Jahre und 21 Jahre alte Söhne aus Großenhain erkannt worden. Durch die nunmehr gemeinsam eingehenden Erörterungen des zuständigen Landgerichtsbekanntens und der Kriminalpolizei wurden beide Brüder überführt, den Einbruchsdiebstahl in die Fahrtenausgabe auf dem hiesigen Berliner Bahnhof, in die Schankwirtschaft des Berliner Bahnhofs, in die Güterkassette Großenhain, in den Niederlagensraum der Firma Wehlich und einen Wohnungseinbruchversuch auf der Waldauer Straße in Großenhain, in die Gasthöfe zum Löwen und Pieske in Ralkreuth und in die Gastwirtschaft in Niederrißern ausgeführt zu haben. Beide waren gekündigt und wurden festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt. Ueber weiter von ihnen eventuell ausgeführte strafbare Handlungen werden die Erörterungen fortgesetzt. Ein Teil der gehohlenen Ware und Geldes konnte ihnen wieder abgenommen werden.

Schweres Schadenfeuer. Gestern Montag, vormittags gegen 9 Uhr, brach in unserem Orte plötzlich der Ruf: „Es brennt!“ In der Scheune des Wühlengutes Holbern war ein Feuer ausgebrochen, das durch die Vorräte an Getreide und Raufutter eine rasche Nahrung fand. Im Nu stand die Scheune in Flammen, in der eine Anzahl Leute beim Dretzen beschäftigt waren. Wie feststellte, ist der Brand durch Heißlaufen eines Lagers entstanden, er griff so schnell um sich, daß sich der auf dem Hausboden beschäftigte Sohn des Besitzers Müller nur ganz knapp vor dem Verbrennen durch einen Sprung zur Erde hinab retten konnte. Durch die Feuersbrunst ist auch das der Scheune unmittelbar angebaute Wohngebäude für Arbeiter nebst Stall ergriffen und schwer beschädigt worden. Die Scheune selbst brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder, und es dürfte die darin enthaltene Ernte an Getreide und Futtermitteln restlos vernichtet sein. Das Vieh konnte mit knapper Not vollständig in Sicherheit gebracht werden.

Delantis b. Großenhain. Sonntag, früh gegen 1/5 Uhr brannte die Schmiede des Schmiedemeisters Gärtner nieder. Vermutlich durch Selbstentzündung, welche auf den Glühofen zurückzuführen sein dürfte, da derselbe bis spät abends in Gebrauch war. Durch die Windstille blieb glücklicherweise ein Uebergreifen auf die anderen Gebäude aus, wodurch sonst großer Schaden hätte entstehen können.

Kommunikation. Wenn man ohne Licht fährt. . . . Am Sonnabend abend in der 9. Stunde hat die Frau des Briefträgers Heime in Jessen, die auf ihrem Wege die Carl-Wenzel-Straße hinunterfuhr, in der Nähe des Bahnhofsüberganges den ihr begegnenden Herrn Dekonomierat Blümlich angefahren. Beide kamen zum Sturz. Der alte, fast 80 jährige, weit und breit bekannte Herr trug erhebliche Gesicht- und Kopfverletzungen davon und berab sich Blutüberflutet in seine nahegelegene Wohnung. Die Radfahrerin erlitt einen Schädelbruch und wurde dem Krankenhaus zugeführt. Das folgenschwere Unglück wäre unterblieben, wenn das Fahrrad, wie es sich gehört hätte, beleuchtet gewesen wäre; gegen diese Verkehrsverpflichtung wird aber leider immer wieder gesündigt.

Olshay. Erneuter Selbstmordverbrechen. Wie bekannt wird, hat der Elektriker Klein in Nieße aus Nieße-Gröbe der sich am Donnerstag vom Zuge bei Bornitz überfahren lassen wollte, im hiesigen Krankenhaus erneut Selbstmordversuche unternommen, so daß er nunmehr in die Irrenanstalt von Hubertshagen überführt werden mußte.

Döbber. Schauerfahrungen der Döbber Feuerwehr. Nichts konnte die Fortschritte auf dem Gebiete des Feuerlöschens besser dokumentieren, als die beiden Schauerfahrungen, die unsere Feuerwehr zur Erinnerung an die große Brandkatastrophe, die unsere Vaterstadt vor 90 Jahren heimlich, am heiligen Sonntag veranfaßte. An der Stelle, wo das verheerende Element 1842 ausbrach — dem jetzigen Uhlmannschen Haus am Altmarkt — fand gegen 11 Uhr die 1. Vorführung unter Leitung des Plagkommandanten Görlitz statt. Rauchwolken, die den Dachfenstern entquollen, deuteten den Brand an. Die Feuerlöschende ließ ihre wimmernde Stimme erheben, und schon kamen der Schugmann und Nachtwächter um die Ecke gelaufen. Ihnen folgten in Kürze von der Arbeit weg alle die hiesigen Handwerker, die Feuerwehr vom Kommandanten, — an einer gelben Schärpe kenntlich — geföhrt, die Kommandanten mit Gewehren bewaffnet, um den Absperrendienst vorzunehmen. Die Spritzen rasselten heran von schweren Vorreden gezogen. In langer Reihe nahmen die Handwerker Aufstellung und leiteten die Wassereimer weiter,

mit deren Inhalt die 3 Spritzen gelöhft wurden. Ehe das erste Wasser gegeben werden kann, verluhte man mit Sturmleitern und Feuerlöschern des Feuers Herr zu werden und zu Röheln und Dausen zu reiten, was noch zu reiten ist. Dann traten die Spritzen mit Gondetrieb und das Sturmfah in Tätigkeit. Erkundigt war, wieviel kräftigen Straß die große Spritze von 1788 gab. Das Feuer griff auch auf die Nachbarhäuser über. Die Handwerkermeister und Gesellen schwihten bei ihrer feuchten Arbeit; wie am laufenden Bande wurden die Wassereimer vom provisorischen Brunnen bis zu den Spritzen geleitet. Auch die Samariter bekamen Arbeit. Ein Trommelwirbel gibt das Zeichen zur Beendigung der Übung, die eine Riesenschar von Zuschauern mit großem Interesse verfolgte. Bei dem Einzug zum Depot hatte man noch einmal Gelegenheit, unsere Hülfskräfte und fröhlichen Vorkämpfer samt dem Feuerlöschgerät zu beaugensichtigen. Mithingeben hörte man Stimmen der Anerkennung über diese historische Übung, die allerdings von vielen mehr von der passhaften Seite angesehen wurde. Das Übungsobjekt der 2. Vorführung war das Rathaus. Sie wurde von Stadtdirektor Veitke geleitet. Annahme war Brandstiftung im Rathaus. Dort wurde mit den heutigen modernsten Löschgeräten das Rettungswerk demonstriert.

Mägeln. Der freiwillige Arbeitsdienst hat nach langen behördlichen Formalitäten gestern morgen praktisch begonnen. Etwa 50 junge Leute im Alter bis zu 25 Jahren sind eingeteilt und haben mit der Säuberung des vom Wasser entleerten Mühlgrabens oberhalb der Stadtmühle angefangen.

Rollen. Ein Kind tödlich überfahren. In der Nähe des Rittergutes Gerzdorf wurde ein noch nicht schulpflichtiges Kind, das mit den Eltern die Straße entlanggegangen war, von einem Motorradfahrer erfaßt und mitgenommen. Den erlittenen Verletzungen ist es im Krankenhaus erlegen. Das Kind ist dem Fahrer direkt in das Rad hineingefahren. Der Motorradfahrer erlitt beim Sturz nur geringe Verletzungen.

Dresden. Verkehrsunfälle. Am Montag abend wurde auf der Hauptstraße eine ältere Frau von einem Radfahrer umgefahren. Sie erlitt erhebliche Verletzungen. — Ebenfalls am Montag abend fuhr ein Balthof Vektor Heller ein Reichsweghöriger und eine Frau, beide auf Fahrrädern, so heftig zusammen, daß sie mehrere Minuten bewußtlos liegen blieben. Während der Fahrt mit leichteren Verletzungen davonkam, erlitt die Frau schwere Kopfverletzungen.

Dresden. Aus der Unfallchronik. Am Sonntag Riechen während eines Fußballspiels auf einem Sportplatz in Jßbachwitz zwei Spieler so heftig zusammen, daß einer von ihnen zu Boden stürzte und sich einen Beinbruch zuzog. Der Verunglückte mußte ins Krankenhaus gebracht werden. — Am Sonnabend nachmittag stürzte ein in Dresden wohnhafter 11 Jahre alter Knabe beim Spielen am Elbufer auf eine Weide. Er stürzte aus einer Höhe von etwa 4 Meter zu Boden und erlitt Bein- und Kopfverletzungen, die eine Ueberführung ins Krankenhaus nötig machten. — In einem Dresdener Luftbad stürzte am Sonntag mittag ein junges Mädchen aus einer Hängematte zu Boden. Das Mädchen zog sich dabei schwere Kopfverletzungen zu und mußte im Krankenhaus Aufnahme finden.

Dresden. Ansammlungen an der Dresdener Grobmarkthalle. Am Montag trat eine Verflüchtigung des Rates zu Dresden in Kraft, wonach das Betreten der sog. Markthalleninsel an der Grobmarkthalle an der Vöbtauer Straße nur noch von Großhändlern und Kleinhändlern, nicht mehr aber von Verbrauchern betreten werden darf. Aus diesem Anlaß kam es am Montag vormittag vor der Grobmarkthalle zu größeren Menschenansammlungen, die gegen den Erlass des Rates protestierten. Durch den Erlass wird es den Erzeugern landwirtschaftlicher und gärtnerischer Produkte unmöglich gemacht, ihre Waren direkt an Verbraucher zu verkaufen. Im Verkauf der Demonstration vertriehen mehrere Erzeuger ihre Waren zum Protest. Ein Kommando Schulpolizei sorgte für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Zu ernstlichen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Heidenau. Weihe eines Junabo-Beims. Am Sonntag nachmittag wurde in Heidenau auf dem Gelände an der Weidau ein neuerbautes Heim des Junadeutschen Ordens, Brudercharit Heidenau, eingeweiht. Mit der Heimweihe waren eine Bannerweihe und ein Wehrsportfest verbunden. Die Festanrede hielt der Großkomtur für Sachsen, Landtagspräsident Vasse.

Wirma. Verkehrsunfall. In der Nacht zum Montag kreiste auf der Rottmendorfer Straße ein in schnellem Tempo fahrender Kraftfahrer mit Beinahe einen Radfahrer, Sowohl der Radfahrer als auch der Motorradfahrer kamen zum Sturz. Letzterer zog sich einen Schädelbruch zu und mußte bewußtlos im Wirmaer Stadtkrankenhaus gebracht werden. Der Radfahrer kam mit leichten Verletzungen davon. Die Begleiter des Kraftfahrers mußte ebenfalls im Krankenhaus Aufnahme finden.

Bauken. Zwei Schwerverletzte. In der Nacht zum Montag überfuhr auf der Dresdener Straße ein Wagenführer mit seinem Auto eine Radfahrerin und einen Radfahrer. Beide wurden schwer verletzt und mußten dem Waugener Stadtkrankenhaus zugeführt werden. Der Wagen fuhr in den Straßengraben und wurde schwer beschädigt. Die Schuld an dem Unfall dürfte dem Autoführer treffen.

Bauken. Gefährlich für einen ungetreuen Vermögensverwalter. Das Waugener Gemeindefiskus-Schöffengericht verurteilte den früher in Orlitz tätig gewesenen, jetzt in Görlitz wohnhaften Rechtsanwalt und Notar, Dr. jur. Carl Georg Müller aus Limbach wegen fortgesetzter Untreue und Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis. Dr. Müller wurde zur Last gelegt, in Orlitz als Vormund und Konkursverwalter in zahlreichen Fällen ihm anvertraute Mittel- und Konkursgelder unterschlagen und für sich verwendet zu haben. Die veruntreuten Gelder beliefen sich auf insgesamt 20.000 Mark. Müller gab in der Verhandlung an, daß er sich das Fuldandkommen der Geldbeträge nicht erklären könne und bestritt, fremde Gelder für sich verwendet zu haben.

Bauken. Kommunischer Ueberfall. Kommunisch eingestellte Schweizer hatten in der Sonntag-Nacht in Buzt geplant, die von einem SA-Flugtag in Bauken zurückkehrenden Nationalsozialisten zu überfallen. Aus diesem Grunde war ein Nationalsozialist von einem Stahlbesieger und einem Parteigenossen nach Hause begleitet worden. Als die beiden Begleiter wieder zurückkehrten, wurden sie von den Kommunisten, die inzwischen Verstärkung herangeholt hatten, mit Dolchmessern schwer bearbeitet, und hatten gefährliche Stichverletzungen an Kopf und Armen erlitten.

Rudorf. Sie haben den fertigen Braten. Aus einem hiesigen Eisbaker sind in der Nacht zehn pfannenfertigen Enten gestohlen worden. Die Spigebuden wurden nicht ermittelt.

Grinna. Tödtlich überfahren. Am Montag vormittag ereignete sich im benachbarten Neunig ein tödlicher Unfall. Das 4 1/2 jährige Söhnchen des Fuhrwerksbesizers K. Walbau hatte Pfannen aufgeföhrt; darauf rannte der Kleine über die Straße, dem entgegenkommenden Anwesen zu. In diesem Augenblick wurde das Kind von einem heranlaufenden Leipziger Kraftwagen erfaßt und so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat.

Leipzig. Ein Sturz eines Sturms. Am Sonntag abend wurde Leipzig von einem heftigen Sturm heimgesucht,

der Schwe
betreffend
Probierbe
Jerkus
Belbach.
Belger
nicht als
400 bis 5
tion hin
wurde.
Leipzig.
Zeit die
Bisher i
Schulfin
von abe
jedoch m
gehandelt
der Kranke
des Besi
Kinder
von 14
Som es a
Dier aer
Nichtung
Unterach
tuna sah
Führer i
Wagen,
binabstie
schwere
fendans
weitere
mit leid
kraftwo
vollkom
D
ein aus
Motorrad
heig. U
ihr Kind
Lind ist
die Frau
Wochen
Hoffen
berger
unter d
Wochen
der Zeit
Oberer
wurde i
gründet,
und dan
merrät
seit 32
W
schwere
Staats
bei der e
mar bei
Kugeln
rad einer
er seitlich
und die
wurden
Schädel
Krank
fabrer le
nach dem
Wartel
Längen
F
lag aben
bei Röt
landung
wurde v
Der Unf
am Son
N
ordneten
(Dalle)
zum D
men ent
auf den
den eben
v. Bah
Han. V
Stimme
Dr. Wa
wählt i
Im
In
unter
mandos
übungen
und de
Wander
Gaitchen
u. a. an
Minister
Landesh
Dresden
Reichsge
Dr. W
und sch
der Reie
übungen
rote Ar
lichen
einander
unter
Wienant
11. eine
regimen
abend
Plane
folge m
waren n
der Weg
worden.
major E
Befehl,
meist na
Truppen
Frelberg
bereiten
von W
18. verk
anläßl
ran, den
dem
Kranken

der schweren Schaden in der Stadt anrichtete. Sehr schwer getroffen wurde dabei auch der gegenwärtig an der Ecke Großschloßer und Goldener Straße sich aufhaltende Alfred Siegel-Witthof. Eine Wirbelwindböe packte das Feldbach, zerriß es in zwei Teile und drückte das ganze Feldgerüst in wenigen Augenblicken zusammen. Es blieb nichts als ein wüster Trümmerhaufen. Die Besucher, etwa 400 bis 500 Personen, hatten auf eine Warnung der Direktion hin das Feld verlassen, ehe es vom Sturm zerföhrt wurde.

Portia bei Weibzig. Diphtherieerkrankungen bei Weibzig. Im Schulbezirk Weibzig-Plaue ist in der letzten Zeit die Diphtherie in verstärktem Maße aufgetreten. Bisher wurden acht Erkrankungsfälle gemeldet. Drei Schulkinder sind der Krankheit zum Opfer gefallen, davon zwei in der letzten Zeit. Bei einem Kinde ist es jedoch noch fraglich, ob es sich tatsächlich um Diphtherie gehandelt hat. Vier erkrankte Kinder wurden ins Kinderkrankenhaus nach Weibzig gebracht. Auf Anordnung des Bezirksarztes ist die Schule Weibzig-Plaue, die 160 Kinder in vier Klassen zählt, zunächst auf die Dauer von 14 Tagen geschlossen worden.

Chemnitz. An einem schweren Kraftwagenunfall kam es am Sonntag vormittag auf der Großschloßer Straße. Hier geriet ein vollbeladenes Personenauto, das in der Richtung Reutkirchen fuhr, beim Ueberholen mit der rechten Hinterachse an die linke Vorderachse eines in gleicher Richtung fahrenden, ebenfalls beladenen Personenauto. Der Fahrer des Omnibusses verlor die Gewalt über seinen Wagen, der daraufhin eine zwei Meter tiefe Böschung hinabstürzte und sich überschlug. Vier Fahrgäste erlitten schwere Verletzungen, die ihre Ueberführung in das Krankenhaus der Schopauer Straße nötig machten. Zwei weitere Fahrgäste und der Fahrer des Omnibusses kamen mit leichten Verletzungen davon. Während der Personenauto nur leicht beschädigt wurde, wurde der Omnibus vollkommen zerstört.

Deberan. Schwere Verkehrsunfall. Hier wollte ein auf Richtung Freiberg kommendes Kleinauto einem Motorradfahrer ausweichen und fuhr dabei auf den Fußsteig. Eine auf dem Fußsteig stehende ältere Frau und ihr Kind wurden umgerissen und schwer verletzt. Das Kind ist den Verletzungen bald darauf erlegen, während die Frau beide Beine gebrochen hat.

Annaberg. 125 Jahre. Tagesblatt Annaberg. 125 Jahre. Am 12. September waren 125 Jahre verfloßen seit der Gründung der Zeitung „Tagesblatt Annaberg. 125 Jahre“. Aus diesem Anlaß gab der Verlag unter dem Motto „125 Jahre. Tagesblatt Annaberg. 125 Jahre.“ eine Festschrift heraus, die die Geschichte der Zeitung und eine Chronik von Annaberg und dem Oberbergbau von 1900 bis 1930 bringt. Die Zeitung wurde im Jahre 1807 von Friedrich Wilhelm Kaiser gegründet, erschien bis zum Jahre 1862 als Wochenblatt und dann als Tageszeitung. Der letzte Verleger, Kammerrat Felix Thallwitz, steht im 75. Lebensjahre und ist seit 32 Jahren Herausgeber des Blattes.

Plauen. Todesopfer eines Motorradunfalls. Ein schwerer Zusammenstoß eines Motorradfahrers mit einem Staatsauto erfolgte am Sonntag vormittag in Weibzig bei der ersten Kurve von Spreng aus. Der Staatskommissar war bei der Unfallstelle im Unfalle begriffen. In diesem Augenblick wollte der in Weibzig geborene, in Schloß bei Plauen wohnhafte Michel Schäfer mit seinem Motorrad einen anderen Motorradfahrer überholen. Dabei fuhr er seitlich in den Kühler des Autos. Der Motorradfahrer und die auf dem Sozius mitfahrende Bildhauerin Reith wurden auf die Straße geschleudert. Beide trugen schwere Schäden und Verletzungen davon und mußten nach dem Krankenhaus gebracht werden. Dort ist der Motorradfahrer seinen schweren Verletzungen erlegen. Weiter wurde nach dem Krankenhaus der 28 Jahre alte Radfahrer Kurt Barthel von hier eingeliefert, der mit seinem Rad bei Langenbach angefahren und schwer verletzt wurde.

Falkenberg. Gefährliche Notlandung. Am Sonntag abend mußte ein Schulflugzeug aus Berlin-Adlershof bei Rötten in einem 20jährigen Kiemenbestand eine Notlandung vornehmen. Es blieb in den Bäumen hängen und wurde völlig zertrümmert. Die Flieger blieben unverletzt. Der Unfall ist auf den heftigen Sturm zurückzuführen, der am Sonntag abend herrschte.

Halle. Bürgermeisterwahlen. In der Stadtverordnetenversammlung wurde gestern Bürgermeister Veltjousen (Halle) mit 27 von insgesamt 52 abgegebenen Stimmen zum Oberbürgermeister der Stadt Halle gewählt. 15 Stimmen entfielen auf den Kommunisten Behne, 8 Stimmen auf den Sozialdemokraten Klemm und je eine Stimme auf den ehemaligen Regierungspräsidenten in Königsberg Dr. v. Bahrdt und auf den bisherigen Stadtkammerer Dr. v. Wap. Bei der Wahl des Bürgermeisters wurden 37 Stimmen abgegeben, von denen 29 auf Stadtkammerer Dr. Wap entfielen, der somit zum Bürgermeister gewählt ist.

Die Divisionsmanöver beginnen.

Im Mansfelderlande zwischen Chemnitz und Döbeln.

In den frühen Morgenstunden des Montags begannen unter Leitung des Oberbefehlshabers des Gruppementmandos I, Generals der Infanterie Gasse, die Divisionsübungen der IV. Division im Raume zwischen der Bischofsau und der Freiburger Mulde. In dem geradezu idealen Mansfelderlande, dessen Mittelpunkt etwa die Gellertstadt Gaißchen bildet, waren als Gäste des Gruppementmandos u. a. anwesend Ministerpräsident Schick in Begleitung von Ministerialdirektor Dr. Scheller. Die Präsidenten des Landesinnamtes Dresden, der Reichsbahninspektion Dresden, der Oberpostdirektion Chemnitz, der Präsidenten des Reichsgerichts Leipzig, Dr. Bunte, Oberbürgermeister Dr. Ullrich, Chemnitz, mehrere Kreis- und Amtshauptleute und zahlreiche ehemalige Offiziere des alten Heeres und der Reichswehr. Die Manöverleitung hatte für die Divisionsübungen folgendes zugrundegelegt: Eine blaue und eine rote Armee stehen an der Freiburger Mulde mit den nördlichen Flügeln bei Sand, 4 Kilometer nördlich Freiberg, einander im Kampf gegenüber. Die Lage der IV. Division unter Führung des Generalleutnants Freiherrn von Wianath, bestehend aus den Infanterieregimentern 10 und 11, einer Artillerieabteilung, einer Eskadron des Reiterregiments 13 und Nachrichtenruppen hatte am Sonntag abend die Gegend von Falkenberg-Langenscheid erreicht. Blaue Truppen, von deren Auftreten der rote Gegner in Folge mangelnder eigener Flugzeuge noch keine Kenntnis hatte, waren mit Kraftwagen und Bahntransport Montag früh in der Gegend von Walheim-Bartba-Döbeln herangeföhrt worden. In Döbeln gibt der Führer von Blau, Generalmajor Wed, Artillerieregiment IV, am Montag 8 Uhr früh den Befehl, zwischen Bischofsau und Striebschlag mit möglichst weit nach Süden vorzuziehen, um den von den eigenen Truppen beschützten Planenarriff gegen den an der Freiburger Mulde stehenden Gegner wirksam vorzubereiten. In Ausführung dieses Auftrages gab der Führer von Blau um 8:30 Uhr seinen Befehl. Das Reiterregiment 13, verstärkt durch eine Batterie Artillerie-Regt. IV, sollte ausfahren, bis zur Linie Mittweida-Frankenbera-Oberden, den von Gaißchen her erwarteten Gegner in hinhalten- dem Gefechte aufzuhalten und langsam an die Straße Frankenbera-Rohwein zurückzuziehen, um den Gegner von

Der Reichsausschuß für Wahrung der Volksrechte tagt.

Die Regierung hält daran fest, daß das Vorgehen des Reichstagspräsidenten verfassungs- und geschäftsordnungswidrig sei.

Berlin. (Funkdruck.) Der Reichsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung trat heute Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Vöbe zusammen. Die Beteiligung der Parteien war außerordentlich stark. Auch Reichstagspräsident Göring nahm an der Sitzung teil. Ebenso waren die Länder durch zahlreiche Gesandte vertreten.

Von der Reichsregierung war zunächst nur Ministerialdirektor Gottheiner vom Reichsinnenministerium erschienen. Dieser gab zu Beginn der Sitzung eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Reichsregierung hält daran fest, daß das Vorgehen des Reichstagspräsidenten in der gestrigen Sitzung des Reichstages mit der Reichsverfassung und der Geschäftsordnung des Reichstages nicht vereinbar ist. Nach Artikel 83 Abs. III der Reichsverfassung haben die Vertreter der Reichsregierung das verfassungsmäßige Recht, auch außerhalb der Tagesordnung, das heißt nach Schluß der Debatte zu jedem beliebigen Gegenstande das Wort zu erheben. Entgegen dieser Bestimmung hat der Reichstagspräsident trotz wiederholter Vorwarnung dem Reichskanzler das Wort nicht erteilt, obwohl eine Abstimmung noch nicht angelegt war. Es heißt ferner, daß nach der Wortmeldung des Reichskanzlers ein Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt wurde. Es steht weiter fest, daß der Präsident diesen Antrag zugelassen hat und daß er das Wort noch darüber befragt hat, ob die Abstimmung über die Aufhebung der Notverordnung mit der Abstimmung über den Mißtrauensantrag verbunden werden solle. Eine Abstimmung kann erst beginnen, nachdem festgestellt ist, worüber und in welcher Form abgestimmt werden soll. Dementsprechend bestimmt der § 105 der Geschäftsordnung, daß eine namentliche Abstimmung „bis zur Eröffnung der Abstimmung“ beschlossen werden kann. Sie kann somit nicht mehr nach der Eröffnung der Abstimmung beschlossen werden. Wenn der Reichstagspräsident nach der Wortmeldung des Reichskanzlers noch einen Mißbrauch an namentlicher Abstimmung herbeiföhrt, so stellt sich daraus ein Mißbrauch dar, daß die Abstimmung bei der Wortmeldung des Reichskanzlers nicht begonnen hätte, und daß der Präsident die Abstimmung selbst nicht abgelehnt hätte. Damit steht fest, daß dem Reichskanzler geschäftsordnungs- und verfassungswidrig das Wort verweigert worden ist.

Infolge dieses Verhaltens des Reichstagspräsidenten war der Reichskanzler genötigt, die Verordnung des Reichspräsidenten, die die Auflösung des Reichstages verfügte, Bescheid dem Reichstage zu übermitteln, daß er sofort nach dieser wiederholten Ablehnung der Worterteilung die Urkunde der Auflösung in Wirksamkeit. Mit der Uebernahme der Urkunde trat die Auflösung in Wirksamkeit. Jede weitere Tätigkeit der noch verammelten Abgeordneten entbehrte damit der verfassungsmäßigen Grundlage. Beschlüsse des Reichstages über die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und über die Entziehung des Bezirksamtes liegen daher nicht vor.

Ungeachtet dieser klaren Rechtslage hat der Präsident des Reichstages an den Reichskanzler in den gestrigen Abendstunden folgendes Schreiben gerichtet:

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 12. 9. 1932 auf Grund der Anträge Lorinser und Genossen mit 512 bei 559 abgegebenen Stimmen beschlossen:

1. Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Verleihung der Reichsämter vom 4. September 1932 ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
2. Die Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschäftigung vom 5. September 1932 ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
3. Der Reichstag entzieht der Reichsregierung u. Papen das Vertrauen. Aus diesem Schreiben in Verbindung mit den Erklärungen, die er gestern abgegeben hat, ergibt sich, daß der Reichstagspräsident die Auflösung des Reichstages nicht anerkennt. Mit dieser Stellungnahme des Reichstagspräsidenten steht die Aufhebung des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung in Widerspruch. Die Reichsregierung ist jederzeit bereit, mit dem nach Artikel 85 der Reichsverfassung gestellten Ausschusse zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung zu verhandeln. Sie muß es jedoch ablehnen, in solche Verhandlungen einzutreten, ehe nicht der Reichstagspräsident sein Schreiben vom 12. September 1932 zurückgezogen hat.

Nach Abgabe dieser Erklärung verließ Ministerialdirektor Gottheiner die Sitzung.

Reichstagspräsident Göring erklärte, er müsse anerkennen, daß die Reichstagsauflösung rechtmäßig sei, da auch ein gestützter Reichskanzler ein Auflösungsdekret gegenzeichnen könne, so lange er das Vertrauen des Reichspräsidenten habe. Dagegen müsse er auf seinem Standpunkt beharren, daß die Abstimmungen rechtmäßig seien, da sie bereits begonnen hätten, als der Reichskanzler sich zum Wort gemeldet hatte. Allerdings habe er auch formal juristisch lebhafte Bedenken, die die Verdrängung, die für die Auflösung gegeben sei, mit dem Geist und dem Sinn der Verfassung übereinstimmen.

Abg. Verndt (Deutschnat.) erklärte, daß er sich voll auf den Boden der Ausführungen des Regierungsdirektors stelle. Die Reichsregierung sei zu ihrem Verhalten vollständig berechtigt.

Aus einem Jurus von Seiten der Nationalsozialisten und des Zentrums, warum denn dann die Deutschnationalen sich an der Abstimmung beteiligt hätten, erklärte Redner: Das sei zu sehen, um den Mehrheitsparteien nicht die Freude zu machen, auf einen einmütigen Beschluß des Reichstages hinweisen zu können in einer Sache und in einer Situation, die hinsichtlich ihres Ernstes überhaupt nicht übertrieben werden könne, und die wahrlich mehr Verantwortungsgefühl verlangt hätte, als es gestern der Reichstagspräsident und die Reichstagsmehrheit bewiesen hätten.

In der weiteren Aussprache erklärte Abg. Vöbe (SPD.) als Vorsitzender, daß der Ausschuss auf jeden Fall rechtmäßig tagt, auch wenn der Reichstag nicht aufgelöst sei.

Abg. Wegmann (Str.) erklärte, die Regierung dürfe unter keinen Umständen ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig machen.

Gegen die beiden deutschnationalen Stimmen wurde darauf ein soz.-dem. Antrag angenommen, wonach der Ausschuss die Anwesenheit des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers verlangt.

Der Ausschuss befaßte sich dann noch kurz mit der politischen Durchsichtung des Reichstagsgebäudes in der Nacht zum Dienstag.

Reichstagspräsident Göring legte gegen das Vorgehen der Polizei scharfe Verwahrung ein und erklärte, er sei bereits mit der preussischen Regierung in Verbindung getreten, um die Befreiung der Schuldigen zu verlangen. Er überlege auch, ob er sich wegen dieses Vorganges mit der Reichsregierung in Verbindung setzen solle.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und bei Stimmhaltung des Zentrums wurde ein kommunikativer Antrag angenommen, in dem festgestellt wurde, daß das einseitige Vorgehen der Abgeordneten-Innenminister sei. Der Ausschuss verlange die sofortige Befreiung der für die Durchführung Verantwortlichen.

Der Ausschuss vertagte sich dann, um die Entscheidung der Regierung abzuwarten.

Kündigung des Ueberwachungs-Ausschusses.

Auch nach Wiedereröffnung der Sitzung war kein Vertreter der Regierung erschienen. Vorsitzender Vöbe teilte mit, daß er sich mit Staatssekretär Brand in Verbindung gesetzt habe. Er habe die Auskunft erhalten, daß die Regierung auf dem Reichstagsstandpunkt verharre, den Ministerialdirektor Gottheiner vorgetragen habe.

Nach längerer Aussprache nahm der Ausschuss gegen die Stimmen der Deutschnationalen und im letzten Satz auch gegen die kommunikativen Stimmen folgende Entschließung der Sozialdemokraten an:

Der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat gemäß Artikel 83 der Reichsverfassung die Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsinnenministers zu seiner heutigen Sitzung verlangt. Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern haben ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig gemacht. Das ist nach dem klaren Wortlaut des Artikels 83 der Reichsverfassung nicht zulässig. Die Reichsregierung hat diese Rechtsauffassung auch anerkannt durch ihr Verhalten im Juni vor dem damaligen Ueberwachungs-Ausschusse. Der Ausschuss stellt fest, daß sich der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern durch ihre Handlungswiese eines offenen Bruches der Reichsverfassung schuldig gemacht haben. Er erwartet, daß der Herr Reichspräsident als der berufene Hüter der Verfassung den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Innern zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten unverzüglich anhält.

Der Reichskanzler geht nicht in den Ueberwachungs-Ausschuß.

Berlin. (Funkdruck.) Von amtlicher Seite wird zu dem Beschluß des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, den Reichskanzler und den Reichsinnenminister herbeizuladern, erklärt, daß entsprechend der Stellungnahme, die Ministerialdirektor Gottheiner im Verlaufe der Ausschussung eingenommen hat, weder der Reichskanzler noch der Reichsinnenminister zu den Sitzungen des Ausschusses erscheinen werden, bevor nicht der Brief des Reichstagspräsidenten Göring an den Reichskanzler, der die geforderte Abstimmung als zu Recht bestehend ansieht, zurückgezogen wird. In Regierungskreisen betont man hierzu, daß in die Forderung der Einberufung des Ueberwachungs-Ausschusses an sich schon eine Desavouierung der Stellungnahme des Reichstagspräsidenten bedeutet, da dieser Ausschuss ja nur nach Auflösung des Parlaments einzuberufen wird und demzufolge die Auflösung des Parlaments als zu Recht bestehend anerkannt ist.

Die Reichsregierung wartet zunächst ab.

Berlin. (Funkdruck.) Im Reichstag war es heute, obwohl das Parlament aufgelöst ist, durch die Sitzungen des Ueberwachungs-Ausschusses und einzelner Fraktionen recht lebhaft. Allgemein stellt man natürlich die Frage nach der weiteren politischen Entwicklung. Sie ist aber noch nicht zu beantworten, da die Reichsregierung zunächst abwartet und ihre Entschlüsse erst in den nächsten Tagen treffen wird. In Regierungskreisen wird lediglich betont, daß streng verfassungsmäßig vorgegangen wird und daß die Reichsregierung nicht die Absicht habe, vor den Wahlen Verfassungsänderungen herbeizuföhren. Vielmehr werde der Entwurf einer neuen Verfassung, den der Kanzler in seiner gestrigen Rede angekündigt, unabhängig hiervon ausgearbeitet werden.

An sich besteht für die Regierung keine Veranlassung zu schnellen Maßnahmen. Sie hat sogar für die Festlegung des Wahltermins vier Wochen Zeit. Sind die Wahlen unter der Leitung von Reichsinnenminister gefennzeichneten Voraussetzung der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung möglich, so würde in erster Linie der 6. November in Frage kommen. Bisher hat der Staatsgerichtshof noch nie eine Klage von vornherein abgewiesen, sondern die Dinge immer erst genau geprüft und auch erst dann eine etwaige Unzulänglichkeit festgestellt. Bleibt es bei dieser Praxis, so könnte schon einige Zeit vergehen, ehe eine Klärung der Frage herbeigeföhrt ist. Natürlich gehören diese Dinge auch zu dem Komplex der Probleme, zu denen die Reichsregierung, wie oben gesagt, in den nächsten Tagen Stellung nehmen wird. Er umfaßt weiter wohl auch die Wahlenfragen, die sich für eine Veränderung des Wahlrechts auf Grund des Artikels 48 ergeben. Es gibt ein Reihe von Punkten des Wahlgesetzes, in denen Änderungen möglich sind, ohne daß die verfassungsmäßige Grundlage dadurch berührt wird. Das alles aber sind Fragen, über die sich heute noch nicht sagen läßt, weil die Reichsregierung selbst sie zunächst einmal prüfen muß.

Neuer Transoceanflug.

Newport. (Funkdruck.) Die Flieger Wih Newcomer, Dr. Ulrich und Dr. Wisnuli sind heute früh von hier auf einem Transoceanflug gestartet. Sie wollen versuchen, ohne Zwischenlandung nach Rom zu gelangen.

der eigentlichen Kampfteilung an der Mulde abzugeben. Das Infanterie-Regiment 12 hatte sich den ihm gemordenen Befehl gemäß sorgfältig gearmt auf dem östlichen Gelände 5 Kilometer nordwestlich von Gaißchen bereitgestellt, daß es zu nachhaltiger Verteidigung dieser östlichen Mulde war. Der Führer der zweiten Division hatte sich entschlossen, am Montag früh in zwei Marschgruppen über Gaißchen-Rohwein auf das nördliche Muldenufer vorzumarschieren. Schon südlich von Gaißchen traf Kontakt mit der Kavallerie von Blau zusammen, die sich langsam in nördlicher Richtung zurückzuziehen ließ. Die Hauptkräfte von Blau besaßten sich gegen Mittag gegenüber dem beiderseitig der Straße Oberden-Rohwein vordringenden Gegner. In den frühen Nachmittagsstunden gelang es dem ersten Bataillon des Inf.-Regts. 10 plötzlich durch

Neuer Transoceanflug.

Newport. (Funkdruck.) Die Flieger Wih Newcomer, Dr. Ulrich und Dr. Wisnuli sind heute früh von hier auf einem Transoceanflug gestartet. Sie wollen versuchen, ohne Zwischenlandung nach Rom zu gelangen.

Eine Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer.

* Berlin. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 ist nunmehr am 9. September 1932 die Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer 1932 erlassen worden.

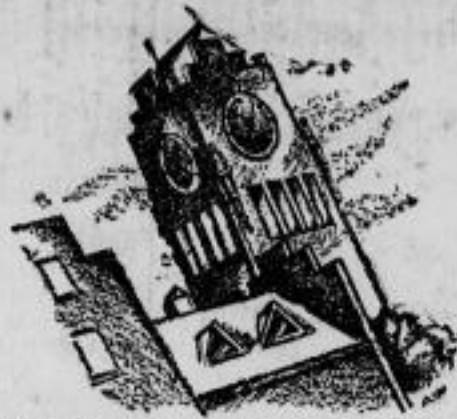
Die Bürgersteuer 1932 wird von den Gemeinden, die die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 (Bürgersteuer 1931) erhoben haben, in der sich aus § 3 ergebenden Höhe im letzten Viertel des Kalenderjahres 1932 erhoben; wenn bis zum 30. September 1932 die Erhebung dieser Steuer von der Gemeinde rechtswirksam beschlossen ist, oder wenn bis zum 20. September 1932 auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932, vierter Teil, Kapitel 1, Artikel 2, erster Abschnitt, Abs. 2 Satz 1 eine Bestimmung der Landesregierung verhängt ist, nach der die Bürgersteuer 1932 von allen Gemeinden des Landes, die die Bürgersteuer 1931 erhoben haben, erhoben wird.

Der Gesamtbetrag der Bürgersteuer 1932 ist aus dem Gesamtbetrag der Bürgersteuer 1931 nach Maßgabe der Nr. 1 bis 4 zu berechnen:

1. Der Zuschlag von 50 v. H., der bisher bei Verheirateten für die Ehefrau erhoben wurde, bleibt außer Ansatz.
2. Von dem Betrage der Bürgersteuer 1931 (ohne Ehefrauzuschlag, Nr. 1.) ist für die Bürgersteuer 1932 die Hälfte anzusetzen, da für die Bürgersteuer 1932, die in den drei Monaten Oktober bis Dezember 1932 erhoben wird, nur die Hälfte des Steuerfußes gilt, mit dem die Bürgersteuer 1931 in den sechs Monaten Januar bis Juni 1932 erhoben worden ist.

3. Der sich aus Nr. 1, 2 ergebende Steuerbetrag wird um 25 v. H. gesenkt, d. h. nur in Höhe von $\frac{3}{4}$ erhoben.

4. Aus Nr. 1 bis 3 ergibt sich, daß die Bürgersteuer 1932 insgesamt in Höhe von $\frac{3}{8}$ des für das Rechnungsjahr 1931 ohne Ehefrauzuschlag angeforderten Steuerbetrages erhoben wird. In einem Falle z. B., in dem die Bürgersteuer 1931 bei einem Steuerfuß von 300 v. H. 6 R.M. mal 3 gleich 18 R.M. für einen Ledigen und 27 R.M. für einen Verheirateten betrug, beläuft sich somit die Bürgersteuer



Im Gegensatz zu den Wünschen des Weltgeschehens soll die Kommunalpolitik ruhig und stetig sein. Eine solche Politik des inneren Friedens wird stets von dem Riesaer Tageblatt befolgt und angeregt. Gegen seiner eigenen kommunalpolitischen Ansicht übereinstimmend man am besten und sachlichsten, wenn man sie zum dauernden Felsen des Riesaer Tageblatt anregt.

1932 auf $\frac{3}{8}$ von 18 gleich 6,75 R.M., und zwar in gleicher Weise für einen Verheirateten wie für einen Ledigen.

Abweichend von § 13 Absatz 1 der Durchführungsverordnung vom 1. Oktober 1931 (§ 4) wird die Bürgersteuer 1932 in gleichen Teilen fällig.

1. soweit sie durch Einbehalten eines Lohnanteils erhoben wird, ohne Rücksicht auf ihre Höhe bei Arbeitnehmern, deren Arbeitslohn gezahlt wird für Zeiträume

a) von mehr als einer Woche: in drei Teilbeträgen, und zwar am 10. der Monate Oktober, November und Dezember 1932. Der einzelne Teilbetrag (Monatsrate) beläuft sich hiernach in dem in § 3 Nr. 4 angeführten Beispiele auf 2,25 R.M., während er in den Monaten Januar bis Juni 1932 bei einem Ledigen 3 R.M. und bei einem Verheirateten 4,50 R.M. betrug;

b) von nicht mehr als einer Woche: in 6 Teilbeträgen, und zwar am 10. und 24. der Monate Oktober u. November 1932, sowie am 10. und 24. Dezember 1932. Der einzelne Teilbetrag beläuft sich hiernach in dem in § 3 Nr. 4 angeführten Beispiele auf 1,12 R.M., während er in den Monaten Januar bis Juni 32 für einen Ledigen 1,50 R.M. und bei einem Verheirateten 2,25 R.M. betrug;

2. soweit sie mit ihrem Gesamtbetrag auf Grund eines besonderen Bescheides erhoben wird, wenn ihre Höhe im Rechnungsjahr 1931 im Verhältnis zu den reichsrechtlichen Mindestsätzen betrug,

a) nicht mehr als 200 v. H.: mit ihrem Gesamtbetrag am 10. November 1932,

b) mehr als 200 v. H.: am 10. Oktober u. 10. November 1932.

Die Gemeinden können die Bürgersteuer in diesen Fällen in anderer Weise als durch Steuerbescheid anfordern;

3. soweit sie auf Grund eines zufälligen Steuerbescheides erhoben wird: am 10. November 1932;

4. in den übrigen Fällen; wie in den Fällen der Nr. 2.

Abweichend von § 15 der Durchführungsverordnung vom 1. Oktober 1931 (§ 4) hat der Arbeitgeber die Höhe der einzubehaltenden Teilbeträge (§ 6 Abs. 1 Nr. 1) selbst zu berechnen.

Abweichend von § 15 Abs. 4 Satz 1 der Durchführungsverordnung vom 1. Oktober 1931 (§ 4) hat der Arbeitgeber die einzubehaltenden Bürgersteuerbeträge binnen folgender Fristen an die in den Steuerarten bezeichneten Gemeindefassen abzuführen:

1. soweit die Bürgersteuer von der Gemeinde angefordert ist, in der die den Lohn zahlende Betriebsstätte liegt: für Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis zum 15. eines Kalendermonats; bis zum 20. dieses Kalendermonats, für Lohnzahlungen in der Zeit vom 16. bis zum Schluss eines Kalendermonats; bis zum 5. des folgenden Kalendermonats. Beträgt jedoch die bis zum 20. eines Kalendermonats abzuführende Summe weniger als 200 R.M., so findet Nr. 2 entsprechende Anwendung;

2. soweit die Bürgersteuer von anderen Gemeinden angefordert ist: für Lohnzahlungen innerhalb eines Kalendermonats; bis zum 5. des folgenden Kalendermonats.

Mein Sonder-Verkauf

das zweite Meter, das zweite Stück zum halben Preis endet Sonnabend, den 17. September 1932
Modewarenhaus Edwin Michel, Röderau

Voranzeige! Operettengastspiel. Städtebundtheater der Dresdener Residenzbühne (Dir. Flechsig).

Hotel Höpfer in Riesa, Sonntag, den 18. September, abends 8 Uhr der neue lustige Operetten-Erfolg

So ist die Liebe der Hularen

aus der Soldatenzeit in 3 Akten. Musik von Willi Fischer. Hauptgesangsschlager: „Leutnant warst du einst bei den Husaren“, „Und mit gleichem Schritt und Tritt bei der Regimentsmusik“ usw. — In den Hauptrollen: 1. Gesangsdirigierender Dir. Flechsig, 1. Sängerin Doris Krüger (Leipzig), 1. Tenor Buffo Hubert Marquart (Metropoltheater Berlin) als Gast und die anderen guten Kräfte. — Vorverkauf bei Zigarrengeschäft Wittig, Hauptstraße 60. — 1. Sperrplatz 1.50, 1. Platz 0.80, Saal und Galerie 0.50. (Erwerbslose Ermäßigung). Abendkasse Zuschlag.

Nachmittags 4 Uhr Jugendvorstellung **Rotkäppchen**

Nachmittagspreise 0.25, 0.50 und 0.70 Mk.

V. A. O. D.

Mittw. 14. 9. 32, 1/4 11. Schw. Ruffit. im Heim. S. H. Sika. I.

Stadtpark.

Morgen Mittwoch ff. Eierplinsen u. Spritzkuchen.

Morgen Mittwoch Schlachtfest. Früh 9 Uhr Wellfleisch. Später fr. handf. Würst. Gallertschiffeln, Oastepeter. M. Gumlich, Goethestr. 55. Rabatmarken.

Reichs-Firmen-Fernsprechbuch mit **Reichs-Branchen-Verzeichnis**

erscheint regelmäßig jährlich

Der Branchenteil allein (Band III/IV) enthält nahezu 1 Million Adressen nach über 18 000 Stichworten geordnet u. kostet

Preis des kompletten Werkes (vier Bände) RM 60.-

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder den Verlag **REICHS-BRANCHEN-VERZEICHNIS** G. m. b. H. BERLIN SW 68

30.-

Familiendrucksaachen liefern schnellstens

Langer & Winterlich, Riesa, Goethestr. 59

Galhof Mergendorf.

Jeden Mittwoch **Kaffeekonzert**

Pflaumenkuchen, Schlagsahne.

Mittwoch früh frisch eintreffend: **Schellfisch, Rabliau Fischfilet.**

Carl Zigner, Gröba.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Aufmerksamkeit beim Ableben unseres lieben Entschlafenen, Herrn **Bürgermeister Paul Merkel** sagen wir allen herzlichsten Dank.

Martha verw. Merkel und Angehörige.

Radewitz, 13. September 1932.

Für die vielen Glückwünsche und wertvollen Geschenke und noch besonders den schönen Kirchenbesuch von Damenchor des Gefangenenvereins nebst Niedermeisterin anlässlich unserer Verabschiedung danken herzlichst im Namen beider Eltern

Rurt Klunker und Frau Frieda geb. Kauls.

Braunh. Bahnhof / Prösen.

Regenschirm verkauft

im Stadtkaffee am Sonntag vor acht Tagen, d. 4. 9. 32. Umtausch im Stadtkaffee.

2 leere Zimmer

ab 15. 10. zu verm. Gröba, Fr.-Obert-Platz 6b, 2.

Lager- od. Gewerberaum

Rabe Wbf. Hof. zu verm. Off. u. T 2508 a. b. Tagl. Riesa.

1 Hausmagd s. sofort. Antritt

Zu erz. im Tagel. Riesa.

Suche zum jüng. Mädchen

1. Okt. ein jüng. Mädchen, 1. Feldarb. Arndt Fischke, Bornheim b. Lommahsd.

Frisch eingetroffen **Angelschellfisch** im Geschäft u. Wochenmarkt, prima **Hendburger Räucheraal** täglich frische Wädlinge alle Sorten Fischmarinaden empfiehlt billigst **H. Hönide, Hanpstr. 22.**

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgang unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter, der **Frau Auguste verw. Müller** danken herzlichst die Hinterbliebenen.

Wohls, im September 1932.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sprechen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank aus.

Paul Wustlich und Frau.

Riesa, Reihner Straße 32, September 1932.

Das Sprichwort: „Selbst ist der Mann“

ist in ganz schön, nur paßt es nicht dort hin, wo der geliebte Handwerker viel besser und billiger schafft als der ungeübte Laie. Tüchtige Handwerker vermittelt jederzeit die kleine Anzeige im Riesaer Tageblatt.

Wer Geschäfte machen will — muß inserieren

Für die wohlthuende Teilnahme und reichen Blumenschmuck bei dem schmerzlichen Verlust meines so plötzlich aus dem Leben gerissenen lieben Mannes, treuherzigen Waters, lieben Bruders und Schwagers, des **Rangierers Paul Engel** sagen wir hiermit allen unseren innigsten Dank. Besonderen Dank dem Eisenbahnpersonal des Bahnhofs Riesa für bereitwilliges Tragen und leichtes Geleit. — Ruhe in Frieden!

In tiefem Weh **Martha Engel und Sohn** 13. Sept. 1932. nebst allen Hinterbliebenen.

Barthelbächen. Morgen Mittwoch Schlachtfest. Ergebenkt ladet ein Fern. Vogel.

Vereinsnachrichten

Reisegerverein König Albert. Donnerstag, 15. 9., 20 Uhr Versammlung, Eibterrasse.

RV. Adler. Donnerstag, den 15. 9., Monatsversammlung 20.30 Uhr Dampfbad. Tagesordnung wichtig (Radrennbahn). Ersch. all. Mittag. Wficht. **W. A. Turnb.** Mittwoch Festausflug, Radfahrschänke.

Herbin-Stodin

unschädlich und unübertroffen bei starken **Kopfschmerzen**

Rheuma-, Muskel- und Nervenschmerzen. Verlangen Sie daher in der Apotheke nur Herbin-Stodin und Sie werden angenehm überrascht sein.

H. O. ALBERT WEBER, MAGDEBURG

20 Tabl. 1.05
10 Tabl. 0.60

Wachtung! Hausfrauen!

Empfehle diese Woche in prima Qualität:

Roßschinken Wb. 1.20
Schinkenpest Wb. 1.00
Wurstwerk, hart Wb. 1.00
Wurstwerk, weich Wb. 1.00

Ausnahmepreise in va. **Bestwurst, halb hart**, das ganze Wb. nur 60

Hausfleischerei Hanns Döbeln i. Sa.

Frisch eingetroffen: **Angelschellfisch, Rabliau Goldbarsch, Seelachs Fischfilet, Schollen**

Wassungen, grüne Heringe leb. **Karbsen u. Schelen** beste Qualität.

Clemens Bürger.

Eine kleine Anzeige ist besser als keine Anzeige

Stoll - Kartoffelernter

mit und ohne Selbstbetriebe. Schon für 168 RM. erhältlich.

D. G. - Hauptprüfung 1931 höchste Auszeichnung 1. Preis

Dr. silberne Preisermänge. Kauft einbeim. Maschinen. **Wilh. Stoll, Zorgan.**

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Reichskanzler Papen über das Programm der Reichsregierung.

Berlin, 13. September.

Reichskanzler von Papen legte in einer Ansprache im Rundfunk das Programm der Reichsregierung dar; er führte u. a. folgendes aus:

„Ich spreche heute durch den Rundfunk zum deutschen Volk, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Reichsregierung über das von ihr verfolgte Programm entgegenzunehmen.“ Der Reichskanzler gab darauf eine Schilderung der Vorgänge im Reichstag, durch das verfassungswidrige Verhalten des Reichstagspräsidenten sei es der Reichsregierung unmöglich gemacht worden, vor dem Volk einen Rechenschaftsbericht über die vergangenen drei Monate zu geben. Die kommunistische, von Moskau zugereifte Abgeordnete Frau Zeitlin sei vom Reichstag mit Unrecht in ihren Deklamationen angehört worden; die Erklärung einer nationalen Regierung aber weigerte sich die deutsche Volksvertretung, auch nur anzuhören.

Die Reichsregierung, die ein unteilbares Ganzes bilde, sei fest entschlossen, den Weg weiterzugehen, den sie mit ihren bisherigen Handlungen beschritten habe: den Weg einer unabhängigen neuen Staatsführung, zu der der Herr Reichspräsident sie berufen habe und zu deren Durchführung sie sich ohne Zögern, aber auch ohne Ueberstürzung ans Werk gemacht habe. Die Tätigkeit der Regierung bestehe in dem Abschluß einer alten und der Eröffnung einer neuen Epoche.

Die Herstellung der vollen Souveränität des Reiches, seiner Freiheit und Gleichberechtigung ist das grundsätzliche Ziel unserer Außenpolitik. Das sei eine Sache der Ehre und Selbstachtung Deutschlands und zugleich die einzig mögliche Grundlage seiner Zusammenarbeit mit dem Ausland. Aus diesem Grunde haben wir jetzt die zweite Frage unserer Gleichberechtigung in Angriff genommen, die Frage der Abrüstung.

Wir wollen die Abrüstung. Wir würden die weitestgehenden Abrüstungsvorschläge für Deutschland annehmen, vorausgesetzt, daß sie gleichmäßig für alle Staaten gelten. Aber es ist für uns unerträglich, weiterhin als ein Volk zweiter Klasse behandelt zu werden und weiterhin schutzlos unter den waffenstarken Staaten des europäischen Festlandes dazustehen. Wir wollen keine kriegerischen Abenteuer; wir lehnen ein Weltkrisen ab. Niemand hat mit größeren Hoffnungen auf die Arbeiten der Abrüstungskonferenz gesehen als Deutschland. Das Ergebnis ihrer ersten fünf Monate hat uns grausam enttäuscht! Trotz Bälferbund, Locarno und Kelloggpaakt versucht man, sich den Verpflichtungen zur Abrüstung zu entziehen. Wir können an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht teilnehmen, bevor die Frage der Gleichberechtigung nicht in unserem Sinn geklärt ist. Mit Genugtuung können wir feststellen, mit welchem Verständnis der Regierungschef eines uns befreundeten großen Volkes in aller Öffentlichkeit unseren Standpunkt behandelt hat.

Das Kabinett hat sich naturgemäß mit der französischen Antwort noch nicht befassen können. Dennoch glaube ich schon jetzt sagen zu müssen, daß der Inhalt der Note nicht geeignet ist, die Lösung dieses ersten Problems zu fördern.

In diesen Tagen unternimmt Deutschland einen gigantischen Versuch, durch Mobilisierung seiner letzten inneren

Reserven Arbeit und soziale Befriedigung zu schaffen. Sie gibt uns ein Anrecht darauf, daß die führenden Staatsmänner der Großmächte sie auch ihrerseits den Entschluß fassen, der Vergiftung der außenpolitischen Beziehungen durch unhaltbare Verträge ein Ende zu setzen. Nur die endgültige Beseitigung der Reparationen durch das Lausanner Abkommen macht es uns möglich, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft in Angriff zu nehmen.

Das große Ziel, das die Reichsregierung sich beim Herumwerfen des Steuers der Wirtschaft gestellt hat und das sie ihrer festen Ueberzeugung nach erreichen wird, ist die entscheidende Verminderung der Arbeitslosigkeit. Schon machen sich allenthalben erfreuliche Zeichen der langsamen Besserung bemerkbar. Diesen Augenblick hat die Reichsregierung für den rechten gehalten, um mit dem bekannten Wirtschaftsprogramm den Antritt zu beginnen.

Es ist wichtigste Voraussetzung jeder nationalen Politik, die Selbständigkeit der deutschen Währungs- und Wirtschaftspolitik sicherzustellen. Wir müssen also die Verlustquellen bei der Landwirtschaft beseitigen. Das bedeutet: Hebung der Kaufkraft der Konsumenten für landwirtschaftliche Produkte, Fernhaltung der vom Weltmarkt ausgehenden Störungsmomente, Kontingentierung bestimmter Einfuhrartikel und Minderung der Lasten durch Zins- und Steuerentlastung.

Selbstverständlich bekennt sich die Reichsregierung zu der christlich-sittlichen Pflicht des Staates gegenüber dem schutzbedürftigen, insbesondere den Kranken, Verletzten und invaliden Arbeitnehmern. Hier findet die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben. Nach dieser Richtschnur will die Reichsregierung handeln. Unsozial ist, wer unerfüllbare Wünsche vergeblich zu erfüllen trachtet und dadurch Arbeitsmöglichkeiten zerstört. Sozial aber handelt, wer durch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit dafür sorgt, daß das soziale Gut dem Volk dauernd erhalten bleiben kann. — Nur wenn es möglich sein wird, die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter entscheidend zu verringern, werden wir die Unterstellungen für die Arbeitslosen, die auch wir gegenwärtig für zu niedrig erachten, erhöhen können. Das gleiche gilt für die Erhöhung der Renten.

Niemand in der Reichsregierung denkt daran, die wohl-erworbenen Rechte des öffentlich-rechtlichen Versicherungsschutzes zu beseitigen, den Arbeiterschutz aufzuheben oder die begrifflichen Merkmale des Tarifvertrages zu zerstören. Das Mißtrauen, das in dieser Hinsicht der Ermächtigungserordnung entgegengebracht wird, ist grundlos.

Ich möchte hier eine sehr ernste Mahnung aussprechen: alle Maßnahmen, die in den Verordnungen vom 4. und 5. September niedergelegt sind, gelten für eine Uebergangszeit von 12 Monaten. In dieser Zeit entscheidet sich die Zukunft unserer Wirtschaft und damit unseres Staates. Nach genauerer Beobachtung der Entwicklung der Weltwirtschaft sind wir zu der Entscheidung gekommen, daß jetzt der richtige Zeitpunkt da ist, um die Privatinitiative wieder zu wecken und ihr die Gelegenheit zu geben, ihre gewaltigen realen und moralischen Kräfte zu entfalten.

Die Reichsregierung erwartet von den Unternehmern, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewinnhaft

zum Wohl des ganzen Volkes verwenden. Sie wird mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollen. Mißlingt der Plan der Reichsregierung, dann ist das freie Unternehmertum verloren. Dann werden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, welche den Gesamtbereich der Wirtschaft der staatlichen Regelung unterwerfen wollen. Wehe dem Unternehmertum, wenn es nur an eigenen Nutzen denkt und nicht an das große Ganze, wenn es jetzt nicht seine Stunde erkennt und die große Chance begreift, die ihm die Reichsregierung bietet, wenn es nicht wagt, sondern zurückhaltend abwartet.

Neben dem Neuaufbau der Wirtschaft wird die Hauptaufgabe der Reichsregierung der Umbau unserer sozialen Lebens sein.

Die Reichsregierung ist der Ansicht, das System der formalen Demokratie im Urteil der Geschichte und in den Augen der deutschen Nation abgewirkt hat und daß es nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden kann. Aus der heutigen Verflechtung unseres Staatslebens heraus und in gesunde zukunftsvolle Verhältnisse kann uns allein

die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen nationalen Staatsführung

bringen, einer Staatsführung, die sich über alles Parteiwesen als unantastbarer Hort der Gerechtigkeit erhebt, die gestützt ist auf die Macht und die Autorität des vom Volk gewählten Reichspräsidenten.

Die grundsätzliche Beseitigung der Schäden, die aus der Staatsführung der letzten 13 Jahre entstanden sind, kann folgerichtig nur in einer Reform der Verfassung gefunden werden. Wir werden diese Frage nicht überstürzen und nur in Uebereinstimmung mit den Ländern der Lösung zuführen.

Die Heraushebung des Wahlalters wird Schule und Universität im weiten Maß von politischer Radikalisierung befreien. Es wird geprüft werden, ob und wie der Aufbau der Volksvertretung in Zukunft organisch mit den Selbstverwaltungskörpern verbunden werden kann.

Die Frage Reich-Preußen wird im Rahmen der Verfassungs- und Reichsreform gelöst werden. Wir werden den geschichtlich gewordenen Preußischen Staat nicht zerlegen. Notwendig ist aber eine organische Verbindung der Preußischen Regierung mit der des Reiches. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen wird die Einheitlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antastet. Wiederholt habe ich erklärt, daß die Reichsregierung in der Erhaltung der geschichtlichen Struktur unseres Volkes ein wesentliches Unterpfand für eine neue bessere Zukunft erblickt. Ich bin überzeugt davon, daß eine Reichsreform möglich ist, die sowohl dem geschichtlichen Recht der Länder wie dem Gesamtwohl des deutschen Volkes entspricht.

Ich hatte die Absicht, von der Tribüne des dem deutschen Volke gewidmeten Hauses in dieser entscheidungsvollen Stunde die erwählten Vertreter des Landes zuzureden, dem Lande dadurch zu dienen, daß sie der Reichsregierung die Durchführung ihres Programms ermöglichen. Die Volksvertretung hat mich daran gehindert. Darum rufe ich dem Land in dieser Stunde zu: Mit Hindenburg und für Deutschland!

Rein Zutritt des Reichstags.

Ueberwachungs-ausschuss und Auswärtiger Ausschuss einberufen.

Berlin. Als Ersatz für den nach der Auflösung des Reichstages nicht mehr bestehenden Reichstagsrat trat am Montag abend unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Göring eine Konferenz der Fraktionsführer zusammen, an der alle Fraktionen außer den Deutschnationalen teilnahmen. Das Ergebnis der Konferenz war, daß der Ueberwachungs-ausschuss des Reichstags für Dienstag vormittag und der Auswärtige Ausschuss für Dienstag nachmittag einberufen wurden. Diese beiden Ausschüsse bleiben auf Grund der Reichsverfassung bestehen, auch wenn der Reichstag verlagt oder kein Reichstag mehr vorhanden ist.

Die Meinungsverschiedenheiten über das Mißtrauensvotum und die Reichstagsauflösung haben eine staatsrechtlich außerordentlich interessante Situation geschaffen. Die Mehrheit des Reichstags ist der Auffassung, daß das Kabinett Papen durch ein Mißtrauensvotum gestürzt sei. Die Reichsregierung ist jedoch der Meinung, daß die Auflösung des Reichstags so rechtzeitig vollzogen sei, daß das Mißtrauensvotum gar nicht mehr habe zustandekommen können. Schließt sich der Reichspräsident dieser Auffassung an, so kann er auch das Kabinett Papen nicht mit der Weiterführung der Geschäfte betrauen. Nach der Auffassung der Reichstagsmehrheit würde dann überhaupt keine Regierung vorhanden sein, nach der Meinung der Reichsregierung dagegen ein Kabinett, das durchaus ordnungsmäßig wäre, nach keiner von beiden Meinungen aber ein geschäftsführendes Kabinett.

Auch das Kabinett Papen ist bisher der Auffassung gewesen, daß es auf Verlangen des Ueberwachungs-ausschusses oder des Auswärtigen Ausschusses Vertreter zu den Ausschuss-Sitzungen entsenden müsse. Die Reichstags-ausschüsse können jedoch keinen Minister zitteren, wenn die Mehrheit daran festhält, daß keine Reichsregierung bestehe.

Eine andere wichtige Frage ist die der Neuwahlen. Bleibt die Regierung bei ihrer Auffassung, daß der Reichstag zu Recht aufgelöst sei, so müßte sie unverzüglich Neuwahlen ausgeschrieben. Umgekehrt müßte sich die Reichstagsmehrheit in Konsequenz ihrer Meinung gegen Neuwahlen wehren. Die Fraktionsführerbesprechung am Montag abend hat jedoch die Auffassung des Reichstagspräsidenten Göring behauptet, daß das Parlament selbst vorläufig nicht zusammentreten soll. Damit könnte der Reichstag in Schwierigkeiten geraten, wenn auch die Regierung erklärt, auch sie wolle die Entscheidung des Staatsgerichtshofs abwarten und bis dahin die Frage offen lassen, ob der Reichstag neu gewählt werden soll. Denn Urteile des Staatsgerichtshofes in so wichtigen Streitfragen pflegen monatelang vorbereitet zu werden. An einer solchen Verschiebung würde jedoch die Reichstagsmehrheit kein Interesse haben. Deshalb ist damit zu rechnen, daß Reichstagspräsident Göring im Einvernehmen mit einer neuen Fraktionsführerkonferenz den Reichstag doch noch einmal einlädt, falls nicht bald Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Ein Schreiben des Reichskanzlers

an den Reichstagspräsidenten.

Berlin. Reichskanzler von Papen hat an den Präsidenten des Reichstages der letzten Wahlperiode, Göring, nachstehendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich stelle fest, daß Sie entgegen dem Art. 33 der Verfassung des Deutschen Reiches sich geweigert haben, mir in der heutigen Reichstagsitzung das Wort zu erteilen. Sie haben mich dadurch gezwungen, Ihnen die Auflösungs-urkunde des Herrn Reichspräsidenten zu überreichen, ohne sie vorlesen zu können. Mit diesem Augenblick war der Reichstag aufgelöst.

Die von Ihnen nachher veranlaßte Fortsetzung der Sitzung und die von Ihnen geleitete Abstimmung waren verfassungswidrig. Auch jede weitere Besammlung und Beschlußfassung des aufgelösten Reichstages mit Ausnahme der im Artikel 35 der Reichsverfassung vorgesehenen Möglichkeiten würde gegen die Reichsverfassung verstoßen.

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

(gez.) von Papen.

Kelchentrat kam nicht mehr zustande.

Berlin. Reichstagspräsident Göring hatte am Schluß der Reichstags-Sitzung den Kelchentrat für eine halbe Stunde nach Sitzungsschluß einberufen, um die Tagesordnung für die ursprünglich von ihm beabsichtigte nächste Sitzung am Dienstag festzulegen zu lassen. Das Reichstagsbüro war auch bereits davon unterrichtet worden, daß am Dienstag nachmittag um 3 Uhr der Reichstag wieder zusammentreten werde. Ehe es jedoch zur Kelchentratsitzung kommen konnte, fand bei dem Reichstagspräsidenten Göring eine Aussprache zwischen Vertretern der Nationalsozialisten und des Zentrums statt. Die Zentrumsvertreter erklärten dabei, daß an der Rechtsgültigkeit der Auflösung des Reichstages gar kein Zweifel bestehen könne.

Der Reichstagspräsident hielt es nach Bekanntwerden dieser Stellungnahme für geboten, die beabsichtigte Tagung des Kelchentrates abzusetzen. Präsident Göring behielt sich vor, eine Klärung der verfassungsrechtlichen Streitfrage herbeizuführen zu lassen.

Während dieser Aussprache zwischen Zentrum und Nationalsozialisten hatten sich, da der Termin für die Kelchentratsitzung herangekommen war, im Beratungszimmer des Kelchentrates neben dem Direktor beim Reichstag nur die kommunistischen Vertreter und der von Bayerischen Volkspartei gestellte Vizepräsident Rauch eingefunden. Auch die Sozialdemokraten hatten bereits wissen lassen, daß nach ihrer Meinung das Auflösungsdekret nicht anfechtbar werden könne und daß der Kelchentrat daher nicht mehr das geeignete Organ zur Klärung von Beschläßen sei.

Sie wiesen darauf hin, daß der Reichstag jetzt keine Vertretung im Sinne der Verfassung vor allem im Hinblick auf Wahrung der Rechte der Volksvertretung zu erblicken habe, dessen Vorsitzender der frühere Reichstagspräsident Lohde ist. Lohde teilte dem Präsidenten Göring diese Auffassung der Sozialdemokraten schriftlich mit und fügte hinzu, daß er den sogenannten Ueberwachungs-ausschuss bereits einberufen habe.

Erklärung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung: Nachdem die Nationalsozialisten im Verein mit dem Zentrum den vergeblichen Versuch gemacht hatten, den Reichspräsidenten zur Aufrichtung einer neuen Parteiherrschaft zu bewegen, sind sie in der Reichstags-Sitzung vom 12. September zur offenen Revolte gegen die Staatsführung geschritten. Der Reichstagspräsident Göring hat die Entgegennahme der verfassungswidrigen Auflösungsorder verweigert und ist in der Nachtachtung von Recht und Gesetz so weit gegangen, daß er die Auflösung als ungültig zu bezeichnen wagte. Das bedeutet die Ausrufung der Parteiherrschaft gegen den Staat.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat den Reichstag verlassen. Als Rumpiparlament blieben zunächst die Parlamentsparteien, bestehend aus Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und dem Zentrum in fruchtloser Demonstration zusammen, um schon eine Stunde später in Streit zu geraten.

Wir Deutschnationalen werden uns nach wie vor für die autoritäre Staatsführung des Reichspräsidenten v. Hindenburg gegen Parlament und Parteiherrschaft einsetzen. Wir sind dessen gewiß, daß in diesem Kampf das nationale Deutschland, das die Parteiherrschaft hassen gelernt hat, zu uns steht. Der 12. September muß zur Geburtsstunde des neuen Deutschlands werden.

Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Berlin. Die Deutsche Volkspartei erklärt: Was wir nicht für möglich gehalten haben, ist eingetreten. Die Mehrheit des Reichstages hat ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung angenommen, bevor noch der Reichskanzler Gelegenheit erhielt, die politischen Pläne des Kabinetts vorzutragen. Wir bedauern aufs tiefste, daß die Parteien des Zentrums und der Nationalsozialisten bei diesem Vorstoß der Führung der Kommunisten gescheitert sind. Das Zusammenspiel machtlicher Parteien hat damit seinen größten und hoffentlich letzten Triumph gefeiert. Die Mehrheit des Reichstages hat gegenüber einer Regierung, die gewillt ist, gewissenhaft und mutig ihres Amtes zu walten, Staat und Volk vom Abgrund zurückzuziehen, vorzeitig und übermütig den Streit vom Zaune gebrochen. Bei dem Kampf um soziale Ordnung und wirtschaftlichen Aufbau lautet die Parole der Deutschen Volkspartei auch in Zukunft: Für Hindenburg und das Reich!

Die politischen Sensationen im Spiegel der Presse.

Berlin. Die Berliner Blätter nehmen zu den Vorgängen, die zur Auflösung des Reichstages führten, ausführlich Stellung.

Die „Germania“ betont, die groteske Verwirrung im Reichstag sei mehr das Produkt merkwürdiger Zufälle und Ueberrückungen als das Ergebnis eines zielbewußten Willens gewesen. Die Stämme, deren Folgen noch nicht zu übersehen seien, aber mit Gewißheit und wirtschaftlich und politisch den schwersten Schaden zufügen würden, wären zu vermeiden gewesen und hätten vermieden werden müssen. In diesem gebieterischen aller nationalen Ziele, für dessen Erreichung große Parteien und große Teile des Volkes mitzuarbeiten bereit gewesen seien, habe die Reichsregierung völlig versagt. Das große Experiment habe begonnen.

Die „Vossische Zeitung“ betont, der Reichstag habe sich selbst umgebracht und die Verantwortung für den Konflikt übernommen, den von sich aus herbeiführen der Regierung zum mindesten unbedeutend wäre. Man müsse anerkennen, daß die Regierung gute Verden und rasche Entschlüsse getroffen habe.

Der „Volksanzeiger“ hält es für einen verhängnisvollen völkischen Irrtum, daß die Nationalsozialisten beim Schluß der verfassungswidrigen Sitzung eines aufgelösten Reichstages mit demonstrativem Bundesflachen Gemütszustand darüber zu markieren gesucht hätten, daß sie zusammen mit dem Zentrum, der Sozialdemokratie und den Kommunisten eine gewaltige Mehrheit in diesem nicht mehr existierenden Reichstag gehabt hätten.

Die „Deutsche Zeitung“ stellt fest, daß der Konfliktfall vom Reichstag und nicht von der Regierung herbeigeführt worden sei.

Eine Erklärung

der nationalsozialistischen Parteiforrespondenz.

Berlin. Die nationalsozialistische Parteiforrespondenz nimmt zu den geirigen Vorgängen im Reichstag wie folgt Stellung:

Der Reichstag hat der Regierung von Papen mit 513 gegen 82 Stimmen ein Mißtrauen ausgesprochen, wie es vernichtender in der Geschichte noch nicht dagewesen ist. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde gleichzeitig der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom Reichstag angenommen. Das deutsche Volk hat gesprochen und dieser Regierung die verdiente Dittung für ihr Verhalten gegeben. Der Versuch des Reichskanzlers, in die Abtinnungshandlung selbst einzugreifen und vor der vollzogenen Abtinnung ein Schreiben, das, wie man später erfuhr, das Auflösungsdekret enthielt, zur Kenntnis des Reichstages zu geben, wurde geschäftsordnungs- und verfassungsmäßig mit Recht vom Reichspräsidenten zurückgewiesen, der nach der vollzogenen Abtinnungshandlung erklärte, daß er dem Herrn Reichskanzler selbstverständlich auf seinen Wunsch nach der Abtinnungshandlung das Wort jederzeit gegeben haben würde. Da der Reichskanzler vorher den Sitzungsanfall verließ, schloß der Reichspräsident geschäftsordnungs- und verfassungsmäßig die heutige Tagung bis zum morgen stattfindenden neuen Sitzen, deren Tagesordnung in der anschließenden Kabinettsratssitzung festgelegt werden sollte.

Das mit der erdrückenden Mehrheit von 513 gegen 82 Stimmen ausgesprochene Mißtrauensvotum gegen die Regierung von Papen hat mit einem Schlag die politische Situation geklärt und vor aller Welt kundgetan und bestätigt, was wir immer behauptet haben, daß diese Regierung eine Regierung ohne Volk ist. Der Reichspräsident hat nach der Abtinnung der Auflösung der überwiegenden weit mehr als zwei Drittel des Reichstages umfassenden Mehrheit Ausdruck gegeben, mit der Erklärung, daß vom Herrn Reichspräsidenten nach Kenntnisnahme dieses Mißtrauensvotums erwartet werden dürfe, daß er das vor der Abtinnung unterzeichnete Auflösungsdekret zurückziehen werde. Wir können und wollen nicht annehmen, daß der Herr Reichspräsident noch länger einem Kabinett sein Vertrauen schenkt, das fast vom gesamten deutschen Volk in so unzweideutiger verfassungsmäßiger Weise im Reichstag mit härtestem Mißtrauen abgelehnt worden ist.

Nun Volksbegehren auf Aufhebung der Notverordnung.

Berlin. Unmittelbar nach dem Ausschließen der Reichstagsitzung am Montag hat die Sozialdemokratische Partei beim Reichstagsminister die Zulassung eines Volksbegehrens auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September 1932 hinsichtlich der darin verfaßten sozialpolitischen Maßnahmen beantragt. Die Partei erklärt hierzu, daß durch die Annahme dieses Volksbegehrens die Lohnsenkungen und der Einbruch in die Tarifpolitik unumkehrbar gemacht werden sollten. Das in das Volksbegehren die anderen Notverordnungen nicht mit aufgenommen seien, bedeute nicht eine Zustimmung der sozialdemokratischen Partei zu diesen Verordnungen. Jedoch enthielten diese anderen Notverordnungen Bestimmungen, die den Reichshaushalt oder Finanzsache berührten und die deshalb nach der Verfassung nicht auf dem Wege des Volksentscheides abgeändert werden könnten.

Bei diesem Volksbegehren soll der sozialpolitische Teil der gleichen Notverordnung den Wählern zur Entscheidung vorgelegt werden, gegen die sich einer der kommunistischen Anträge richtete, die in der Reichstagsitzung am Montag gemeinsam mit dem Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Papen in namentlicher Abstimmung angenommen wurden. Es wäre theoretisch denkbar, daß dieses Volksbegehren noch eher durchgeführt wird, ehe der Staatsgerichtshof die Frage entschieden hat, ob die Auflösung des Reichstages nicht nur zu Recht erfolgt ist, sondern auch so rechtzeitig, daß die durchgeführte Abstimmung über das Mißtrauensvotum und die Notverordnung bedeutungslos war.

Die Staatspartei beteiligte sich nicht an der Abstimmung

Berlin. Von der Gruppe der Deutschen Staatspartei im Reichstag wird uns mitgeteilt: Die Abgeordneten der Deutschen Staatspartei, Dietrich, Neuf, Kemmer und Stolper, haben sich an der geirigen Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September, verbunden mit einem Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett, nicht beteiligt. Ein Verfahren, das von vornherein zu schwersten Konflikten führen mußte, konnten sie im Interesse des deutschen Volkes nicht verantworten. In der Tat hat dieses Vorgehen alsbald zu dem gefährlichen Verfassungskonflikt geführt, den die deutsche Republik bisher zu bestehen hatte. Der Reichskanzler hat eine Auflösungsorder mit einer Begründung übergeben, welche verfassungsmäßig unmöglich ist und der Präsident des Reichstages hat durch seine Stellungnahme einen unübersehbaren Verfassungskonflikt herbeigeführt.

Der „Vorwärts“ gibt der Auffassung Ausdruck, daß die von Dr. Fricd beantragte Vertagung der Sitzung um eine halbe Stunde die Regierung Papen gerettet habe. Ohne diese Vertagung wäre die Entscheidung sofort gefallen, wären die Beschlüsse des Reichstages durch keine Ueberreichung des Auflösungsdekrets unterbrochen worden.

Der „Hörten-Courier“ kommt zu dem Schluß, man müsse vor allem die Schuld des Reichstages feststellen, daß der alte Parteigeist, der seit langem seine ursprüngliche so große Macht verlor, härter gesehen sei als die unbedingte Pflicht, dem Vetter der Regierung Gelegenheit zu geben, ihre wirtschaftspolitischen und vor allem ihre außenpolitischen Pläne vor dem deutschen Volk und vor der Welt bekannt zu geben. Nicht einmal die Notwendigkeit, sich einmütig hinter den Kampf der Regierung um die Gleichberechtigung Deutschlands zu stellen, habe die Kleinlichkeit des Parteigeistes ertastet.

Die „Hörten-Zeitung“ erklärt, es sei ein Jammer, daß über die nationale Bewegung Deutschlands nach einem so glänzenden Aufstieg das schwere Unglück habe hereinbrechen müssen, das der geirige Vorgang im Reichstag mit seinen Folgen ohne Zweifel gewesen sei.

Auch die „D.M.Z.“ hebt hervor, daß das erschütternde an den Ereignissen der letzten Tage gewesen sei, daß Gegenrichtung und daß Abneigung und Feindschaft nirgends breitere Klüfte aufgerissen zu haben schienen, als zwischen den Nationalsozialisten und der nationalen Regierung, zwischen den Deutschnationalen und der großen Partei ihrer Darzburger Verbündeten von gestern.

Das „Berliner Tageblatt“ meint, die Regierung sei zum ersten Schritt auf einem Wege gezwungen worden, den zu Ende zu geben, ohne von der Verfassung abzuweichen, nicht leicht sein werde.

gründung übergeben, welche verfassungsmäßig unmöglich ist und der Präsident des Reichstages hat durch seine Stellungnahme einen unübersehbaren Verfassungskonflikt herbeigeführt.

Die Zentrumsfraction des Reichstages.

Besprech am Montagabend die durch die Auflösung des Reichstages geschaffene Lage. Die einmütige Auflösung der Zentrumsfraction geht, wie wir hören, dahin, daß sie in der Auflösung des Reichstages eine schwere Schädigung von Volk und Wirtschaft, sowie eine verhängnisvolle Verschärfung der innerpolitischen Spannungen und Gegenstände erblickt. Nach der Auflösung der Zentrumsfraction hätte diese erneute Erschütterung des gesamten Volkslebens vermieden werden müssen und können. Die Zentrumsfraction habe nichts unverfügt gelassen, um alle positiven Möglichkeiten zu einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Volksvertretung auszunutzen. Die Reichsregierung habe jeden derartigen Versuch vereitelt. Die Zentrumspartei müsse daher jede Verantwortung für die verhängnisvollen Folgen dieser Auflösung ablehnen, die weder dem Horizont noch dem Geist der Verfassung entspreche. Getreu ihrer Ueberlieferung als Verfassungspartei und als Hüterin der Volksrechte werde die Zentrumspartei ihren Weg unbeirrbarer Sachlichkeit zum Wohle des Volksganzen mit äußerster Entschlossenheit fortsetzen.

Mißtrauensvotum 512: 82.

Berlin. Nach der endgültigen amtlichen Feststellung über das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Reichstages am Montag sind für den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und gleichzeitig für das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Papen 512 Stimmen abgegeben worden. Gegen die Anträge stimmten 42 Abgeordnete, nämlich 35 Deutschnationale und die sieben Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Von den Deutschnationalen hat sich jedoch der Abgeordnete Spahn der Stimme enthalten. Ferner haben sich der Stimme enthalten: die drei Abgeordneten des Christlichsozialen Volksdienstes Behrens, Schmidt-Westfalen und Simpfendorfer sowie der Abgeordnete der Volkspartei Bauer-Stuttgart, so daß sich im ganzen fünf Stimmenthaltungen ergeben. Ueberhaupt nicht an der Abstimmung teilgenommen haben die vier Mitglieder der Staatspartei, die zwei Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei und die zwei Wirtschaftsparteiler.

Haussuchung bei den Kommunisten im Reichstag.

Berlin. (Funkspruch.) Wie die kommunistische Reichstagsfraction mitteilt, hat heute kurz nach Mitternacht, als der kommunistische Fraktionsvorstand seine Arbeitsräume verlassen hatte, eine Haussuchung im kommunistischen Fraktionsbüro stattgefunden. Die Arbeitsräume wurden von etwa 40 Kriminalbeamten besetzt. Ein Teil der Schränke wurde erbrochen. Ob Material mitgenommen wurde, konnte noch nicht festgestellt werden. Noch in der Nacht sind Vertreter der kommunistischen Fraction im Reichstag erschienen, um die notwendigen Feststellungen zu treffen. Der Haussuchung soll Reichstagsdirektor Galle beigewohnt haben.

Berlin. (Funkspruch.) Wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. zu der Durchsuchung der kommunistischen Arbeitsräume im Reichstag doch erzählt, hat der Direktor des Reichstages Galle gegen die Durchsuchung sofort bei den anwesenden Kriminalbeamten Einspruch erhoben, da die Polizei ohne Genehmigung des Präsidenten, der auch im aufgelösten Reichstag allein das Hausrecht besitzt, in das Reichstagsgebäude eingedrungen sei. Trotz dieses Einspruches wurde die Durchsuchung aber zu Ende geführt. Der Direktor hat sofort heute früh dem Reichstagspräsidenten Meldung von dem Vorgehen der Polizei Mittelung gemacht und es ist anzunehmen, daß noch ein offizieller Einspruch des Reichstagspräsidenten erfolgen wird.

Der schwache Polizeiposten, der sonst das Reichstagsgebäude an signifikanten Tagen bewacht, ist heute seit den frühen Morgenstunden erheblich verstärkt worden. Eine Kontrolle der Reichstagsbesucher findet jedoch nicht statt.

Außer den Fraktionen der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen tagen auch das Zentrum und die Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten verammelten sich in den Mittagsstunden im Hause des Reichstagspräsidenten Göring.

Der Polizeipräsident teilt mit: Auf Grund einer eingegangenen zuverlässigen Nachricht hat in der Nacht vom 12. zum 13. September um 23 Uhr 30 der stellvertretende Leiter der Abteilung I. Regierungsrat von Werder eine Durchsuchung im Reichstag angeordnet, da der dringende Verdacht eines Sprengstoffattentats vorlag. Die Durchsuchung konnte dem Reichstagspräsidenten und dem Polizeipräsidenten vorher nicht mehr angekündigt werden, da beide

Herren nicht mehr zu erreichen waren. Die Durchsuchung war um 1 Uhr 30 beendet. Die Keller des Reichstages und die Fraktionsräume der kommunistischen Partei sind durchsucht worden. Der nach kurzer Zeit eintreffende Direktor der Reichstagsverwaltung, Webeimrat Galle, erhob gegen diese Durchsuchung energigen Protest und teilte mit, daß er diese Angelegenheit bei den zuständigen Stellen des Reichstages zur Sprache bringen würde. Da Regierungsrat von Werder annehmen mußte, daß Galle behände, hat er trotz des Protestes von Herrn Webeimrat Galle die Durchsuchung weiter fortgesetzt. Hinweise auf ein Sprengstoffattentat sind aber nicht gefunden worden. In dem Fraktionszimmer der kommunistischen Partei wurden zwei Herausgabeschreiben sowie ein Buch, das sich mit Eisenbahnbau beschäftigt, beschlagnahmt. — Der Polizeipräsident hat eine Untersuchung dieser Angelegenheit in die Wege geleitet.

Sächsisches Handwerk für das Wirtschaftsprogramm.

Eine vom Landesauschuß des Sächsischen Handwerks nach Dresden einberufene Vertreterversammlung, die einen sehr guten Besuch aus allen Teilen des Landes aufwies, und zu der auch sämtliche Gewerbetreibenden und besetzte Organisationsvertreter entsandt hatten, beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen.

Syndikus Dr. Runze gab einen umfassenden Ueberblick über die Grundgedanken der neuen Verordnung zur Belebung der Wirtschaft und den von der Berufsorganisation unternommenen Schritten. Wie bisherige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen seien unzulänglich gewesen, weil sie den Weg der öffentlichen Subventionierung gegangen seien. Falls es auch gegeben, zusätzliche Arbeiten zu finanzieren. Das Programm der Reichsregierung vermeide den falschen Weg einer künstlichen Wirtschaft. Das Handwerk stehe auf dem Standpunkt, daß eine Belebung der Wirtschaft am besten über die kleinen und mittleren Betriebe möglich sei. Hinsichtlich der Steuergutscheine verlangte der Redner verschiedene Änderungen, u. a. müsse die Begrenzung der einzahlenden Steuergutscheine auf 50 RM fallen. Auch seien Gutscheine noch unter 10 RM auszugeben, da sonst die meisten kleinen Steuerzahler daran nicht in vollem Umfang teilnehmen könnten. Ferner müßten verlangt werden die Ausdehnung der Steuergutscheine auf die Mietsteuer bis zu 30 Prozent sowie die Herabsetzung der 1000-RM-Grenze bei den jinsbezugsfähigen Hausreparaturen. Im Mittelpunkt der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für das Handwerk ständen die Hausinstandsetzungen. Erste Vorbedingung für eine vermehrte Auftragserteilung sei eine fähbare Entlastung des Hausbesitzes, vor allem des kleineren notleidenden Mittelbesitzes. Unter den sozialpolitischen Maßnahmen der neuen Verordnung lehne das Handwerk das Lohnprämienystem für Neueinstellungen grundsätzlich ab, weil es zu größten Ungerechtigkeiten und voraussichtlich mißbräuchlicher Ausnutzung führe. Mit der geplanten Auflockerung des Tarifsystems werde einer alten Forderung des Handwerks entsprochen.

Abschließend stellte der Redner fest, der Wirtschaftsplan enthalte zweifellos mancherlei Härten und Mängel, die zu beseitigen seien. Trotzdem stelle sich das Handwerk befürwortend hinter die Grundgedanken des neuen Wirtschaftsprogramms.

In der Aussprache kam die grundsätzliche Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen zum Ausdruck. An der Aussprache beteiligten sich Obermeister Kunzsch, Obermeister Kaiser-Dresden, Obermeister Biener-Chemnitz und Staatsminister a. D. Dr. Weber.

Der selbständige Mittelstand zum Wirtschaftsprogramm.

Gegen die Bevorzugung der Besitzer des „laufenden Bandes“.

Berlin. Das „Reichskartell des selbständigen Mittelstandes“ hat dem Reichskanzler seine Stellungnahme zu seiner Wirtschaftsnotverordnung überreicht. Es heißt darin:

„Hochverehrter Herr Reichskanzler! Wie nicht anders zu erwarten, mehren sich in den Kreisen der Groß-Industrie die Bedenken gegen die von Ihnen angeführten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Besonders richten sich diese Bedenken gegen den einsig richtigen und vernünftigen Entschluß zur Wiedereinstellung menschlicher Arbeitskräfte durch Senkung der auf dem lebenden Werkmanne lastenden Abgaben.

Die Mechanisierung, das Grundübel unserer starken Arbeitslosigkeit, hat zu einem ungleichmäßigen Wettbewerb in der gesamten Produktion geführt. Während die Klein- und Mittelbetriebe, insbesondere das Handwerk, nicht in der Lage und auch vielfach nicht gewillt war, die Mechanisierung der Produktion mitzumachen, und durch die anschließende Betriebigung der Arbeitslosenbedürfnisse aus den Lohn- und Gehaltsbeträgen in zunehmender Belastung zu ständigen Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen gezwungen war, haben sich die Großbetriebe durch Umstellung auf die mechanische Produktion und Entlastung ihrer menschlichen Arbeitskräfte von all diesen Belastungen und damit gleichzeitig von allen mit den Lohnstarfen und seinen arbeitsrechtlichen Auswirkungen verbundenen Unannehmlichkeiten befreit.

Alle Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit bleiben wirkungslos, solange nicht trotz aller noch so gewaltig erscheinenden Schwierigkeiten die einseitig gefährliche Konkurrenz des eisernen gegen den lebenden Werkmanne nicht aufhört. Nur wenn der Mensch wieder in die Produktion und damit auch wieder in den Verbrauch eingeschaltet wird, kann die Wirtschaft gesunden. Deshalb begrüßen wir Ihre Maßnahmen, die zwar den Besitzern des „laufenden Bandes“ unangenehm sein mögen, dafür aber der ganzen Volkswirtschaft und dem ruhenden Teil des Volkes die Rettung aus dem augenblicklichen Elend bringen.

Wir bitten Sie dringend, hochverehrter Herr Reichskanzler, unter keinen Umständen den gegenläufigen Beeinflussungen der Großindustrie nachzugeben, jedoch die Ausführungsbestimmungen so zu gestalten, daß ein Mißbrauch ihres edlen Vorhabens durch Entlastung aus einem und Wiedereinstellung in den anderen Betrieb der konzernmäßig oder sonstwie zusammenhängenden Industrie unmöglich ist.“

Großfeuer in Hamburg.

Hamburg. (Funkspruch.) Im Dachstuhl eines in der Dampfer Straße gelegenen Geschäftshauses brach heute nacht auf unauferklärte Weise ein Brand aus, der ein großes Warenlager von in Rufen versapten getrockneten Obst vernichtete. Die Höhe des Brandschadens steht noch nicht fest. Da dringender Verdacht der Brandstiftung vorliegt, hat die Kriminalpolizei sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet.

Die Antwort der französischen Regierung

auf die deutsche Denkschrift zur Gleichberechtigungs-Frage.

Frankreichs Ausflucht Der Völkerverbund soll entscheiden

Berlin, 13. September.

Die Antwort der französischen Regierung auf die deutsche Denkschrift zur Gleichberechtigungsfrage stellt einleitend fest, daß die französische Regierung alles getan habe, um ein ordnungsmäßiges Fortschreiten der Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu ermöglichen. Schwerpunkt und Stütze der französischen Auffassung sei der Artikel 8 der Völkerverbündung.

Wenn die deutsche Regierung sich für berechtigt erklären wollte, ihren eigenen Rüstungsstand unter Berufung darauf zu ändern, daß von dem jetzt in Vorbereitung stehenden Abkommen nur unzureichende Ergebnisse zu erhoffen seien, so würde sie nicht nur den klaren Verpflichtungen aus dem von ihr unterzeichneten Vertrage zuwiderhandeln, sondern sie würde durch ihre Haltung auch die künftige Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung, wie sie sie ihrer eigenen Erklärung nach wünscht, unmöglich machen.

Die französische Regierung wendet sich gegen den Vorwurf, sie wolle durch die Verrückung seiner „nationalen Sicherheit“ einen verheerenden Imperialismus verdecken. Frankreich nehme für sich keinerlei Vorrechte in Anspruch; es fordere nur seinen rechtmäßigen Anteil an einer für alle geltenden Sicherheit. Frankreich sei nicht nur bereit, etwaige Anregungen Deutschlands zu prüfen, sondern es bitte um solche Anregungen.

Die Note geht dann auf die Ausführungen des Reichswehrministers in ausländischen Zeitungen und im „Heimatsdienst“ ein und stellt fest, daß es sich demnach darum handele, daß für Deutschland Streitkräfte, Kampfwagen, schwere Artillerie sowie Luftabwehrgeschütze, Unterseeboote, Flugzeugmutterchiffe und Panzerschiffe gefordert werden; es handele sich hier ohne Zweifel um eine Aufrüstung.

Schon jetzt müsse darauf hingewiesen werden, daß diese Aufrüstung sich unabwendbar auf alle die Staaten ausdehnen würde, die durch Verträge an ein ähnliches Regime gebunden sind wie Deutschland. Eine Aufrüstung des ganzen mittel- und osteuropäischen Problems wäre also die unmittelbare Folge, und auf dieser breiten Grundlage würde das Weltkräftespiel von neuem beginnen. In der Frage, die Frankreich vorgelegt worden sei, sei also ganz Europa unmittelbar interessiert und

Frankreich könne sich nicht darauf einlassen, auf ein Problem von solchem Umfang für sich allein eine Antwort zu erteilen.

Da Deutschlands Forderungen sich auch auf das Meer wesen erstrecken, würde das gesamte Flottenregime der Mächte mit ins Spiel gezogen werden. Die Unvorsichtigkeit einer Einzelantwort würde also das gesamte Rüstungsregime der Welt berühren.

Die französische Antwort zitiert dann Artikel 1 und 2 des Vertrauenspatentes, Artikel 164 des Versailler Vertrages

und das Antwortschreiben des Präsidenten der Friedenskonferenz auf die deutschen Bemerkungen. In diesem Schriftstück heißt es: „Es ist keinerlei Veränderung in dem durch den Vertrag bestimmten Rüstungsstande gestattet, bevor Deutschland nicht in den Völkerverbund aufgenommen worden ist; dieser kann etwa wünschenswert erscheinenden Abänderungen zustimmen.“

So liegt also die

Entscheidung allein beim Völkerverbund.

Frankreich könne den Verpflichtungen, die es ihm gegenüber eingegangen ist, nicht zuwiderhandeln, und es behalte sich vor, vor dem Völkerverbund gegebenenfalls die Gründe darzulegen, die es hindern, einer Wiederaufrüstung Deutschlands zuzustimmen.

Der Eindruck der französischen Note.

(Berlin. In der gestern veröffentlichten Note der französischen Regierung, in der die Antwort auf die Vorstellungen des Reichsaußenministers vom 22. 8. erteilt wird, konnte von der Reichsregierung bisher noch nicht abschließend Stellung genommen werden, weil die wichtigen Ereignisse der letzten Tage die erforderliche eingehende Prüfung nicht gestatteten. Aber der Eindruck besteht, daß diese Antwort nicht geeignet ist, die Weiterführung der Frage der Gleichberechtigung zu fördern. Die französischen Ausführungen sind zwar in konziliantem Ton gehalten, und in einem Nebenabkapitel wird auch Deutschlands Recht auf Sicherheit anerkannt, aber die Art und Weise, wie diesem Anspruch Rechnung getragen werden soll, scheint einen rein juristischen Charakter der Sicherung, also in Vertragsform usw., voraussetzen, während für Frankreich der Anspruch auf eine zusätzliche Sicherung durch seine starke Rüstung aufrecht erhalten wird.

Dem entspricht es auch, wenn der Anspruch auf Gleichberechtigung abgelehnt wird, indem man sich gleichzeitig bereit erklärt, im Laufe der Abrüstungskonferenz an einer Prüfung des Problems mitzuwirken. In Verbindung mit der Schlussresolution der Abrüstungskonferenz, die eine deutsche Aktion, wie gesehen, auslösen müßte, zeigt sich somit, daß Frankreich Deutschland grundsätzlich differenziert behandelt und von dem Gesamtproblem der Weltabrüstung abgesehen sehen möchte.

Das Reichskabinett ist sich noch nicht schlüssig über das weitere Verfahren. Sollte sich aber auch bei genauerer Prüfung ergeben, daß der Tatbestand für eine weitere Beteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz mit dieser französischen Antwort nicht gegeben ist, so würde die angelegte Konferenz schon gegenüber dem am 1. d. M. aufzunehmenden Büro der Konferenz gezogen werden. Auch dann freilich würde Deutschland die Arbeiten der Abrüstungskonferenz mit dem größten Interesse verfolgen. Denn es wäre denkbar, daß die Abwesenheit Deutschlands von dieser Konferenz als ein Symptom für den Ernst der Aufgabe fördernd auf den Willen zu deren Lösung einwirken könnte; da Deutschlands Ziel die wirkliche Abrüstung ist, so würde das zuträglich begrüßt werden.



Zu Deutschlands Forderung auf Rüstungsschutz.

Diese Karte Deutschlands kennzeichnet klar die absolute Schutzlosigkeit der deutschen Grenzen gegenüber einem überfallartigen Gegner. Sie zeigt besonders im Westen die völlig entmilitarisierte und einseitige Zone links und 50 Kilometer rechts des Rheins, während links der französischen Grenze richtige Festungswerke laufen mit Geschützen

von ungeheurer Tragweite, die weite Gebiete des deutschen Gebietes auch rechts des Rheins beherrschen. Man sieht auf der Karte weiterhin die Entfestigungen, die Deutschland nach dem Spruch von Versailles vornehmen mußte. Die entfestigte Zone ist überall durch Schraffierungen gekennzeichnet, die geschleichen Festungen sind durchstrichen.

Um deutsche Wehrhoheit.

„Keine große Nation wird je zu bewegen sein“, sagte Bismarck, „ihre Wehrhoheit auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen.“ Für Deutschland und für den Wiederaufstieg der gesamten Weltwirtschaft hat sich der Vertrag von Versailles längst überlebt. Er ist für uns untragbar geworden. Deutschland hat bereits viel zu viel an Kriegsschulden bezahlt. Seine Grenzen sind in unerhörter Weise verstümmelt, der Sachwert der ihm geraubten Kolonien ist gar nicht zu schätzen, der Fluß der Kriegsschuldzinsen wirkt zerstörend. Vor allem aber geht es um die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit, ohne deren Rückgewinnung von einer Gleichstellung, von einer Ebenbürtigkeit, von einer Selbstständigkeit Deutschlands im Rahmen der Staaten keine Rede sein kann.

Ob Deutschland in der Lage sein wird, mit Rücksicht auf die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse, seine Wehrmacht auf eine erhöhte Stärke zu bringen, wird zunächst gar keine Rolle. Wichtiger ist die Grundforderung: „Deutschland will kein Staat zweiter Ordnung sein, denn die Freiheit und Selbstständigkeit bedingten sind.“ Es muß seine Wehrhoheit wiederhaben. Das heißt heißt: Deutschland beansprucht das Recht, daß ihm die Freiheit zurückgegeben wird, sich seine Wehrverfassung und seine

Wehrstärke so aufzubauen, wie Deutschland es aus eigenem Willen wünscht, nicht aber sich von dem schwer gerüsteten Gegner rindum jede Einzelheit seines Rüstungsstandes zwingungsweise vorschreiben lassen muß. Die allererste Forderung ist selbstverständlich: Deutschland setzt sich selbst keine Verfassung fest. Die Lösung dieser Forderung kann nur darin gefunden werden, daß die allgemeine Wehrpflicht für das Gesamtvolk mit allen ihren Segnungen sofort wieder eingeführt wird, sei es auch nur als eine militärische Form mit kurzer Dienstzeit, die dem Kern, Stamm- oder Ausbildungskörper den erforderlichen Halt und Mittelpunkt gibt. Das ganze Volk muß vom Waffendienst erfasst werden, ohne Ausnahme, aus sicherheitlichen und wehrpolitischen Gründen. Fernerhin müssen Deutschland alle Möglichkeiten der Bewaffnung- und Ausrüstungstragen vollkommen freistehen, soweit sie allen anderen Staaten auf Grund völkerrechtlicher Bindungen geöffnet sind; auf dem Lande, zur See, in der Luft. Weiterhin muß der Landeshaushalt vollkommen hergestellt werden. Die Freiheit im Bau von Festungen im ganzen Reichsgebiet ist die Voraussetzung der Wehrhoheit, wie selbstverständlich auch die entmilitarisierte Zone am Rhein fortfallen muß.

Im ganzen deutschen Volke lebt und weht das Streben: Wir müssen wieder das alte „Volk in Waffen“ werden! Die Grundbedingung ist: Wehrhoheit, Wehrfreiheit, Sprengung der Stangenketten von Versailles! Könnte dieser Gedanke auch dort sich machtpoll durchsetzen, wo noch

Kleinmännlichkeit und Gleichgültigkeit, Parteihaber und Schlaffheit den moralischen Aufstieg hemmen, doch die Hauptvorausbedingung der nationalen Erneuerung ist!

Oberst a. D. J. Manuel.

Um die christliche Grundlage des deutschen Schulwesens.

Ein Schritt des Reichselternbundes bei Minister v. Gaus. * Berlin. Der Evangelische Reichselternbund hat an den Reichsinnenminister Freiherrn von Gaus ein Schreiben gerichtet, in dem er die Uebereinstimmung der evangelischen Elternschaft mit den Grundgedanken der Politik, wie sie in dem Rundschreiben des Reichsinnenministers an die Unterrichtsminister der Länder dargelegt worden ist, zum Ausdruck bringt.

Im Mittelpunkt der Darlegungen steht die Frage des Elternschulgesetzes. Nach Auffassung der evangelischen Elternschaft bedeutet es eine Uebereinstimmung der Toleranzgedankens, wenn wegen Minderheiten, die zahlenmäßig für das Volksganze von ganz geringer Bedeutung sind, die christliche Grundlage des deutschen Schulwesens aufgegeben wird. Immer erneut hätten die Elternbeiträge zu erwägen, daß die Eltern sich auch für das Schulprogramm der betreffenden Partei einsetzen. Der deutsche Vater und die deutsche Mutter wollten unabhängig von dem Programm ihrer Partei in der überwiegenden Mehrheit, daß ihre Kinder in der Schule ebenso wie im Elternhause christlich erzogen würden. Dieser Gedanke der christlichen Erziehung lasse sich auf die Dauer nicht in einer christlichen Gemeinschaftsschule, sondern unter Ausnutzung an die deutschen Gegebenheiten allein in der Bekenntnisschule verwirklichen. Sollte es dem Minister möglich sein, der Unsicherheit im deutschen Schulwesen ein Ende zu bereiten und die seit 18 Jahren verheerende Neuordnung, insbesondere der Sicherung der Bekenntnisschule, durchzuführen, so dürfe er der Unterstützung der evangelischen Elternschaft in jeder Beziehung verichert sein.

Besonders unsaltbar sei die Frage im Freistaat Sachsen, dessen christliche Bevölkerung noch vor Erlaß der Reichsverfassung ihrer christlichen Schule beraubt worden sei.

Ferner lenkt das Schreiben die Aufmerksamkeit des Ministers auf die in den einzelnen deutschen Ländern durch die Regionalpolitik der vorangegangenen Landesregierungen geschaffenen Verhältnisse und fordert in Breiten die Abschlüsse einzelner für ein christliches Schulwesen nicht länger transparenz Verhältnissen in der Schulverwaltung und Schulaufsicht. Zum Schluß wird der Wunsch einer stärkeren Heranziehung der Elternschaft — neben der Lehrerchaft — bei erziehungsrechtlichen Maßnahmen ausgesprochen.

Die Konferenz von Stresa

Die Verhandlungen des Wirtschaftsausschusses verfaßt.

* Stresa. Die Verhandlungen des Wirtschaftsausschusses der Konferenz von Stresa, die am Montag nachmittags wieder aufgenommen werden sollten, wurden vertagt. Es verlautet, daß sehr wichtige private Vorbereitungen zwischen der italienischen, französischen und deutschen Abordnungen stattgefunden haben. Die Aussichten für eine Einigung, die in einer Kombination der Vorschläge Deutschlands, Italiens und Frankreichs besteht, sollen für Deutschland nicht ungünstig sein.

Der Finanzminister beschäftigte sich in einer allgemeinen Ansprache mit der Lage der Schuldnerländer. Von den Gläubigerländern sprachen die Vertreter Hollands, Englands und Frankreichs. Aus den Reden sprachen alle drei Ländervertreter nicht hervor, daß sie nicht gewillt sind, Anleihen oder finanzielle Unterstützungen zu geben. Interessant war, daß der französische Finanzminister gerade unter Hinweis auf das gute Beispiel Deutschlands begründete, daß seine Handelspolitik in Ordnung gebracht habe, nachdem die Antiseptik sich als verheerend herausgestellt habe. Auf Aufforderung des Präsidenten Barthmann erklärte dann der deutsche Vertreter Berger, daß Deutschland infolge seiner hohen Verpflichtungen nicht in der Lage sei, seine Teufelbelästigungen einzeln aufzuheben. Deutschland stehe auf dem Standpunkt, daß Schulden nur durch Waren bezahlt werden könnten.

Paul Löbe in der „Vorwärts“-Redaktion.

* Berlin. Der ehemalige Reichstagspräsident Paul Löbe tritt, wie der „Vorwärts“ mitteilt, mit dem heutigen Tage in die Redaktion des „Vorwärts“ ein.

Der neue Bischof von Meißen

Berlin, 13. September.

Wie die Apostolische Nuntiatur mittelst, hat der Papst den Propst von Magdeburg, Peter Eggel, zum Bischof von Meißen ernannt.

Propst Peter Legge wurde geboren am 16. Oktober 1882 in Babelsberg, Kreis Hörter in Westfalen, steht also im 50. Lebensjahr. Seine theologischen Studien machte er in Baderborn und Würzburg. 1907 wurde er zum Priester geweiht. Er war Vikar in dem sächsischen Anteil der Erzdiözese Baderborn, u. a. in Eisleben und Halle tätig. Zuletzt war er Propst der katholischen Gemeinde in Magdeburg seit 1924. In diesem Jahre wurde er vom Erzbischof zu Baderborn zum Ehrenmitglied ernannt.

„Graß Zepplin“

wieder zu einer Südamerikafahrt gechartert.

* Friedrichshafen. Das Luftschiff „Graß Zepplin“ ist gestern um 22,10 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann mit 9 Passagieren an Bord zu einer neuen Südamerikafahrt, die diesmal von Pernambuco bis nach Rio de Janeiro ausgedehnt wird, aufgehtiegen. Infolge ungünstiger Wetterverhältnisse war der Start um 24 Stunden verschoben worden.

Die Bergungsarbeiten auf dem Nichtlofen-Schacht beendet.

Die Tote geborgen.

* Rattowitz. Die Bergungsarbeiten auf dem Nichtlofen-Schacht, die sich äußerst schwierig gestalteten, da eine neue Strecke von etwa 20 Metern gefahren werden mußte, um an die Leichen heranzukommen, sind Montag früh beendet worden. Nachdem bereits am Sonntag 2 Leichen geborgen worden waren, sind die beiden letzten Verschütteten am Montag geborgen worden. Die Grubenverwaltung hat sich wegen Freigabe der Leichen an die Staatsanwaltschaft gewandt, da die Toten, die schon stark in Verwesung übergegangen sind, alsbald beerdigt werden sollen. Die Bergleute sollen auf dem Jannow Friedhof am Mittwoch in einem gemeinsamen Grab beigesetzt werden.

Dr. Gintons gerettet

Oslo. (Funke) Aus Troms meldet, daß Gintons sich nach der norwegischen Funktion Gintons in Ostland gerettet habe.

Kopenhagen. (Funke) Nach einem bei der Verwaltung von Grönland um 12.15 Uhr eingegangenen Telegramm hat der Travler „Nord Falou“ heute um 12 Uhr nachts sämtliche Mitglieder der Fliegerfamilie Gintons auf Land bei Ikroak gefunden. Die Geretteten befinden sich wohl. Die Maschine aber ist wrack.

Zenters Afsche der Nordsee übergeben.

Berlin. (Funke) Am heutigen Tage wird die Afsche des verstorbenen Admirals Zenter, seinem testamentarischen Wunsch entsprechend, durch den Kreuzer „Rön“ in die Nordsee verankert. Der Sohn des Admirals, Leutnant zur See Zenter, nimmt an der Feierlichkeit teil.

Rundgebung der Hypothekendarlehen für das Regierungsprogramm.

Weimar. (Funke) Die Vollversammlung der privaten Hypothekendarlehen hat an den Reichskanzler ein Telegramm geschickt, in dem gesagt wird, daß die Gesamtheit der privaten Hypothekendarlehen, die mit mehr als 8 Milliarden RM. Hypotheken rund 1/3 des organisierten deutschen Realcredits verwalten, einmütig die mit dem Wirtschaftsprogramm der Regierung andähernde Ablehnung jeder weiteren Zwangsabänderung bekräftigt. Als die berufenen Vertreterin vieler Millionen kleiner und kleiner Sparer, heißt es in dem Telegramm weiter, bittet sie dringend, gegenüber allen Gegenüberstellungen an dieser Ablehnung festzuhalten. Nur wenn die Sparer für die Zukunft wieder festes Vertrauen zur Geltung der ihnen verbrieften Rechte gewinnen, können die gütlichen Auswirkungen des Regierungsprogramms, von denen sich auf dem Kapitalmarkt schon hoffnungsvolle Ansätze zeigten, nachhaltig zur Geltung kommen und im natürlichen Lauf der Entwicklung zu der von den Hypothekendarlehen im Interesse der deutschen Wirtschaft die in ihrem eigenen Interesse herbeigeführten freiwilligen Binskonversion führen.

Zurückziehung der Haushaltsvorlage durch den Hamburger Senat.

Inkraftsetzung durch Notverordnung.

Hamburg. Als bei der Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1932 die Hamburger Bürgererschaft zur Abstimmung über den ersten Abschnitt des Haushaltsplanes, „Senat“, kam, stellte sich heraus, daß für den Antrag des Haushaltsausschusses, den Abschnitt anzunehmen, keine Mehrheit vorhanden war. Die Abstimmung ergab Ablehnung mit 77 Stimmen der Rechten und der Kommunisten gegen 64 Stimmen. Die Sozialdemokraten beantragten daraufhin Unterbrechung der Sitzung um eine halbe Stunde. Dieser Antrag wurde angenommen. Nach Wiederanbahnung der Sitzung ergriff Bürgermeister Roh das Wort zu der Erklärung, daß der Senat nach Ablehnung des Abschnittes I des Haushaltsplanes die gesamte Haushaltsvorlage zurückziehe. Nationalsozialisten und Kommunisten beantragten daraufhin, morgen nachmittags eine Bürgerchaftssitzung abzuhalten und in dieser eine Aussprache über die einzelnen hamburgischen Behörden vorzunehmen. Da dieser Antrag nicht die Unterstützung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei fand, verfiel er der Ablehnung. Das Haus vertagte sich, ohne dem Zeitpunkt der nächsten Sitzung festzusetzen. Nach diesem überraschenden Abbruch der Statberatungen wird der Senat ein Staatshaushaltsplan durch Notverordnung in Kraft setzen.

Aufklärung eines Sprengstoffanschlages.

Cottbus. (Funke) Der unter der Leitung eines Berliner Kriminalkommissars stehenden Untersuchungskommission ist es gelungen, den Sprengstoffanschlag aufzuklären, durch den in der Nacht vom 16. zum 17. August, wie seiner Zeit gemeldet, ein neuerbautes Haus der jüdischen Landarbeiterfiedlung in Groß-Gaglow in Trümmer gelegt wurde. Die Täter sind festgenommen. Es handelt sich um 5 Mitglieder der NSDAP, die heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Gerechtliches Nachspiel zum Stahlhelm-Treffen.

Berlin. Zu einem Jahr und sieben Monaten Zuchthaus wurde am Montag vom Berliner Sondergericht der Kommunist Rohde wegen Körperverletzung verurteilt. Am Vorabend des Berliner Stahlhelm-Treffens wurde ein Stahlhelm-Mitglied in der Reindendorfer Straße im Berliner Norden von Kommunisten verprügelt. Verheerende Kameraden und Schupo-Mannschaften befreiten ihn. Einer der Schläger, der Arbeiter Rohde, wurde festgenommen. Er hat nach dem Zeugnis der als Zeugen vernommenen Schutzleute den Stahlhelmsmann, dessen Verletzung übrigens nicht festgestellt werden konnte, einen Faustschlag auf den Kopf versetzt. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr und eine Woche Zuchthaus. Das Sondergericht ging über diesen Antrag hinaus und erkannte auf ein Jahr sieben Monate Zuchthaus.

Dreifacher Mord.

Katowik. (Funke) Der 26 Jahre alte Wladislaw Jol schloß heute seinen Bruder, seine Schwägerin und deren Sohn nieder. Nach der Tat floh der Mörder in die nähen Wälder. Die bisherigen Nachforschungen der Polizei haben zu keinem Ergebnis geführt. Auch das Motiv der Tat ist in völliges Dunkel gehüllt.

Der Reichspräsident Ehrenbürger von Nürnberg.

Berlin. (Funke) Der Herr Reichspräsident empfing heute den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg Dr. Luppe und nahm aus dessen Händen den Ehrenbürgerbrief der Stadt Nürnberg entgegen.

Siedlungskandal im Kreise Liebenwerda.

Falkenberg (Bez. Halle). Die durch die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft „Sachsenland“ in den letzten Jahren in den östlichen Kreisen der Provinz Sachsen anlässlich gemachten häuerlichen Siedler und Geflügelzüchter befinden sich in äußerster Not, nicht nur, weil die allgemeine traurige Lage der Landwirtschaft sie in voller Stärke trifft, sondern vor allem auch deswegen, weil die „Sachsenland“ die Ansiedlung ziemlich leichfertiger betrieben hat. In einer in Falkenberg abgehaltenen Versammlung der Siedlergemeinschaft, auf der Hauptmann a. D. Werner (Vogelgefang, Kreis Torgau) und Pfarrer Dittm, Vorsatz, eine Unmenge Material gegen die Siedlungsgesellschaft vorbrachten, wurden schwere Vorwürfe gegen die Praxis der Gesellschaft erhoben, die der Vertreter der Gesellschaft nicht entkräften konnte. Unverküsst und eindeutig wurde der „Sachsenland“ vorgeworfen, daß sie aus den angeblich gemeinnützigen Siedlungen ein Geschäft zu machen versucht habe. Minderwertige Böden, mangelhaftes Inventar, schlechtes Vieh usw. seien den Siedlern zu vielfach überhöhten Preisen überlassen worden. Die Gebäude befänden sich in miserablen Zustand und seien 100 Prozent zu teuer verkauft worden. Da bisher alle Verhandlungen mit der „Sachsenland“ verabschlüsselt seien, möchten die Siedler jetzt an die Öffentlichkeit treten. Reichsregierung und Parlamente sind um Hilfe ersucht. Die Siedler erklärten, sie würden ihre Stellen unter Aufrechterhaltung ihrer Schadenersatzansprüche zur Verfügung halten, wenn ihre Forderungen nicht schnellst erfüllt würden. Vor allem sei die Taxe für ihre Siedlungen von dem bisherigen Taxator zu hoch; sie verlangen deshalb eine neue Grundstückstaxe. Ferner fordern sie sofortige Wüderung ihrer finanziellen Forderungen, die von allen landwirtschaftlichen Sachverständigen als unmöglich bezeichnet werden.

Niesenfeuer in Kolno.

Warschau. In der in der Starostei Pomza gelegenen Stadt Kolno, südlich der östpreussischen Stadt Johannisburg, brach gestern mittag ein Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit über den größten Teil der Stadt ausbreitete. Wassermangel und Sturm erschweren die Lösarbeiten, so daß die halbe Stadt niederbrannte. Ueber 2000 Personen sind obdachlos.

Schwere Ueberschwemmungsschäden in Japan.

Tokio. Auf der Insel Hokkaido sind infolge anhaltenden Regens alle Flüsse aus ihren Ufern getreten. Nach amtlichen Angaben ist mehr als ein Drittel des gesamten bebauten Bodens überschwemmt. Ueber 14000 Häuser stehen unter Wasser. Es werden auch Todesopfer gemeldet.

Verhütung der Wetterlage.

Hamburg. Der orkanartige Sturm, der am Sonntag mit der Stärke 12 über Hamburg und das ganze Küstengebiet hinwegwehte, ist nach Aufzeichnungen der Wetterwarte gegen 11 Uhr vormittags auf eine Windstärke 7 abgeklaut. Von der Nordsee wurde am Montag vormittags noch eine Windstärke bis 9 gemeldet. Das Hochwasser in Hamburg erreichte am Montag früh 3 Uhr eine Höhe von 1,14 Meter über Normal. Auch die nächste Flutide, die Hamburg um 15.30 Uhr erreicht, dürfte noch einen erhöhten Wasserstand von etwa einem Meter über Normal bringen.

Am Nehr-Kanal Finkenwärder kenterte infolge des Sturmes ein Boot und der Unfall verlor im hohen Wellengang. Besonders schwer hat der Ort im Hamburger Landebiet abgebaut, wo er das Ost zentnerweise von den Bäumen rih.

Wasserstände

	12. 9. 32	13. 9. 32
Waldau: Romant	+ 11	+ 9
Robran	- 76	- 72
Eger: Saun	- 50	- 34
Elbe: Nimburg	- 35	- 22
Brandeis	- 52	- 59
Reinit	+ 30	+ 26
Zeitmeritz	+ 59	+ 52
Wuffig	- 37	- 48
Tresben	- 190	- 191
Riefa	- 137	- 138

Messungen der meteor. Station 421. (Oberrealschule Riefa).

28. 8.: kein Niederschlag.	5. 9.: 0,2 mm.
29. 8.: 13,1 mm.	6., 7., 8. 9.:
30. 8.: kein Niederschlag.	kein Niederschlag.
31. 8.: 7,2 mm.	9. 9.: 2,1 mm.
1. 9.: kein Niederschlag.	10. 9.: kein Niederschlag.
2. 9.: 2,3 mm.	11. 9.: 2,3 mm.
3. 9.: 4,6 mm.	12. 9.: 3,1 mm.
4. 9.: 1,0 mm.	

Niederschläge im August 1932: 54,6 mm.

Niederschläge seit 1. 1. 1932: 541,6 mm.

Handel und Volkswirtschaft.

Dresdner Börse vom 12. September. Die neue Woche begann in wesentlich ruhigerer Haltung. Das Publikum hält sich bis zur Klärung der innerpolitischen Lage zurück, die Stimmung war aber nicht unfreundlich. Görlicher Wagon, Polypbon, Strohhoff und Weissenborn Papier je 2 Prozent höher. Reichsbank konnten 1,5 Prozent, Vereinigte Photo-Geräte und Dresdner Album-Geräte um je 4 RM anziehen. Schwach lagen Radeberger Exportier um 2,75. Runkankalken Rag um 5, Dr. Kurz, Almosa, Geraer Strickgarn und Photo-Aktien mußten ebenfalls 2 bis 2,75 Prozent hergeben. Sonst lagen noch Kursveränderungen bis 1,5 Prozent nach beiden Seiten vor. Anleihen eher freundlicher, Pfandbriefe gehalten.

Leipziger Börse vom 12. September. Zum Wochenbeginn waren am Aktienmarkt nur wenig Umsätze zu verzeichnen, die Kurse waren nicht wesentlich verändert. Wenn auch die Abschwächungen überwogen, war die Grundstimmung doch freundlich. Chromo Rajort, Kraftwerke Luma gewannen je 1, Schubert & Salzer 4, Störh 1,5, Biblio, Färberei Glauchau, Schneider und Thür. Gas verloren je 1,5, Wittweida Baumwolle 1 Prozent. Anleihen ruhig bei unwesentlichen Veränderungen.

An der Berliner Börse gab es bei fester Grundstimmung Kursrückwärtigkeiten. Am AGW-Markt kam es zu einem starken Rückgang, der wertmäßig fast 30 Prozent ausmachte. Im Gegenab dazu kam eine Aufwärtsbewegung von Montanwerten, besonders von Rheinkahl und Mannesmann. Die Börse schloß im allgemeinen zu den höchsten Tageskursen. Der Satz für Tagesgeld betrug 5,5 Prozent und mehr, für Monatsgeld 6-8 Prozent.

Produkten-Börse zu Dresden.

12. September 1932, nachmittags 15.30 Uhr. Wetter: kühl. Börsezeit: Montag und Freitag nachm. von 14 bis 16.30 Uhr.

	9. Sept.	12. Sept.	
Weizen,			
Natural-Gen., 76 kg	—	—	
do. neuer	209-214	207-212	matt
Roggen,			
Natural-Gen., 74 kg			
do. neuer fäsch.	161-166	161-166	ruhig
Wintergerste	160-170	160-170	ruhig
Wintergerste, neu	156-162	156-162	ruhig
Sommergerste, fäsch.	180-192	180-192	ruhig
Ofer, inländ. alt.	—	—	ruhig
do. neu	138-145	136-143	ruhig
Raps, trocken			
Wais, mit 25 Mt. Zoll	—	—	
Caplata	—	—	
mixeb	—	—	
Wais, mit Mt. 2,50 Zoll			
Einquantin	—	—	
Widen, Saatware			
Lupinen, Saatware			
blau	—	—	
gelbe	—	—	
Peischnen			
Erbsen, kleine	—	—	
Waltersbacher	—	—	
Notker, Siedensbürgener			
böhmischer	—	—	
Trockenschrot			
Steffenschrot 88%	9,30-9,50	9,00-9,20	ruhig
Kartoffelschrot 60%	—	—	schäftslos
Getreide			
Winterweizen	12,50-13,50	12,50-13,50	ruhig
Weizenkleie	9,70-10,00	9,70-10,00	—
Roggenkleie	9,60-10,80	9,60-10,80	—
Kaiser-Rausg	33,50-40,50	33,50-40,50	—
Vätermündmehl	33,50-35,50	33,50-35,50	—
Inlandweizenmehl Auszug	37,00-39,00	37,00-39,00	—
Grietermündmehl	24,00-25,50	24,00-25,50	—
Weizenmehl	21,00-22,50	21,00-22,50	—
Roggenmehl 60%	26,30-27,50	26,30-27,50	—
Roggenmehl 70%	—	—	—
Roggenmehl	—	—	—

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Getreide und Cellaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark

	12. September	13. September
Weizen, märkischer	206,00-208,00	205,00-207,00
per September	221,50-220,00	219,00-220,00
per Oktober	221,00-220,00	219,00-220,00
per Dezember	221,50-220,00	219,00-220,00
per März	227,25-225,50	224,50-226,00
Tendenz:	matt	matt-befestigt
Roggen, märkischer	161,00-163,00	160,00-162,00
per September	174,75-173,00	173,50-174,00
per Oktober	174,50-173,75	174,50-176,00
per Dezember	176,00-174,50	177,50-179,00
per März	179,00-176,50	179,00
Tendenz:	matt	fest
Gerste, Braugerste	174,00-181,00	174,00-184,00
Winter- und Industrieernte	167,00-173,00	167,00-173,00
Winterernte	—	—
Tendenz:	ruhiger	fest
Ofer, märkischer	136,00-141,00	136,00-141,00
per September	—	—
per Oktober	—	—
per Dezember	—	145,00
per März	—	—
Tendenz:	ruhig	ruhig
Wais, rumänischer	—	—
Plata	—	—
Tendenz:	—	—
Weizenmehl per 100 kg, fr. Berlin	—	—
fr. incl. Sach (feinste Marken über Noth)	24,75-30,00	25,00-30,00
Roggenmehl per 100 kg, fr. Berlin	—	—
fr. incl. Sach	21,75-24,00	21,75-24,00
Weizenkleie frei Berlin	10,00-10,40	10,00-10,40
Roggenkleie frei Berlin	8,40-8,90	8,40-8,90
Weizenkleie-Melasse	—	—
Raps	—	—
Reinsaat	—	—
Wittoriaerbsen	21,00-24,00	21,00-24,00
kleine Speiserbsen	—	—
Ruttererbsen	14,00-17,00	14,00-17,00
Peischnen	—	—
Kerbschnen	—	—
Widen	17,00-20,00	17,00-20,00
Lupinen, blau	—	—
gelbe	—	—
Serabeta, neu	—	—
Rapskuchen, Basis 38%	—	—
Leinöl, Basis 37%	10,60-10,70	10,60-10,70
Trockenschrot	9,20-9,50	9,20-9,50
Soya-Extraktionschrot, Bas. 45%	—	—
Kartoffelschrot	—	—
Speisekartoffeln	—	—
Allgemeine Tendenz:	matt	schwankend

Ruhig und uneinheitlich.

An der Produktenbörse war die Preisgestaltung heute nicht ganz einheitlich, mit Ausnahme des Roggenmarktes, der sich aber die Preisrückgänge auf fast allen Marktgebieten fort. Die Roggenpreise erhalten durch die Aufkäufe der deutschen Getreidehandelsgesellschaft im Zusammenhang mit der Soja-Roggen-Aktion eine Stütze; das Angebot aus der ersten Hand ist nur mäßig, dagegen liegt verschiedentlich noch zweihändiges Offertenmaterial von den Stapelplätzen vor. Am Promptmarkt war das Preisniveau nach den Rückgängen der letzten Tage behauptet. Im Lieferungsgebiet eröffnete Märzroger so gar eine Mark höher. Das Angebot in Weizen übersteigt nach wie vor den geringen Bedarf, da der Weizenabzug sich nicht gebessert hat, und auch das Exportgeschäft angesichts der schwächeren Veranlagung des Weltmarktes nicht über vereinzelte Abschlüsse hinausgeht. Die Preise für Weizenexporte haben mit 140 Mark einen neuen Tiefstand erreicht. Am Prompt- und Lieferungsmarkt lagen die Weizennotierungen eine Mark unter dem gestrigen. Weizenmehle sind trotz weiterer Preisrücksetzungen der Wählen nur schwer abzusetzen, Roggenmehl hat keines Bedarfsgehalt. Ofer ist ausreichend offeriert und auf abgernde Kaufkraft des Konsums knapp behauptet. Gerste reichlicher angeboten und schwächer.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft v. 4. 9. 32 und die Gemeinden.

Von P. Wedbrodt-Niefa

Die neue Verordnung des Reichspräsidenten enthält Maßnahmen, die geeignet sind, auch die finanzielle Lage der Gemeinden zu beeinflussen. Diese Maßnahmen scheiden sich in solche mit unmittelbarem Einfluss und in solche, die erst mittelbar sich bemerkbar machen werden.

Zu der ersten Klasse zählt vor allem die Erhebung der Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1932 und 1933. Für das Kalenderjahr 1932 soll die Zahlung im letzten Vierteljahr nach folgenden Grundätzen erfolgen: Bei Verheirateten fällt der 50 v. H. betragende Zuschlag für die Ehefrau fort und die danach verbleibenden Steuerbeträge werden um 25 v. H. gemindert. Außerdem kann Steuererlass einreten, wenn zu erwarten ist, daß die gesamten Jahreseinkünfte des Steuerpflichtigen den Betrag nicht übersteigen werden, den er im Falle der Hilfsbedürftigkeit vom zuständigen Fürsorgeverband nach den Vorschriften der allgemeinen Fürsorge an Wohlfahrtsunterstützung erhalten würde. Das dürfte in erster Linie den Kurzarbeitern zuzurechnen kommen. Für das Kalenderjahr 1933 sind für die Erhebung der Bürgersteuer noch besondere Bestimmungen zu erwarten.

Von unmittelbarem Einfluss kann auch die Bestimmung werden, daß Dienstbedienstete von Angehörigen und Arbeitern bei den Gemeinden und den Versorgungsanstalten (Gas, Wasser oder Elektrizität), an denen die Gemeinden mit mehr als einem Drittel beteiligt sind, die Bezüge der entsprechenden Arbeitnehmer bei den Kreisverwaltungen nicht übersteigen dürfen. Entsprechend sind auch die Bezüge herabzusetzen, die auf Grund einer früheren Dienstleistung von den Gemeinden an ehemalige Dienstverpflichtete gezahlt werden. Das betrifft sogenannte Ruhegehaltsbezüge.

Endlich ist von Einfluss die Erhöhung des Ausgleichsnotens der Länder zugunsten der Wohlfahrtsfürsorge, danach kann die Landesregierung 20 v. H. der auf die Bezirksfürsorgeverbände entfallenden Beiträge der Reichsnothilfe einem Ausgleichsnot zuzuführen. Daraus sind Gemeinden Sonderunterstützungen zu geben, die durch Arbeitslosenhilfe besonders befristet sind.

Von entscheidendem Einfluss sind die Maßnahmen, die mittelbar auf die Gestaltung der Gemeindefinanzen einwirken. Hier sind vor allem die sozialpolitischen Maßnahmen zu erwähnen. Die Reichsregierung hat die Ermächtigung erhalten, zur Erhaltung der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen. Das soll auch auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe und der öffentlichen Fürsorge, des Arbeitsmarktes, der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsfürsorge und des Arbeitsdienstes geschehen. Hier dürfte einmal an die Ausgestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes und zum anderen an die Vereinfachung der Arbeitslosen-, Arsen- und Wohlfahrtsunterstützungen zu denken sein. Das letztere ist eine schon oft erhobene Forderung des Deutschen Städtebundes. Dieser denkt dabei an eine Ueberleitung der gesamten Fürsorge an das Reich. Erwähnenswert ist dabei, daß demgegenüber das Deutsche Reichsministerium in Verbindung mit einer umfassenden Verwaltungsreform die Uebernahme auf die Gemeinden fordert. Der Grund hierfür liegt u. a. darin, daß nur hier die so notwendige individuelle Ausgestaltung der Fürsorge gewährleistet ist, einmal, weil hier die persönliche Lage der Betroffenen am besten bekannt ist und zum anderen auch der Selbstkreis sozialistischer Ausgewählter werden kann. Voraussetzung für diese Regelung ist allerdings eine durchgreifende Reform auf dem Gebiete der Verwaltung und Finanzen. Die Gemeinden dürfen nicht Kostgänger des Reiches bleiben. Es wird interessant sein zu beobachten, in welcher Richtung sich die Reformen auf dem Gebiete der Reorganisation der sozialen Einrichtungen bewegen.

Während die früheren Bestrebungen den Schwerpunkt auf die Arbeitsbeschaffung durch staatskapitalistische und staatssozialistische Maßnahmen legten, hat man jetzt privatwirtschaftlichen Anschauungen den Vorrang gegeben. Im ersten Falle war man bei der Durchführung auf Steuererhöhung und Anleiheausgaben angewiesen, wodurch der Privatwirtschaft flüssige Kapitalien vorweggenommen und durch Steuern noch vorhandene Betriebsmittel entzogen wurden. Durch die jetzt zur Einführung gelangenden Steuererleichterungen ist es möglich, der Wirtschaft bis zu 2,2 Milliarden Betriebsmittel zuzuführen. Die Befürchtung, daß durch diese Schiene besonders auch den Gemeinden Steuerermittel entzogen würden, ist nicht gerechtfertigt. Im nächsten Jahre fließen die Steuern in alter Höhe und bei der Anrechnung in den folgenden 5 Jahren hofft man doch eben die Futur der Erwerbslosigkeit eingedämmt und damit den Grund für den hohen Steuerbedarf beseitigt zu haben. Man kann somit erwarten, daß die Not der Gemeinden eine Entlastung erfährt. Es bleiben aber in der neuen Verordnung noch zwei Quellen kommunaler Not unberücksichtigt. Diese sind die Reform der Selbstverwaltung und das Zinsproblem. Die erste wird allerdings im wesentlichen eine Aufgabe des Landes sein, nachdem das Reich die notwendigen Vorbereitungen geschaffen hat. Es gilt die Selbstverwaltung besonders auf finanziellen Gebieten wieder herzustellen und das Verantwortungsdenken der Gemeindevorstände, das jetzt beinahe ausgeschaltet ist, wieder zu stärken.

Von noch größerer Bedeutung ist allerdings das Zinsproblem. Die Verschuldung der Gemeinden hat den Gefahrenpunkt erreicht und teilweise schon unterschritten. Ein Großteil aller Steuern wird durch die Zins- und Tilgungsbeträge aufgefressen. Der Reichsanwalt hat lediglich angekündigt, daß er diese Frage auf privatwirtschaftlichem Wege vorwärtsstreifen will. Hieraus läßt sich für unsere Aufgabe in den Gemeinden nicht viel entnehmen. Vielleicht darf man noch eine Neuerung des Reichsfinanzministers hierbei erwähnen, dahingehend, daß eine Konvertierung innerer Anleihen, d. h. eine allgemeine Zinsherabsetzung nicht in Frage kommt, weil hierdurch das Vertrauen zerstört würde. Man hofft demnach vielleicht durch Ankaufen der Wirtschaft und damit Behebung der Arbeitslosigkeit auch über die Gefahren hinwegzukommen, die von der Verschuldung her drohen. Ob das gelingen wird, muß die nahe Zukunft lehren, denn wie gesagt, bei den Gemeinden ist in dieser Beziehung der Gefahrenpunkt erreicht.

In diesem Zusammenhange ist es interessant, wie der deutschnationale Parteiführer Hugenberg diese Frage beurteilt und was er zu ihrer Vereinfachung sagt. Er hat in den letzten Wochenschriften folgenden Gedankengang im Ausdruck gegeben: Der Gläubiger muß sich vor Augen halten, — ob nun der Schuldner eine Privatperson oder eine öffentliche Körperschaft ist, — daß das Kapital gefährdet ist und die Zinsen zu hoch sind. Es entsteht nun für ihn die Frage, was ihm lieber ist, entweder den Nominalbetrag des Kapitals zu erhalten und sich mit einem geringeren Zinseszins zu begnügen oder auf dem bisherigen Zinseszins zu bestehen und sich dafür mit einer Herabsetzung des Kapitalbetrages einverstanden zu erklären. Eins muß für ihn feststehen, Kapital- und Zinshöhe lassen sich nicht gleichzeitig aufrechterhalten.

Hugenberg gibt der Erhaltung des Kapitalwertes den Vorrang. Unter Beachtung dieses Grundgesetzes befürwortet er eine kräftige Zinsminderung, die gelegentlich schleppe Tilgung aller Schulden und daneben die Ueberführung aller kurzfristigen Schulden in langfristige Tilgungsanleihen. Das letztere wäre besonders für unsere Gemeinden von Bedeutung. Außerdem fordert er zum Schutze der Schuldner die Unkündbarkeit der Darlehen. Um den Verlust des Kapitals zu vermeiden, dürfte dieser Vorschlag auch im Interesse der Gläubiger liegen. Dem Einzelgläubiger ist natürlich an einem gewissermaßen tropfenweisen Rückfluß seines Kapitals nicht gelegen. Die Einzelbeträge würden wahrscheinlich nach und nach aufgezehrt und am Ende glaubte der Gläubiger um sein Kapital betrogen worden zu sein. Deshalb ist für Hugenberg die Sammlung aller Tilgungsbeträge bei besonderen Sammelstellen und die Auslösung dieser Beträge vor. Er glaubt dadurch einmal die möglichst reibungslose Entschuldung und auf der anderen Seite wieder ein gewisses Kapitalangebot zu erreichen, wodurch allmählich für neue Anleihen ein tragbarer Zinsfuß wirksam werden könnte. Durch diese Regelung würden die Darlehen abgemildert, die für manche inländischen Gläubiger durch den Ausschluß der Ränderpartien entstehen — Darlehen — die jedoch gegenüber der jetzigen Kapitalgefährdung eine Wohltat sind.

Im großen ganzen ist anzuerkennen, daß die neue Verordnung eine wesentliche Besserung der Gemeindefinanzen bringen kann. Ob man allerdings eine direkte Einwirkung auf das Zinsproblem wird umsetzen können, wogegen ich zu bezweifeln. Dazu ist der auszubringende Zinsbetrag zu hoch. Leider ist es infolge der Lage der Selbstverwaltung für die Gemeindevorstände fast unmöglich, zur Lösung der Frage selbst entscheidende Schritte zu tun. Es kann nur unsere Sache sein, die Spitzenorganisationen der Städte und Landgemeinden immer wieder zu drängen, in dieser Angelegenheit vorzutreten.

Ueber Forderungen der Landwirtschaft.

* Sachsenburg (Westermald). Auf dem 12. Kasseler Bauerntag sprach am Sonntag der Geschäftsführende Präsident des Reichslandbundes Graf von Raldrath, der ungefähr folgendes ausführte:

Wir haben es bekräftigt, daß der Reichspräsident durch Bildung des Kabinetts Papen sich von der Diktatur der Parteien freigemacht hat. Wir begrüßen es ferner, daß das Kabinett eine Reihe von uns zu billigen Schritte getan hat, wie zum Beispiel in der Frage der Wehrhaftmachung und der Verwaltungsreform. Dagegen hat man noch nicht die klare Ueberzeugung, daß das Kabinett in wirtschaftlicher Hinsicht die Wege einschlagen wird, die zur Rettung Deutschlands notwendig sind. Man weiß, daß der Reichsfinanzminister diese Wege richtig erkennt, aber im Volk und im Kabinett noch mit Widerstand zu kämpfen hat. Die deutsche Landwirtschaft könne ebensowenig wie die Landwirtschaft der übrigen Länder der Welt zum jetzigen Weltmarktpreis erzeugen. Sie brauche angemessene Preise. In Bezug auf Getreide hätten die Maßnahmen der Regierung diesen Wunsch in beidem Maße erfüllt. Anders lägen die Dinge bei der Veredelungsindustrie. Hier sei eine Kontingenterung notwendig. Weiterhin forderte der Redner eine bessere Verteilung der Verbrauchsbelastung. Er wachte sich besonders gegen die Zucker- und Schlachtsteuer, verlangte eine Margarinesteuer und eine große Senkung des Hypothekenzinsfußes und des Reichsbankdiskonts sowie für die Landwirtschaft besonders eine Senkung der Genossenschaftssteuer durch Entlastung der Frauenkassen. Die Uebernahme der Landwirtschaft zum Kabinett Papen werde abhängig sein von der Lösung dieser Fragen. Die oben erwähnte Rückfrage der Vertreter der Grünen Front mit dem Kanzler habe eine Klärung noch nicht gebracht. Sollten personelle Fragen Schwierigkeiten im Kabinett ergeben, so habe er das Vertrauen zum Reichspräsidenten, daß er die Lösung an Verboten nicht scheitern lassen dürfe. Zum Schluss betonte Graf Raldrath, daß die Landwirtschaft ihren Kampf losgelöst von jeder Parteipolitik führen und es ablehne, daß Parteien in ihrer Organisation zu organisieren versuchen.

Die Umbildung der Krankenversicherung.

Neue Haushaltsregelung. — Zusammenlegung von Kassen.

Die Wohlfahrts-Korrespondenz schreibt:

In der neuen Verordnung wird die Reichsregierung beauftragt, zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen. Die Verordnung schließt damit an die Verordnung vom 15. Juni 1932 an, die den Reichsarbeitsminister bereits zu besonderen Bestimmungen über die Umgestaltung und Verwaltung des Vermögens, über die Aufstellung des Voranschlags, die Rechnungslegung sowie zur Verringerung der Versicherungsbeiträge, jedoch ohne Änderung ihrer Art, ermächtigte. Die zu erwartenden besonderen Vorschriften dürften also zunächst Sicherungen dafür schaffen, daß der Voranschlag der Kassen nicht mehr als formell eine feste Haushaltsregelung erkennen läßt. Im Zusammenhange damit wird, zunächst für die Selbstverwaltung der Krankenversicherung selbst, eine Vereinfachung der Rechnungslegung zu erfolgen haben. Zur Vereinfachung und Verbiligung wird ferner eine Zusammenlegung von Kassen der gleichen Art nicht zu vermeiden sein. Da bei den Betriebskrankenkassen der ganze Zuschuß auf den Einzelbetrieb abgelehnt ist, kann eine Zusammenlegung von Betriebskrankenkassen nicht als wahrscheinlich gelten. Bei den anderen Kassenarten liegt eine territoriale Zusammenlegung, etwa im Bereiche des gleichen Versicherungsamtes, in der Absicht. Eine Verringerung der Immunitätskassen gemäß ihrer Mitgliederzahl ist bereits im jetzigen Recht zugelassen. Auch die durch die Auflösung von Landkreisen in Kreisen entstehenden Fragen dürften Veranlassung zu einer Neuabgrenzung von Versicherungsbezirken geben. Da die Wahlen zur Sozialversicherung nur um ein halbes Jahr hinausgeschoben sind, ist damit zu rechnen, daß der Zeitpunkt für den Erlaß der neuen Bestimmungen so gelegt wird, daß für die Anfang des nächsten Jahres kommenden Neuwahlen die Umbildung in der Krankenversicherung bereits feststeht.

In schweren Zeiten zeigt sich's erst recht, wie wichtig Kaffee Hag für Herz und Nerven ist.

„Prinzessin Lumpi“

Roman von Erich Ebnstein.

20. Fortsetzung Nachdruck verboten

„Warum? Wer kann es dir befehlen?“

„Die Umstände. Zum Beispiel: Ich habe doch einen Beruf und wenn ich ihn auch nicht liebe, so zwingt er mich doch, nach Ablauf meines Urlaubs ihn wieder auszuüben, um des täglichen Brotes willen!“

„Das sehe ich nicht ein! Wenn du deinen Beruf nicht magst, so gib ihn doch ganz auf und bleibe in Heidenried. Dann ist uns ja beiden geholfen!“

„Aber das ist doch ganz und gar unmöglich!“

„Warum?“

„Aus vielen Gründen ist es unmöglich. Außerdem bin ich kein Schuft und will nicht für einen solchen gehalten werden!“

Er sagte das in einem stolzen, hiebereien Ton, der seine Wirkung auf die unerfahrene Anneliese nicht verfehlte.

„Natürlich nicht! Aber warum sollte dich jemand dafür halten?“

„Man würde vor allem von mir sagen, ich hätte dich aus, auch wenn dies tatsächlich nicht der Fall sein würde, denn natürlich würde ich durch Führung der Landwirtschaft danach trachten, meine Einkünfte zu erhöhen. Man würde trotzdem nie von meiner Arbeit reden, sondern immer nur von meiner Mittellosigkeit — genug, das würde ich nicht ertragen!“

„Wohllich sprach auch deine Mutter, als ich sie bat, bei mir auf Heidenried zu bleiben, aber ich antwortete darauf nur: Um den Platz der Leute kümmert sich ein verantwortlicher Mensch nicht. Papa sagte das immer!“

„Gut. Lassen wir diesen Punkt. Es wäre ja möglich, daß ich mich, um dir einen Wunsch zu erfüllen, darüber hinwegsetzen könnte. Aber es sind noch andere Gründe, die mich zwingen, von Heidenried fortzugehen. Vor allem die Rücksicht auf dich selbst!“

„Das verstehe ich nicht? Ich wünsche ja gerade sehnlichst, daß du bleibst! Am ersten Tag freilich, da kannte ich dich noch nicht und hatte eine Leidenschaft vor dir — na, ich hab es dir ja erzählt — aber dann — wir verstehen uns doch jetzt so gut und ich kann mir nichts Schöneres denken, als täglich mit dir herumzuwandern! Im Winter werfen wir Schneebälle, bauen Schneemänner und gehen Eislaufen — o, du wirst schon sehen, daß wir uns nie langweilen werden!“

„Davon bin ich festest überzeugt. Aber was würden die Leute dazu sagen?“

„Was sollen sie denn sagen?“

„Das ist unpassend! Ein junges Mädchen und ein junger Mann — immer beisammen, immer allein — nein, es ist eine Unmöglichkeit! Dein Ruf wäre bald dahin, das mußt du doch selbst einsehen, Anneliese!“

„Unfinn! Warum sollte daran etwas Unpassendes sein? Wenn ich eine Freundin hätte, würde ich doch auch immer mit ihr beisammen sein! Du bist mir wie eine Freundin!“

„Aber begreife doch! Das ist etwas ganz anderes! Freundschaft zwischen einem jungen Mädchen und einem jungen Mann! Wie weit würde sagen, daß wir ein Liebespaar sind!“

„Daran liegt doch nichts! Es wäre nur ein feiner Spaß, über den wir lächeln würden!“

„Sie sagte es so kindlich, daß Viktor sie ganz sprachlos anstarrte. Aber er sah wohl, daß Anneliese mit der ruhigen Unbefangtheit eines Kindes sprach, das von diesen Dingen nichts wußte und sich auch in Gedanken noch nicht damit beschäftigt hatte.“

Und während er aufstand und einige Male hin und herging, dachte er halb mitteliebig, halb bewundernd: „Wahrlich, nur in diesem vergessenen Gebirgswinkel ist eine so vollkommene Unschuld möglich!“

Dann blieb er plötzlich vor Anneliese stehen und sagte ohne Einleitung: „Wenn es dir auch Spaß machen würde, Anneliese, so würde doch ich selbst es nicht ertragen, deine Ehre in den Augen der Welt um meinetwillen herabgesetzt zu wissen. Denn — ich liebe dich, Anneliese!“

Wenn er erwartet hatte, daß sie bei diesem Geständnis erschrecken, rot werden oder auch nur eine abweisende Bewegung machen würde, so hatte er sich getäuscht.

Nichts änderte sich in dem klaren, unbewegten Kindergesicht, als sie, die träumerischen Blauaugen auf ihn gerichtet, kopfschüttelnd sagte:

„Aber wenn du bei allem sagst, du vermagst es nicht zu ertragen, was fangen wir denn dann an, Viktor? Soll ich der Leute wegen allein hier sitzen bleiben, nachdem ich gespürt habe, wie schön es ist, einen Kameraden zu haben? Und du — sollst du der Leute wegen einen verhassten Beruf weiter ausüben, wenn du doch viel lieber hierbleiben würdest? Denn, nicht wahr, das wäre dir doch lieber?“

„Es wäre für mich das höchste Glück, das ich mir denken kann!“

„Na, steht du! Und für mich doch auch und da wäre es unsäglich albern, wenn wir der Leute wegen darauf verzichten wollten. Nein, nein, darauf gehe ich nicht ein! Es muß doch noch einen Ausweg geben? Denke nach, Viktor — du bist ja so geschickt, es wird dir gewiß etwas einfallen!“

Er sah sie lange schweigend an. Bild sagten die Gedanken in seinem Kopf. Sollte er das letzte Wort aussprechen? Würde es nicht vielleicht alles zerstören, was er in diesen Tagen sorgsam und mit Bedacht aufgebaut hatte?

„Über — würde es die Schüler der Kindheit, die noch um Annelieses Seele lagen, ich zerreißen und das schlummernde Weib in ihr erwecken?“

Ronnien nicht, wie in ihm, während dieser wenigen Tage auch in ihr Gefühle und Wünsche emporgestiegen sein, die erst das entscheidende Wort ins Bewußtsein rief?

Dennoch zögerte er noch. Zu viel hing für ihn von diesem Wagnis ab!

„Nun?“ fragte Anneliese nach einer Weile ungeduldig. „Ist dir noch nichts eingefallen?“

„Doch“, antwortete er unwillkürlich mit gedämpfter Stimme, „es gibt einen Ausweg, der mein Bleiben ermöglichen würde — aber du wirst ihn nicht gehen wollen — nicht können!“

Zigaretten in Not!

K. Leipzig. Aus Anlaß der am Montag und Dienstag in Leipzig stattfindenden Jahresversammlungen des Verbandes der Einkaufsgenossenschaften der Zigarrenladeninhaber Deutschlands und der „Recht“, Reichsgenossenschaft der Zigarrenhändler, veranstalteten die beiden Verbände am Sonntag im großen Festsaal des Centraltheaters in Anwesenheit von Vertretern der Behörden und der Wirtschaft eine öffentliche Kundgebung unter dem Motto: „Zigaretten in Not! Selbsthilfe oder Tod?“

Das Thema der Kundgebung behandelte der Vorsitzende des Verbandes der Einkaufsgenossenschaften, Sel-

meier, Offen. Ein reichem Zahlenmaterial wies er die Not des Zigarettenhandels nach, der namentlich infolge der Überbelastung mit Steuern vor dem wirtschaftlichen Tod stehe. Der Zigarettenhandel an sich sei nicht überlebensfähig, weil jeder Zigarettenhändler neuerdings auch jeder Tankstellenwärter bis in die Nacht hinein Zigaretten verkaufen zu können glaube. Hinzu komme die Konkurrenz mit den Zigarrenständen in Gastwirtschaften, auf Bahnhöfen usw. Der Zigarettenhändler sei mit dem Zigarettenhandel nach langen Verhandlungen dahin einig geworden, daß er den Zigarettenhandel nur beibehalten wolle, soweit er mit dem Bäcker in Verbindung stehe. Wie dem Zigarettenhändler müßte auch dem Zigarettenhändler im Wege der Notverordnung geholfen werden, namentlich dadurch, daß der § 164 W.D. für ihn in Wirksamkeit trete. Die Schaffung eines Monopols, die von den größten politischen Parteien beabsichtigt werde, würde kein Heilmittel sein. Eine Besserung im Gewerbe sei nur durch

Einigkeit zu erzielen. Der deutsche Zigarettenhändler verfüge zur Zeit noch über sechs Fachverbände, der Großhandel daneben noch über drei Reichsorganisationen. In der letzten Zeit ist noch eine politische Organisation hinzugekommen. Einig bei den Einkaufsgenossenschaften sei die Einigkeit erreicht. Dank dieser Einigkeit seien alle Angriffe von Großhandel und Industrie durch Lieferherren und ähnliche Maßnahmen abgeblieben worden. Wenn die Vereine Selbstverantwortung, Selbsthilfe und Selbstvertrauen Allgemeinut würden, werde es mit dem Gewerbe aufwärtsgehen. Ein Krebsknoten sei mit dem Markenunwesen. Infolge der Klame für die einzelnen Zigarettenmarken verlange der Kunde oft gerade die Marken, die der Händler ihm nicht verkaufen wolle. Daß das Markenunwesen nicht auch im Zigarettenhandel eingreife, sei eine Hauptaufgabe der Organisationen. Um die „Zigarettenmarke“ abzuwehren, sei eine „Kampagne“ im Auftrag der Zigarettenhändler in der Gründung begriffen.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 14. September.

Berlin—Stettin—Magdeburg.

6.00: Schulfunk: Das Großkraftwerk Klingenberg als Kraftquelle der Berliner Stadt- und Ringbahn. — 15.20: Reisen und Wandern (R. Stein). — 15.40: Freiwillige Feuerwehren. — 16.05: 200 Jungen fliegen in Sportflugzeugen. — 16.30: Konzert. — 17.30: Jugendstunde: Autolein. — 17.50: Ritz und Kunst. — 18.10: Eine Viertelstunde Technik. — 18.25: Von der Pyramide zum Hochhaus. — 18.50: Mitteilungen des Arbeitsamtes. — 18.55: Die Funktunde teilt mit. — 19.00: Stimme zum Tag. — 19.10: Orchesterkonzert. — 20.30: Funkkalender (September). — 21.30: Karl Erb singt. — 22.00: Zeitungen usw. — Danach bis 24.00: Langmuft.

Röhlingsmüsterhausen.

9.00: Berliner Programm. — 9.30: Wie gestaltet der kaufmännische Angestellte seine Bewerbung erfolgreich? — 10.10: Schulfunk: Wo die Martinsgans herkommt. — 15.00: Ergebnisse und Abenteuer in Bulgarien. — 15.30: Wetter- und Vögelberichte. — 15.45: Neue Ernährungsformen mit praktischen Anweisungen. — 16.30: Konzert. — 17.30: Peter Kolleger und die Steiermark. — 18.00: Wertung musikalischer Kunstwerke. — 18.30: Querschnitt durch Zeitschriften. — 18.55: Wetterbericht. — 19.00: Englisch für Fortgeschrittene. — 19.30: Beamtengehälter im In- und Ausland. — Anschließend: Wiederholung des Wetterberichtes. — 20.00: Aus Wien: Banner—Strauß—Zieler. — Anschließend: Berliner Programm.



Sturm bedroht Dein Schiff! Steuere es richtig!

Nach zu, wenn der Arifen-Sturmwind heult! Kaufmann, laß Dein Steuer nicht los! Die Arife spült Dich leicht über Bord! Steuer im Sturm der Arife sind Deine Anzeigen im Nikaer Tageblatt. Sie bringen Dich sicher an den gefährlichen Klippen des Umhängungsanges vorbei! Drum Kaufmann, ahoi! Inslerete!

Zweite Jubiläums-Lotterie

7. Ziehung 5. Klasse 201. Sächs. Landeslotterie

Ziehung am 12. September 1932.

(Ohne Gewähr.) Alle Nummern, hinter welchen keine Gewinnebezeichnung steht, sind mit 300 Mark besetzt.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts (e.g., 200000, 100000) and winning numbers. Includes a section for 'Gewinnlose' (losers) at the bottom.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts (e.g., 612 408, 304 797) and winning numbers. Includes a section for 'Gewinnlose' (losers) at the bottom.

„Prinzessin Lumpi“

Roman von Erich Ebenstein.

27. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Scheu kamen die Worte heraus, Scheu trat sein Blick von ihr ab und am Boden hin. „Der einzige Ausweg, den es überhaupt gibt, wäre — wenn du meine Frau würdest! Dann hätte ich ein Recht zu bleiben, ein Recht, nur für dich zu leben und dein Glück zu meiner Lebensaufgabe zu machen. Und dein Glück wäre das meine, denn ich wiederhole, was ich dir schon vorhin sagte: Ich liebe dich, Anneliese!“

Dennoch antwortete sie nicht gleich, sondern dachte nach, welcher Unterschied zwischen „Lieben“ und „lieb haben“ bestehen könnte. Aber sie fand keinen, da sie bei der Abgeschlossenheit ihres bisherigen Lebens nie Gelegenheit gehabt hatte, Liebe an anderen zu beobachten. Wohl hatte sie manchmal sagen gehört, die und der sind verliebt oder ein Liebespaar, aber sie dachte sich dabei nie etwas anderes, als daß sie sich eben lieb hätten.

Er sah finster drein. „Dann weiß ich, wie es kommen wird.“ sagte er bestimmt. „sobald man hier von unserer Verlobung erfährt, wird alle Welt kommen, dir abzureden! Man wird finden, du seist zu jung zum Heiraten, ich sei kein passender Gatte für dich — kurz, man wird tausend Gründe dagegen ins Treffen führen, bis man dich dahin gebracht hat, mit dem Laufpaß zu geben!“

Minne vom Torjyn in Bild und Wort.



Mit dem Wilhelm-Haas-Volkspreis für deutsche Dichtung, der in diesem Jahre zum erstenmal zur Verteilung kam, wurde der deutsche Schriftsteller Ernst Wichert, der Schöpfer des Romans „Die Magd des Jürgen Dosocil“, ausgezeichnet.



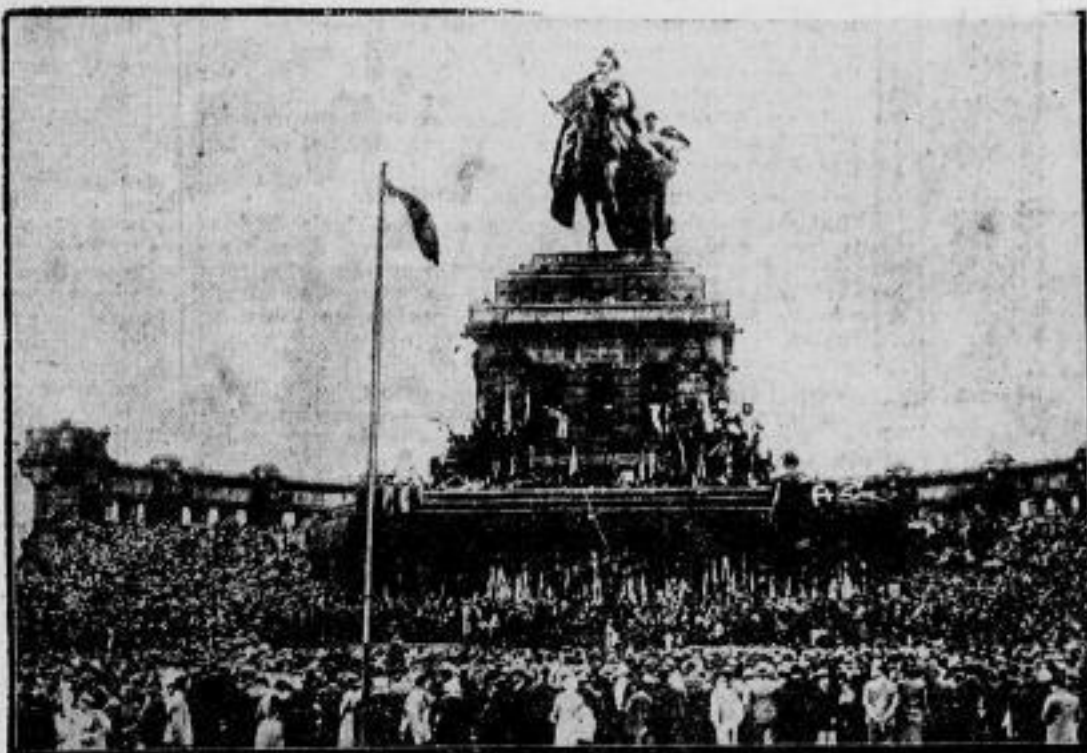
Neue Chefs der Marinestationen. Der bisherige Befehlshaber der Linienfahrzeuge, Konteradmiral Hoerster (rechts), ist zum Chef der Marinestation der Nordsee ernannt worden. Konteradmiral Albrecht (links), der Befehlshaber der Aufklärungsflotte, wird die Leitung der Marinestation der Ostsee übernehmen.



Zum Gedenken an den U-Boot-Helden Otto Weddigen, der am 15. September seinen 50. Geburtstag feiern konnte. Als Führer des berühmten Unterseebootes „U 9“ versenkte er Anfang des Krieges die drei englischen Panzerkreuzer „Greif“, „Dogue“ und „Aboukir“. Im Jahre 1915 wurde sein Unterseeboot von dem englischen Schlachtschiff „Dreadnought“ gesichtet — die Besatzung des U-Bootes ging mit dem sinkenden Schiff unter.



Ein Marne-Denkmal ist jetzt durch den französischen Staatspräsidenten am 18. Jahrestag der Marne-Schlacht in Meaux eingeweiht worden.



Von der Saarland-Rundgebung am Deutschen Eck. Die 12. Tagung des Bundes der Saarvereine in Koblenz fand ihren Höhepunkt in einer großen Rundgebung für das abgetrennte Saar- und Palzgebiet am Deutschen Eck. Unser Bild von der eindrucksvollen Veranstaltung zeigt das fahnenbesetzte Deutsche Eck, das bekanntlich die Aufschrift trägt: „Nimmer wird das Reich zerbrochen, wenn ihr einig seid und treu!“

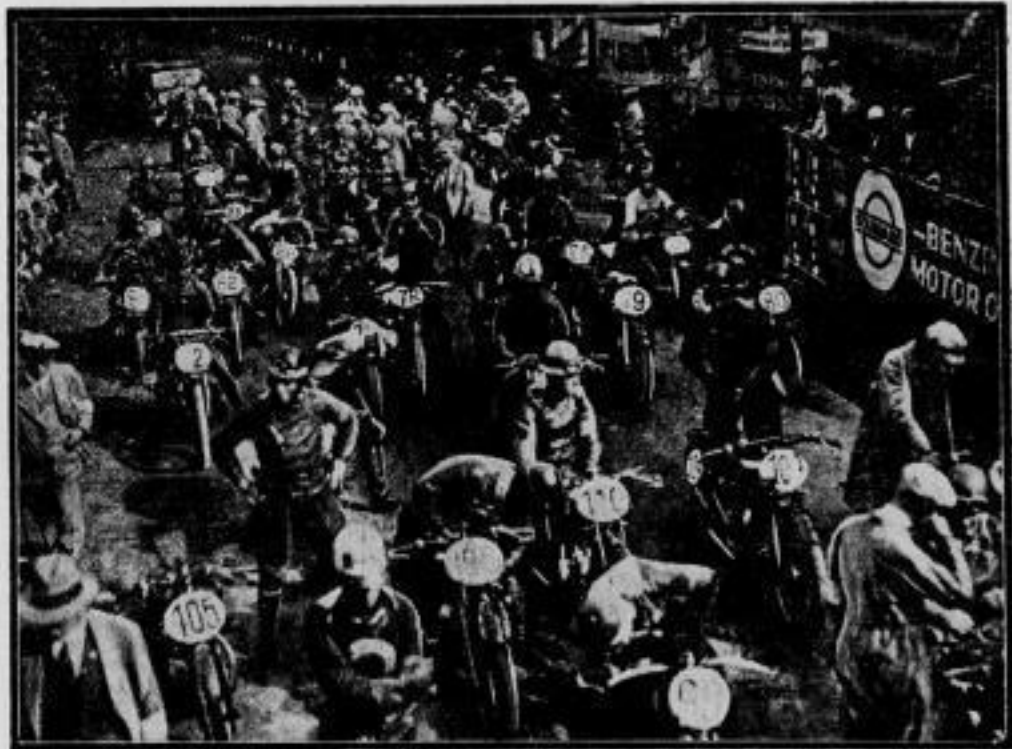
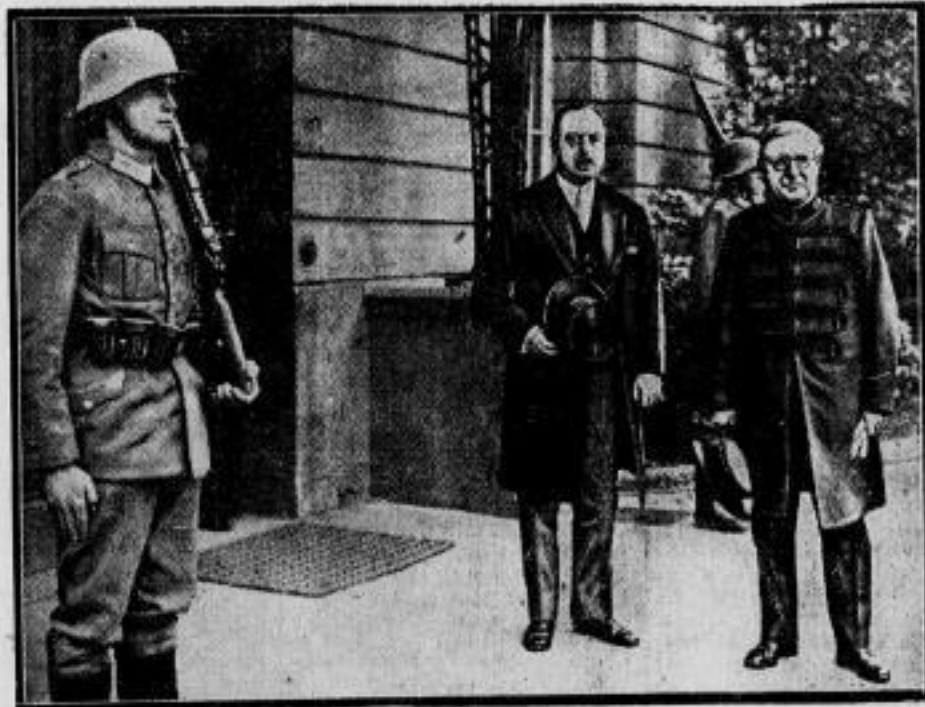


Europapflug-Sieger Zwirko tödlich abgestürzt. Der polnische Pilot und Sieger des Europapflugwettbewerbes 1932, Zwirko (links) ist während eines Sternfluges von Warschau nach Prag an der tschechischen Grenze abgestürzt. Er sowie sein Begleiter Saura (rechts), der Konstrukteur der siegreichen Europapflugmaschine, konnten nur noch als Leichen aus dem völlig zertrümmerten Apparat geborgen werden.

Bild darunter:

Heilsarmee-General Higgins bei Hindenburg. Der Führer der Heilsarmee, General Higgins (in Uniform), der gegenwärtig in Berlin weilt, wurde vom Reichspräsidenten empfangen, um über die Arbeit der Heilsarmee in Deutschland zu berichten. In seiner Begleitung befand sich der britische Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold (neben ihm).

Vom Schleiher Dreieckrennen. Das traditionelle Schleiher Dreieckrennen — der letzte Lauf der Motorrad-Straßenmeisterschaft von Deutschland — kam bei einer Rekordbesetzung von 111 Fahrern vor 50.000 Zuschauern zum Austrag. Unser Bild berichtet von dem Start zum Endlauf auf der 7,7 Kilometer langen Strecke.



Die Gefahren der nächtlichen Landstraße.

10. In der letzten Zeit haben sich die nächtlichen Unfälle auf Landstraßen stark gehäuft. So werden insbesondere die schweren Unfälle bei Döbeln, wo ein Auto in eine Feuerwehrrkolonne fuhr, und jetzt das furchtbare Unglück bei Freiberg, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen, noch in lebhafter Erinnerung sein. Diese nächtlichen Verkehrsunfälle geben Veranlassung zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen. Jeder Kraftfahrer wird bei nächtlichen Fahrten bereits die Beobachtung gemacht haben, daß sehr häufig Fußgänger und Radfahrer, die er überholt, zwar den rechten Teil der Straße ein-

nehmen, aber nicht ganz scharf rechts am Straßenrand und nicht hintereinander gehen bzw. fahren. Dadurch besteht aber die große Gefahr, daß sie von hinten oder seitlich von dem Kraftfahrzeug erfasst werden, insbesondere wenn der Kraftfahrer abgeblendet wird. Was nützt es dem Fußgänger oder Radfahrer, wenn bei einem solchen Unfall zwar der Kraftfahrer juristisch der schuldige Teil ist, man aber selbst zum Krüppel gefahren wird oder zu Tode kommt?!

Deshalb sollte jeder Fußgänger oder Radfahrer im ureigensten Interesse bei sich nähernden Kraftfahrzeugen sowohl am Tage, insbesondere aber nachts (so scharf wie möglich an den Straßenrand (bei mehreren Personen hintereinander) herangehen, vor allem aber niemals vor einem herannahenden Kraftfahr-

zeug noch die Straßenseite wechseln. Dies allein bewahrt in vielen Fällen vor Glend und Tod. Marschierende Kolonnen sollten nachts an der Spitze, insbesondere aber am Schluß der Kolonne (in diesem Falle links hinten) eine Laterne oder zumindest einen Rückstrahler führen. Nicht nur vorsichtige, sondern vor allem rücksichtslose und unvorsichtige Kraftfahrer werden dadurch rechtzeitig gewarnt und verhindert, Unheil anzurichten. Aber auch an die Kraftfahrer ergeht die Mahnung, bei nächtlichen Fahrten die größte Vorsicht walten zu lassen, rechtzeitig abzublenden und auf jeden Straßenbenutzer Rücksicht zu nehmen. Nur durch Zusammenarbeit und Rücksicht aller können die großen Gefahren des nächtlichen Verkehrs auf der Landstraße gebannt werden.

Turnen - Sport - Spiel - Wandern

Handball im VVa. Turnverein Niesä (Z.).

Der vergangene Sonntag sah alle 8 Mannschaften im Kampfe und zwar recht lebhaft. Vermittels kämpfte die VVa. Niesä um Sie und Punkte gegen die VVa. Mannschaften des Tu. Reibahn. Mit viel Schweiß fechten die Turner 5:0.

Au gleicher Zeit fanden auf dem Schwarzen Blau die 2 Mannschaften des VVa. Niesä mit der 1. Gf. des Tu. Weida-Niesä im Kampfe. Hier aber mochte der Kampf auf und ab, bis schließlich zum Schluss durch ein Mikrofonhörn, als des VVa. Torhüters dieser einen Wurf der Weidener passieren ließ, weil er glaubte, Fehler werden geschien, doch das kam nicht. Dadurch fielen Weida mehr als üblich als verdient mit 6:5. Es war im ganzen ein schönes Freundschaftsspiel.

Turnverein Röderau D. Z.

Das 1. Pflichtspiel gegen VVa. Niesä verlief die erste Mannschaft sehr hoch. Vom Beginn an war es ein hartes, ausgeglichenes Spiel. Auf beiden Seiten verlebten gute Warte ihr Ziel, bis es endlich Niesä gelang, in Weidra zu geben. Beim Stande von 4:1 wurden die Seiten gewechselt. Klart wurde weiter gekämpft. Röderau drückte mächtig und 2 Tore waren der Erfolge, während Niesä nur ein Tor erzielen konnte. Beide Mannschaften waren sich noch ebenbürtig. VVa. hatte jetzt etwas mehr Glück im Torverfehen. 15 Minuten vor Spielschluss lautete das Resultat 8:4. Röderau ließ merklich nach, dadurch hatte Niesä leichtes Spiel und erzielte Tor auf Tor. Als der Schiri, welcher gut amtierte, das Spiel abpfl, stand es 16:5.

Die VVa. Mannschaft verlor gegen die körperlich kräftigere VVa. Mannschaft des Tu. Weida 17:3.

Turnverein D. Glaubig und Umg.

Die anlässlich des 6. Stiftungsfestes am Sonntag, den 11. ds. Mts. ausgetragenen Wettkämpfe für die Vereinsmitglieder im Volksturnen zeigten bei guter Beteiligung recht beachtliche Leistungen.

Das Ergebnis ist folgendes:

Dreifampf. Turner. 1. Hochsprung, 2. Weitsprung, 3. Kugelstoßen, 4. Schleuderballwurf, 5. 100-Meter-Lauf.

1. Horst Neubert 55 Punkte,
2. Amandus Prox 47 Punkte,
3. Reinhold Blau 41 Punkte,
4. Fritz Werner 33 Punkte.

Einselkämpfe. Turner. 100-Meter-Lauf: 1. Horst Neubert 12,3 Sek., 2. Amandus Prox 12,6 Sek. Hochsprung: 1. Horst Neubert 1,42 Meter, 2. Amandus Prox 1,32 Meter. Weitsprung: 1. Horst Neubert 5,61 Meter, 2. Amandus Prox 5,52 Meter. Kugelstoßen: 1. Horst Neubert 8,55 Meter, 2. Herbert Jähnel 8,19 Meter. Steinwurf: 1. Erhard Saule 5,86 Meter, 2. Herbert Jähnel 5,39 Meter. Speerwurf: 1. Amandus Prox 29,40 Meter, 2. Erhard Saule 29,33 Meter. Diskuswerfen: 1. Horst Neubert 24,21 Meter, 2. Amandus Prox 21,20 Meter. Schleuderballwerfen: 1. Erhard Saule 35,35 Meter, 2. Reinhold Blau 34,50 Meter. 5000-Meter-Lauf: 1. Amandus Prox 18:30 Sekunden.

Dreifampf. Jugendturner. (1. Hochsprung, 2. Kugelstoßen, 3. 100-Meter-Lauf).

1. Helmut Schneider 32 Punkte,
2. Kurt Sachle 27 Punkte.

Einselkämpfe. Jugendturner. 100-Meter-Lauf: 1. Helmut Schneider 13,5 Sek., 2. Kurt Sachle 14,4 Sek. Hochsprung: 1. Kurt Sachle 1,27 Meter, 2. Helmut Schneider 1,27 Meter. Weitsprung: 1. Helmut Schneider 5,19 Meter, 2. Kurt Sachle 4,62 Meter. Kugelstoßen: 1. Helmut Schneider 8,18 Meter, 2. Kurt Sachle 8,08 Meter. 5000-Meter-Lauf: 1. Helmut Schneider 18:27 Sek.

Dreifampf. Jugendturnerinnen. (1. 75-Meter-Lauf, 2. Weitsprung, 3. Kugelstoßen).

1. Anna Höhle 41 Punkte.

Die Beteiligung der Turnerinnen an den Wettkämpfen war leider sehr schwach, so daß die erzielten Leistungen ein vollkommen ungenaues Bild zeigten. Möge der gute Verlauf der Veranstaltung ein Ansporn für die Zukunft sein. Gut! Heil!

Hoch im NSV.

Niesäer Sportverein 2 gegen Akademischen Sportverein Dresden 3 2:2 (2:0).

Leider alldiesmal auch diesmal kein Sieg. Allerdings hatte man nicht mit dem Erkeinen von Dr. Böttner, einem bekannten repräsentativen Spieler, in der dritten Mannschaft des NSV. gerechnet. Auch sah man noch ein anderes Gesicht in dem anschließenden Spiel von NSV. 1 wieder.

Während des ganzen Spieles konnte keine Partei eine Feldüberlegenheit erlangen. Die Anführer des NSV. arbeitete nicht in der erwarteten Weise, da der Mittelflächer nicht seine sonstigen Form erreichte. Mitte der 1. Halbzeit kam der NSV. zu seiner 1. Strafsch., die vom rechten Flügel nach kurzem Hin und Her durch Dreßba verwandelt wurde. Ein Lauf des Linksaußen mit anschließender Flanke wurde vom Rechtsaußen des NSV. zum 2. Male mit Tor abgeschlossen.

Nach Halbzeit erlitten NSV. in veränderter Aufstellung mit Dr. Böttner als Mittelflächer. Der NSV. war dadurch sehr durchschlagkräftig geworden und konnte denn auch kurz vor Schluss durch den Halbläufer zweimal erfolgreich sein mit stützer Mitteln des Schiedsrichters. Der Sieg konnte trotzdem noch sicher gestellt werden, wenn nicht einmal der Mittelflächer, das andere Mal der Rechtsaußen des NSV. vollständig freitreibend vor dem Tor daneben geschossen hätten.

Sportverein Nidritz.

Einen glatten 8:0-Sieg brachte die 1. Gf. vom Sportfeld in Strebla mit heim. Wenn auch Strebla nicht der stärkste Gegner war, so sah man doch im Spiel der Nidritzer, daß die Gf. wieder im Reinen ist. Dies beweist ja auch schon das Spiel gegen Münsdorf. Mit etwas mehr Siegesvertrauen kann daher die Mannschaft kommenden Sonntag die Reise zur Spielf. Großenhain antreten, wenn auch das Flugplatzgelände nicht das beste ist. Unter Mitwirkung von Strebla und Burkhardt als Mittelflächer wird es schon klappen.

Hahnstein-Bergrennen. Die Rennungsliste zu dem am nächsten Sonntag stattfindenden Hahnstein-Bergrennen ist jetzt endgültig geschlossen; zahlreiche Fahrer mußten abgewiesen werden, da sie ihre Meldung verspätet abgaben. Unter denen, die noch rechtzeitig meldeten, befinden sich in der Rennwagenklasse der Schweizer Bergmeister Studer-Bern, Pisch-Kreuzfeld (Schwarzwald), Simons-Berlin und Steinweg-München, in der Sportwagenklasse Burgauer-Berlin.

Die Niesäer Ruderer auf der Regatta in Weissen.

Am vergangenen Sonntag fand — wie schon öfters berichtet, in Weissen die diesjährige Regatta des Niesäer Ruder-Verbandes statt, zu der der Niesäer Ruder-Verband zwei Mannschaften, eine Rennboot- und eine Pleitantmannschaft, für vier Mannschaften hatte.

Anfangs sehr zahlreicher Mannschaften hatten die beiden Niesäer Mannschaften zu ihrem Rennen am Vormittag vorzuziehen zu fahren, jedoch wurde die Mannschaft 4 mal an den Start mußte. Die Ergebnisse der Regatta waren für die Niesäer Ruderer ein großer Erfolg, nur 4 Rennen wurde Niesä 3 mal Sieger, 1 mal sehr überlegen, und schließlich nur in einem Lauf aus.

Der Verlauf der Rennen war kurz folgender:

Rennen 3: Herth-Vinländer-Mia-Weiser.

Am Vorlauf trifft Niesä auf den Dresdner Ruder-Club. Da Niesä schlecht startet, geht Dresden sofort mit einer Pleitantmannschaft in Führung und behält diese bis 1000 Meter. Dort hält Niesä, infolge ausgereicherter Rudern auf. Es entspinnt sich ein harter Kampf — Boot neben Boot. Boot Niesä macht sich frei und geht mit einer Länge als erster durchs Ziel.

Am Hauptlauf am Nachmittag liegen mit Niesä Ruderclub Weiden und Raumburg am Start. Das Raumburger Boot geht als erstes vom Start weg in Führung. Bei 1000 Meter aber schiebt sich Niesä Schling auf Schling an Raumburg heran und übernimmt bald die Spitze des Rennens. Da hat sich das Raumburger Boot plötzlich vor die Niesäer und beide Boote fahren zusammen. Der Schiedsrichter bricht das Rennen sofort ab, schiebt Raumburg aus und ordnet neuen Start auf der Strecke an. Es entspinnt sich nun ein harter Kampf an der Spitze. Beide Boote überholen abwechselnd die Führung. Kurz vor dem Ziel führt Niesä noch mit 1/2 Länge. Dann aber kann die Niesäer Mannschaft nicht mehr gegen die körperlich weit überlegeneren Raumburger an und muß im Ziel auf den zweiten Platz gehen.

Rennen 2: Jungmann-Big-Weiser.

Da verschiedene Rennen ausfallen, muß diese Mannschaft, noch nicht erhalt, wieder an den Start. Das Rennen hatten die Vinländer am Vormittag überlegen gegen Dresdner Ruder-Club gewonnen. Am Nachmittag konnten sie aber gegen ausgereichte Mannschaften sich nicht behaupten.

Rennen 5: Weiser.

Hier fertigte unsere Rennbootmannschaft im Vorlauf die Weisker aus überlegen ab. Im Hauptrennen treffen Niesä, Torgau und Dresdner Ruder-Verein zusammen. Gleich vom Start weg geht Niesä in Front. Bei 1000 Meter schieben sich die Dresdner heran. Torgau fällt ab. Die beiden Spitzenboote liefern sich bis ins Ziel einen mörderischen Kampf an der Spitze. Unter den Augen der Zuschauer geben beide Mannschaften alles her und legen ein beiläufiges Tempo vor. Fast im Ziel noch führt die Dresdner Mannschaft vor und gewinnt das Rennen mit 1/2 Länge.

Dabei die Niesäer auch in Weissen keinen Sieg erlängen — im Rudersport ist nur der Erste der alleinige Sieger — so haben sie doch durch die Siege in den Rennen und 2 zweiten Plätzen in den Hauptrennen einen Achtungserfolg errungen, der auch im Regattabericht und der Presse besonders hervorgehoben wird.

4. Sächsische Reichsbahn-Bezirksmeisterschaften in Dresden

der Vereine für Leibesübungen „Reichsbahn“ in Sachsen

Einen glänzenden Verlauf nahmen die Bezirksmeisterschaften der Vereine für Leibesübungen „Reichsbahn“ in Sachsen. Das Fest fand unter der Oberleitung des Reichsbahn-Turn- und Sportleiters für Sachsen Helmer. Ihm zur Seite standen zur Erledigung des vielseitigen und umfangreichen Programmes, das organisatorisch gut durchgeführt war und flott und ohne Störung abgewickelt wurde, die Kampfrichter des Gau- und Mittelbezirkes Dresden und der technische Ausschuss des RVV. Dresden mit einem großen Stab von Helfern. Es lagen insgesamt 452 Einzelmeldungen und 75 Mannschaftsmeldungen von 26 Vereinen vor.

Als Einleitung des Festes starteten am Sonnabend im Gumpbad die Schwimmer. Ab 7:30 Uhr entwickelte sich ein lebhaftes sportliches Bild. Die befreundeten Schwimmabteilungen des RVV., Tu. 1877, Turngemeinde Dresden, Tu. Guts Muths und V. u. N. starteten hierbei in Gastwertschaften. Die Zuschauer bekamen spannende Kämpfe und guten Sport, vor allen Dingen in den Staffelmehrkämpfen, zu sehen. Als Ehrengäste waren anwesend von der Reichsbahndirektion Dresden Vizepräsident Friedrich und Direktor Lamers.

Am Sonntag morgens herrschte schon frühzeitig reges Leben auf dem Reichsbahn-Sportplatz in Dresden-Strehlen. Nach und nach fanden sich die Wettkämpfer und Wettkämpferinnen ein. Ein farbenfrohes Bild bot sich den Augen durch die Turnerinnen, Turner, Sportlerinnen und Sportler in ihrer bunten Sportkleidung. Leicht sportliches Leben und Treiben herrschte überall. Die Zuschauer kamen voll auf ihre Kosten. Zahlreiche Ehrengäste, insbesondere Herr Präsident der Reichsbahndirektion Dresden Dr. Dörmich mit Gemahlin, Herr Vizepräsident Friedrich und Herr Direktor bei der Reichsbahn Köhler, waren anwesend.

Nach Abschluß der erfolgreich durchgeführten Wettkämpfe sprach Herr Vizepräsident Friedrich namens der Reichsbahndirektion Dresden anerkennende Worte für die Wettkämpfer und die Leitung der Veranstaltung aus. Darauf nahm der Reichsbahn-Turn- und Sportleiter Helmer die Siegerverkündigung und die Verteilung der Ehrenwandreifen vor. Anschließend fanden sich die Teilnehmer mit ihren Angehörigen zu gefälligem Beisammensein zusammen.

Am Diskuswerfen und Schleuderballweitwerfen konnte Yam vom Tu. „Reichsbahn“ Niesä je einen ehrenvollen 2. Sieg erringen. Im Faustballspiel unterlagen die Niesäer dem Dresdner Bezirksmeister mit 48:37.

Sächsische Leichtathletikfeste. Bei dem in Halberstadt durchgeführten Leichtathletikfesten kamen die beteiligten Athleten aus Leipzig und Dresden zu einigen schönen Erfolgen. Der Dresdener Krieger gewann die beiden Sprinterrennen über 100 Meter in 10,9 Sekunden vor Müller-Kölln und 200 Meter in 24,5 Sekunden vor Gahler-Vitz-Weißig. In einem Doppelpfeil vom Gerabaris (Dresdner SC) im Kugelstoßen mit 14,02 Meter und im Diskuswerfen mit 41,37 Meter. Von den Leipziguern gewann Bräutigam über 5000 Meter in 18:42. Nöldel das Speerwerfen mit 57,68 Meter und Schreier den Hochsprung mit 1,60 Meter.

Vermischtes.

Reform in Steuererleichterungen. In der Gemeindevorteiligung von Kastenkirchen wurde mitgeteilt, daß der Kreis Seeburg denartige vorkühliche Kreis sei, der den Reform an Steuererleichterungen mit 91 Prozent halte. Der nächste Kreis sei mit etwas über 60 Prozent im Rückgang.

Verachtlich aus Angst vor dem Arzt. Die Ehefrau eines Ingenieurs aus Duisburg-Damborn begab sich dieser Tage mit ihrem achtjährigen Sohn zu einem Arzt. Als Mutter und Sohn aus dem Wartezimmer ins Untersuchungszimmer gehen wollten, drach der Junge in der Tür zusammen. Vermutlich hat der Knabe einen Herzschlag infolge von Angst erlitten.

Große Veruntreuung eines Pariser Bankiers. Die Wartin berichtet, daß gestern der englische Bankier Josef Espinal, Eigentümer und Direktor der Bank Lebis in Paris, unter dem Verdacht des Betruges und des Vertrauensmißbrauches verhaftet worden. Die Summe die Espinal veruntreut haben soll, soll 45 Millionen Francs betragen.

Die Landung des französischen Ballons im Kreis Goldberg. Der Besatzung des in Nieder-Darpeßdorf niedergegangenen französischen Freiballons sind vom Landrat Kottisa aufgestellt worden, und von der Polizei stand darauf der Entlassung der Besatzung nicht mehr im Wege. Die Besatzung hat sofort die Rückreise nach Paris angetreten. Der Ballon hatte an einer Wettkampftour des französischen Aero-Clubs teilgenommen. Da man beim Start des Ballons aufgrund der Windverhältnisse angenommen hatte, daß die Fahrt auf belgisches Gebiet führen würde, waren die Hälfte der Besatzung nicht mit den für eine Fahrt nach Deutschland notwendigen Vorräten versehen.

Sein Jahre Judthaus für Totschlag am Vater. Das Sondergericht verurteilte den 20 Jahre alten Hermann Franz Pradella aus Wottrup wegen Totschlags an seinem Vater in Tateinheit mit Raubhandel zu 10 Jahren Zuchthaus. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Jahrelange Familienunruhen führten dazu, daß der Täter aus dem Elternhause gewiesen wurde. Pradella drang darauf mit einem Freunde gewalttätig in die Wohnung seiner Eltern ein. Der Vater Pradellas, der sich ihnen entgegenstellte, wurde von den beiden Juchtern ermordet. In der Notwehr hatte der Angeklagte dem Freunde des Angeklagten mit einem Messer mehrere schwere Wesserschnitte beigebracht, denen er nach zwei Stunden erlag.

Friedrich Stark hat noch kein Geständnis abgelegt. Der mutmaßliche Mörder der Berliner Sprachlehrerin Carl-Bruckato, der am Sonnabend in Stuttgart verhaftete 23 jährige Bürogehilfe Friedrich Stark wurde von Stuttgarter und Berliner Kriminalbeamten einem eingehenden Verhöre unterzogen. Wie verlautet, leugnet er jedoch hartnäckig, die Tat begangen zu haben. Zur weiteren Klärung des Falles wird Friedrich Stark am Dienstag an den Tatort nach Berlin übergeführt werden.

Sechstage Kindesmörderin verhaftet. Aus Paris wird gemeldet: Die Polizei von Cahors hatte vor einigen Tagen eine Kindesmörderin verhaftet. Im Verlaufe der Vernehmung hatte sie nicht nur den ihr zur Last gelegten Kindesmord zugegeben, sondern sich eines zweiten gleichen Mordes beschuldigt. Als sich der Gerichtshof am Montag zu der von der Mörderin bezeichneten Stelle begab, wo die zweite Kindesleiche vergraben sein sollte, mußte er die entlegene Freistellung machen, daß in dem ausgeworfenen Loch die Leiden von fünf neugeborenen Kindern dicht nebeneinander lagen. Die Mörderin, auf die diese fürchterliche Entdeckung keinen Eindruck machte, gab zu, seit 1924 sechs Kindern das Leben geschenkt zu haben, die sie alle sofort nach der Geburt erstickte und an der gleichen Stelle in einem nahegelegenen Garten vergrub.

Der Raubüberfall auf den Düsseldorf Geldbriefträger — Verhaftung des Täters. Der Raubüberfall, der am Freitag vormittag auf einen Geldbriefträger bei seinem Bestellen in der Königsallee ausgeführt wurde, ist schnell aufgeklärt worden. Der Täter konnte nachts in Düsseldorf aus dem Bett heraus verhaftet werden. Es handelt sich um einen 18 Jahre alten Kaufmannslehrling, der die Tat seit längerer Zeit vorbereitet hatte. Er hat dem Geldbriefträger mit einem Hammer Schläge auf den Kopf verlegt und ihm auf diese Weise schwere Schädelverletzungen beigebracht. Die geraubte Summe von etwa 1200 Mark konnte bis auf einen verschwindend geringen Betrag sichergestellt werden. Der Zustand des Ueberfallenen hat sich leicht gebessert. Die Verste hoffen, ihn am Leben erhalten zu können.

Das Jagelnet unter der Eisenbahnweiche. Unter einer Weiche auf dem Bahnhof in Wichmannsdorf hat ein Jagelnet sein Nest gebaut. Mit Zeitungspapier und trockenem Laub war ein warmes Nistklo gebacken, in dem fünf junge Jagel das Licht der Welt erblickten. Die in kurzen Abständen über die Weiche donnernden Lokomotiven und Eisenbahnwagen konnten die Tiere aus ihrem Nest nicht vertreiben. Da aber die Tiere dauernd durch die Jagel gefährdet waren, hat ein benachbarter Gartenbesitzer sich ihrer angenommen und ihnen ein behagliches Heim auf seinem Grundstück gegeben.

Ausgrabungen in der Totenstadt von Ostia. Daß die großartige Ruinenstätte des alten Ostiens von Rom eine ausgebeutete Totenstadt birgt, wußte man seit langem, und viele Gräber sind bereits aufgedeckt. Jetzt hat aber der italienische Archäologe Guido Calza weitere interessante Entdeckungen auf dem Friedhofe von Ostia gemacht. Er hat mehr als 100 neue Gräber freigelegt, die aus 2., 3. und 4. christlichen Jahrhundert stammen; sie sind durch prächtigen Schmuck ausgezeichnet, durch Mosaiken und Malereien, die das Innere schmücken, und enthalten zahlreiche Inschriften, die neues Licht auf das Alltagsleben jener Epoche werfen. Auch die zahlreichen Tonreliefs, die an der Vorderseite der Gräber angebracht sind, enthalten Szenen aus dem Leben, denn hier sind die Berufe und Handwerke der Bewohner von Ostia dargestellt, die hier ihre letzte Ruhe gefunden.

Kaufmann der Straßenverkehrs-Unfälle. Am Statistischen Jahrbuch deutscher Städte wird eine Nachweisung über die Straßenverkehrs-Unfälle in den Jahren 1929—1931 veröffentlicht. Insgesamt wurden im Jahre 1931 in 85 deutschen Mittel- und Großstädten, auf die sich die Untersuchung erstreckte, 11410 Straßenverkehrs-Unfälle festgestellt. Das bedeutet gegenüber 1929 eine Abnahme um 14,06 oder rund 11 Prozent. Bemerkenswert ist, daß die Gruppe der Großstädte, also der Städte mit mehr als 100000 Einwohnern, eine stärkere Abnahme ihrer Verkehrsunfälle aufzuweisen hat, als die der Mittelstädte. Am stärksten ist die Abnahme bei Städten mit 100000 bis 200000 Einwohnern. Dort beträgt sie 17,6 Prozent. In Berlin ist der Rückgang nicht sehr groß, er beträgt gegenüber 1929 etwa 9, gegenüber 1930 nicht vielmehr als 6 Prozent. In Hamburg haben dagegen die Verkehrsunfälle gegenüber 1930 um nahezu 25 Prozent abgenommen. In drei Städten sind die Unfallzahlen des Jahres 1931 höher als die des Jahres 1930, und zwar handelt es sich um Weisker, Frankfurt am Main und Stuttgart. Die Zusammenhänge machen den Hauptteil der Straßenverkehrs-Unfälle aus.